

ERGEBNISBERICHT

Livestream



planning for future – Transformation gestalten



Der 7. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde dank der digitalen Umsetzung vollständig aufgezeichnet. Über diesen QR-Code gelangen Sie zur YouTube-Playlist, in der die einzelnen Programmpunkte angeschaut werden können.

https://youtube.com/playlist?list=PLgeeci403JfIZkcp_UppOHkVDqmf1r_b7

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- 4 Prof. Julian Wékel, *Wissenschaftlicher Sekretär, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.*

Grußworte

- 7 Anne Katrin Bohle, *Staatssekretärin, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat*
9 Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk, *Präsidentin, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.*

Keynotes

- 10 **Die Gestaltung sozialer Transformation als gesellschaftliche Aufgabe der Zukunft**
Prof. Dr. Patrizia Nanz, *Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE)*
16 **Urbane Klimaanpassung – globale Transformationsprozesse und Zukunftstreiber**
Prof. Dr. Tabea Bork-Hüffer, *Universität Innsbruck*
22 **Podiumsdiskussion Klimaanpassung – Auf dem Weg zur klimaangepassten Stadt!?**
Alexander Repenning, *Politökonom und Buchautor „Vom Ende der Klimakrise. Eine Geschichte unserer Zukunft“*
Frauke Burgdorff, *Stadtbaurätin, Stadt Aachen*
Moderation: Prof. Dr. Detlef Kurth, *TU Kaiserslautern*

28 Graphic Recording zu den Keynotes

Foren

- 30 Forum A: Gemeinwohl vs. Individualinteresse – Grund und Boden
34 Forum B: Visionen von der Zukunft – Utopien in der Stadtplanung
38 Forum C: Die nächste Generation städtischer Mobilität – die Neuverteilung des öffentlichen Straßenlands
42 Forum D: Stadtvision und Digitalisierung
46 Forum E: Stadt.Land.Schluss?
50 **Forum F: Mitmachstadt – Neue Kultur des Stadtmachens**

Berichte

- 54 Winterschule „Postpandemische Stadt“
56 **Gegen den Stillstand an den Hochschulen**
Forderungspapier
60 Zusammenfassung und Ausblick
63 **Hochschultag vor Ort**
64 Impressum



Vorwort

Prof. Julian Wékel,
*Wissenschaftlicher
Sekretär,
Deutsche Akademie
für Städtebau und
Landesplanung e. V.*

Video:
[https://youtu.be/
C--fYGmG9zU](https://youtu.be/C--fYGmG9zU)



Der Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik hat sich bereits lange vor seiner hier dargestellten siebten Präsentation als eine der wesentlichen Bühnen des fachlich-politischen Austauschs etabliert, sowohl im universitären Bereich zwischen den mit Stadtentwicklungsfragen befassten Disziplinen als auch im Dialog von Forschung und Lehre mit der professionellen Praxis in Städtebau, Landschafts- und Stadtentwicklungsplanung.

Die Hochschultage finden seit 2007 unter maßgeblicher Beteiligung und Unterstützung des jeweils zuständigen Bundesministeriums in der Regel in zweijährigem Rhythmus in Berlin statt. Sie dauern zwei Tage, von denen der erste primär dem Vortrag grundsätzlicher Fragen und Thesen zum Rahmenthema sowie, durchaus auch mit Außenwirkung, dem Wissenschaft-Praxis-Diskurs vorbehalten ist.

Der zweite Tag dient eher inneruniversitärer Verständigung. Allerdings werden über didaktische Fragen hinaus durchaus auch grundsätzliche Themen angesprochen. Diskutiert wird etwa die Frage nach der Rolle von Wissenschaft im gesellschaftlichen Kontext, wie sie sich nicht nur für die Studierenden derzeit im Zusammenhang mit Digitalisierung und Pandemie, aber auch im Verhältnis von Wissenschaft und politischer Praxis beim Thema Klimawandel sehr drängend stellt.

In den Zwischenjahren wird diese nationale Veranstaltung ergänzt durch einen Lokalen Hochschultag, der vor Ort in einer Universitätsstadt von der dortigen, gastgebenden Hochschule maßgeblich organisiert wird. Drei solche Tagungen, die das Eigeninteresse der Hochschulen an dieser Veranstaltungsform belegen, wurden bisher in Bochum, Cottbus und Kassel mit großem Engagement und Erfolg abgehalten.

Das konzeptionelle Herz aller Hochschultage ist eine offene Vorbereitungsgruppe von etwa zwanzig Mitgliedern aus Wissenschaft und Praxis. Die Teilnehmenden kommen wesentlich aus dem Kreis der Studierenden und der jungen Wissenschaft. Vertreten sind aber natürlich auch das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das diesem als Träger der Programme Nationaler Stadtentwicklungspolitik nachgeordnete Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung sowie die Praxisseite. Diese Gruppe gestaltet in freier Diskussion, Abstimmung und Entscheidung die

Themen und Inhalte zukünftiger Hochschultage. Sie kommt etwa drei- bis viermal jährlich zusammen. Ihre Aktivitäten gründen sich prinzipiell auf Ehrenamtlichkeit. Administrativ werden die Hochschultage von der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung als Projektträgerin betreut und geleitet.

Der hier dokumentierte 7. Hochschultag stand unter den sehr besonderen, gleichwohl mittlerweile nahezu routinemäßig bewältigten Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie. Schon während des Jahres 2019 waren die programmbezogenen Überlegungen in der Vorbereitungsgruppe weit gediehen. Man hatte sich verständigt, auf die Fridays-for-Future-Bewegung Bezug zu nehmen, also vor allem auf eine Auseinandersetzung mit den für Planende bedeutsamen Herausforderungen des Klimawandels. Anfang 2020 und zunehmend im Frühjahr wurde dann aber klar, dass man kaum eine übliche Tagung in Anwesenheit würde durchführen können. Die wie in den Vorjahren für Anfang Juni vorgesehene Veranstaltung, die wieder mit der Hoffnung auf viele informelle Kontakte und sommerabendliches Zusammentreffen verknüpft war, musste schließlich radikal abgesagt werden. So weit, sie in ein Online-Format zu transponieren, war man in der ersten Jahreshälfte 2020 in unseren Fachkreisen noch nicht.

Nach dieser Enttäuschung und in der Hoffnung, den Faden – in welcher Form auch immer – 2021 wieder aufnehmen zu können, waren sich die Beteiligten allerdings schnell einig, dass das vorgesehene Thema durch die Pandemieerfahrungen eher noch an Aktualität gewonnen hatte. Insoweit blieb man im Rahmen der schon konkretisierten Vorbereitungen. Allerdings wurde das zusätzliche Vorbereitungsjahr intensiv genutzt, um eine weitere inhaltliche Vertiefung unterschiedlicher Aspekte des komplexen Tagungsthemas in hierfür eingerichteten Foren zu planen, was zuvor vom Aufwand her nicht zu bewältigen war.

Seit Jahresbeginn 2021 war klar, dass eine erneute Absage unter allen Umständen vermieden werden musste, also eine rein digitale Tagung stattfinden würde. Im Mittelpunkt des vorbereitenden Engagements stand nunmehr, digitale Kommunikation in unserem Themenfeld einzuüben. Vier ursprünglich nicht vorgesehene Web-Seminare zu aktuellen Themen der Stadtentwicklung ergänzten



den üblichen Vorbereitungsprozess. Sie trugen sicherlich dazu bei, dass der Hochschultag in seiner besonderen Form auf großes Publikumsinteresse stieß.

Der 7. Hochschultag konnte so inhaltlich bestens vorbereitet und mit dem Glück der Tüchtigen im administrativen Vorbereitungsteam, das auch den äußeren Rahmen außergewöhnlich gestalten wollte, an einem beeindruckenden Standort stattfinden: dem ehemaligen Kesselhaus der Kindl-Brauerei, heute einer der ungewöhnlichsten Ausstellungsräume Berlins. Seine besondere Atmosphäre übertrug sich als räumlicher Hintergrund der Vorträge und Podien prägend in der durchgehend virtuellen Präsentation. Auch technisch war mit glücklicher Hand ein professionelles Team gefunden worden, das die vielen Wechsel zwischen Einzel- und Gruppenpräsentationen, Kurzfilmen und Life-Auftritten brillant bewältigte.

Ebenso wesentlich und prägend gestaltete sich natürlich der thematische Gehalt der Tagung. Die beiden Schlüsselvorträge von Patrizia Nanz und Tabea Bork-Hüffer eröffneten den grundsätzlichen inhaltlichen Diskurs. Ihnen gelang es, wie von der Vorbereitungsgruppe erhofft, die gesellschaftlichen Zusammenhänge des drängenden Postulats nachhaltiger Transformation in einer Weise darzustellen, die es den Zuhörenden ermöglichte, Brücken zu ihrer eigenen Rolle als für Stadtentwicklung Planende zu schlagen und auch das Politische mit dem Fachlichen in Bezug zu setzen.

Zwei weitere, von Detlef Kurth moderierte und hinterfragte kürzere Diskussionsbeiträge von Alexander Repenning und Frauke Burgdorff verdeutlichten die sozialen Implikationen, aber auch die Herausforderungen, denen sich praktische Kommunalpolitik gegenüberstellt, wenn sie ernsthaft auf eine Verminderung des Klimawandels und seiner Folgen abzielt.



Im Einzelnen hier auf die Diskussionen in den sechs Arbeitsforen des Nachmittags einzugehen, würde Funktion und Rahmen eines Vorwortes sprengen. Sie sind alle unter Nennung der gastgebend Beteiligten und ihrer DiskussionspartnerInnen dokumentiert. Bereits an dieser Stelle ist für das Engagement sowohl der ForenpatInnen als auch der von ihnen eingeladenen GästInnen in der Vorbereitung auf diese kompakte Arbeitsform zu danken.

Zunehmend gelingt es, bei den durchaus unterschiedlich komplexen, selbst gestellten Themen die Balance zu halten zwischen den in Vortragsform zu vermittelnden Inhalten und dem Wunsch nach ausführlicher Diskussion. Mit dieser positiven Entwicklung verknüpft sich die Hoffnung, dass die Hochschultage zunehmend die Rolle und Funktion von Höhepunkten in einem immer kontinuierlicheren Arbeitsprozess einnehmen werden.

Der weitere Ablauf bot schließlich Gelegenheit, zentrale Ergebnisse und neue Fragestellungen, die aus der Arbeit der einzelnen Foren entwickelt wurden, im Rahmen eines Podiumsgesprächs ins Plenum zu tragen. Dabei ging es vor allem um Möglichkeiten, wie eine weitere Auseinandersetzung mit den jeweiligen Themen gerade auch in zukünftigen Projekten mit Bezug zum Hochschultag aussehen könnte.

Ein weiterer, mittlerweile etablierter Baustein des Hochschultags ist die Präsentation der Ergebnisse begleitender Sommer- oder Winterschulen. Dort setzen sich Studierende unterschiedlicher Hochschulen mit einem gesonderten Thema analytisch, aber auch konzeptionell bis hin zur entwurfsbezogenen Konkretisierung auseinander. Fragen der hier behandelten *Post-pandemischen Stadt* passten selten so gut unter das große Rahmenthema *Transformation gestalten*. Die Ergebnisse zeigten viel von der zu fordernden Radikalität neuer Denkansätze und veränderten Interpretationen zum planerischen Aufgabenfeld, gerade auch im Umgang mit der bestehenden Stadt und ihren überkommenen Nutzungsstrukturen.

Der zweite Kongresstag ist traditionell wesentlich von den Hochschulangehörigen und vorrangig von Studierenden gestaltet, diesmal konkret von Lara Danyel und Vivienne Graw. Die Teilnehmenden setzten sich, fokussiert auf die Erfahrungen der Pandemie, mit den hierbei radikal deutlich gewordenen Defiziten einer sich digital öffnenden Lehre und Forschung auseinander. Diskutiert wurden Fragen des Umbruchs von studentischen, aber auch die Lehrenden treffenden Arbeits- und Lehrsituationen in der Wende zur Digitalisierung und die scheinbar fehlende Vorbereitung auf den hieraus resultierenden didaktischen Innovationsbedarf.

Ein von Studierenden formuliertes Papier trägt entsprechende Empfehlungen, Vorschläge, aber eben auch Forderungen systematisch und argumentativ zusammen. Es sollte über diese Dokumentation hinaus für weitergehende Diskussionen, aber vor allem im Hinblick auf den konkreten Handlungsbedarf in den Hochschulen verbreitet werden. Nur ein Thema sei hier aufgegriffen: die Notwendigkeit verstärkter Internationalisierung und entsprechender universitärer Vernetzungen. Hier dürfte zukünftig auch der Hochschultag als entsprechend zu

öffnende Bühne einen wesentlichen Beitrag leisten können. Vor dem Hintergrund aktueller Erweiterungen des Handlungsfeldes der Nationalen Stadtentwicklungspolitik – Stichworte sind *Neue Leipzig-Charta* und *UN-Habitat* – dürfte diese Perspektive sogar in einen sinnvoll zu gestaltenden, gegenseitig befruchtenden Gesamtzusammenhang einzugliedern sein.

Zusammenfassend kann sicherlich festgestellt werden, dass der hoffentlich nur einmalig ausschließlich digital kommunizierende Hochschultag durch diesen Umstand wenig Schaden genommen hat. Vielmehr besteht nach bisherigen Reaktionen eher der Eindruck, dass diese Tagungsform selten inhaltlich so ergiebig gewesen ist. Viele erstmals Teilnehmende wurden motiviert, auch zukünftig an Hochschultagen mitzuwirken. Hierfür wird bereits im nächsten Jahr, voraussichtlich erneut Anfang Juni, der Lokale Hochschultag Gelegenheit bieten, der wesentlich von der Fachhochschule Coburg ausgerichtet wird. Das Thema, die Frage nachhaltiger Gestaltung und Transformation regionaler Zusammenhänge, dürfte die allgemeineren Aussagen und Ergebnisse des Hochschultages 2021 weiter konkretisieren und auf Handlungsebenen präzisieren.

Diese Einleitung wäre nicht vollständig, wenn nicht den für den eben festgestellten Erfolg des 7. Hochschultages Verantwortlichen ganz herzlicher Dank ausgesprochen würde! Zeitweise war es ein hartes Stück Koordinationsarbeit, unter diesen neuen, zunächst in keiner Weise eingeübten Kommunikationsformen die inhaltlichen und auch technischen Voraussetzungen für das Gelingen zu schaffen.

Dankend sollte hier in besonderer Weise das Team angesprochen sein, dass die Hochschultage verwaltungsseitig vertritt und auch gegenüber Politik und Öffentlichkeit mit verantwortlich, beginnend mit den für die Nationale Stadtentwicklungspolitik und für die Bundesinstitute zuständigen Referatsleitungen im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Almuth Draeger und Oliver Weigel, sowie Friederike Vogel im Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung.

Zudem sind aus dem Team des Projektträgers zu erwähnen Irene Gaus, die Leiterin der Bundesgeschäftsstelle der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V. (DASL), Sarah Dörr als Wissenschaftliche Referentin des Instituts für Städtebau und Wohnungswesen und Tion Kudlek als studentischer Mitarbeiter der DASL.

Noch etwas anderes zeichnet Hochschultage wohl grundsätzlich aus: Sie sind ein Spiegel für die besonderen Fähigkeiten und den starken Willen vorrangig der in Ausbildung Stehenden, informell und vor allem unkonventionell und explorativ zusammenzuwirken und dabei längst etablierte PartnerInnen mitzureißen, zum Beispiel im Rahmen der Vorbereitungsgruppe.

Angesichts der so dringend notwendigen Perspektive auf ein verändertes *planning for future* und den systemisch verstandenen Auftrag *Transformation gestalten* wäre mehr als sinnvoll, diese besondere Bühne Hochschultag kontinuierlich weiterzuführen und zu entwickeln.

Grußwort

Sehr geehrte Frau Professor Merk,
sehr geehrter Herr Professor Wékel,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Studierende,
ich begrüße Sie sehr herzlich zum 7. Hochschultag
der Nationalen Stadtentwicklungspolitik, den wir
eigentlich schon im letzten Jahr abhalten wollten.
Er wurde pandemiebedingt verschoben und findet
auch jetzt „nur“ digital statt. Aber genau dieses
digitale Format hat uns gelehrt, dass wir über das
Streaming oft mehr Interessierte erreichen als
früher in physischer Anwesenheit. Mich freut, dass
wir in diesem Jahr zusammenkommen.

Das besondere Format des Hochschultages ist
ein zentraler, ein wichtiger Baustein der Nationalen
Stadtentwicklungspolitik von Bund, Ländern und
Kommunen. Hier üben wir den generationen-
übergreifenden Erfahrungsaustausch und die Ver-
netzung zwischen Wissenschaft, Politik und Pra-
xis. Der Hochschultag wird gemeinsam von der
Deutschen Akademie für Städtebau und Landes-

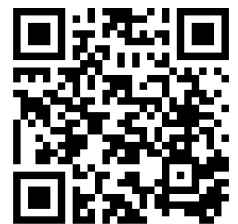
planung und 25 Hochschulen organisiert. Ich danke
allen, die sich mit großem Engagement in die
Organisation und Programmgestaltung eingebracht
haben. Ganz besonders gilt das Ihnen, den Studie-
renden, die auch die Themen des Hochschultages
maßgeblich mitbestimmt haben. Ihnen haben wir
mit *planning for future – Transformation gestalten*
auch das Thema in diesem Jahr zu verdanken. Es
greift eine hochaktuelle Diskussion auf: Wie können
wir es schaffen, dass sowohl Städte und Gemein-
den als auch das gesellschaftliche Zusammenleben
als Ganzes an die großen Entwicklungstrends
angepasst werden können? Und wie meistern wir
die damit verbundenen Herausforderungen?

Die Notwendigkeit einer nachhaltigen Transfor-
mation ist bereits mehrfach und wiederholt erkannt
worden, etwa in der Agenda 2030 für nachhaltige
Entwicklung: Dort werden Städte und Siedlungen
aufgefordert, inklusiv, sicher, widerstandsfähig
und nachhaltig zu sein. Der Begriff Transfor-
mation beschreibt damit einen grundsätzlichen

Anne Katrin Bohle,
Staatssekretärin,
Bundesministerium
des Innern, für Bau
und Heimat

Video:

<https://youtu.be/C--fYGmG9zU?t=510>





gesellschaftlichen Wandel. Städte als lebendige Orte der Vielfalt, Kreativität und Solidarität haben das große Potenzial, diesen gesellschaftlichen Wandel wesentlich voranzubringen.

Die Transformation von Stadt und Gesellschaft haben wir in den vergangenen acht Monaten mit zwei Dokumenten maßgeblich mitgestaltet. Da ist erstens die *Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl*, die wir im letzten Jahr mit dem Ministerrat der Europäischen Union verabschiedet haben. Sie bildet die Grundlage für Stadtentwicklungspolitik in Deutschland und in Europa. Sie konzentriert sich auf das Quartier, auf die Gesamtstadt und auf die jeweilige Region. Ganz besonders wichtig ist mir, noch einmal zu sagen, was wir dort in den Vordergrund stellen: das Gemeinwohl, denn nur im Gemeinwohl erreichen wir eine zukunftsfähige und nachhaltige Transformation von Städten und Gemeinden für alle. Ein wichtiger Baustein dafür beziehungsweise ein Weg dahin ist auf nationaler Ebene unser Bundespreis Kooperative Stadt. Wir haben erst kürzlich Kommunen ausgezeichnet, die mit ihren innovativen Projekten Kooperation fördern und die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen in die Stadtentwicklung stärken. Ohne diese Zusammenarbeit wird es uns nicht gelingen,

zu einer nachhaltigen Transformation zu kommen. Denn eines wissen wir nicht zuletzt seit der Corona-Pandemie: Städte und Gemeinden müssen in der Lage sein, auf Krisen zu reagieren und sich anzupassen.

Mit dem zweiten Dokument, dem Memorandum *Urbane Resilienz*, wird dieser Schwerpunkt auch in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik aufgegriffen. Resilienz bedeutet nicht nur, die Widerstandsfähigkeit einer Stadt zu steigern. Es geht um aktives Anpassen, um Verändern für künftige Herausforderungen. Das ist in diesem Memorandum, das wir erst im Mai dieses Jahres auf dem Bundeskongress der Nationalen Stadtentwicklungspolitik in Köln verabschieden konnten, noch einmal ganz besonders deutlich geworden. Wir werden diese Herausforderungen in den nächsten Monaten und auch Jahren mit Leben füllen. Dabei sind wir alle gefragt. Mit Ihrem Begriff Transformation, planning for future, sind Sie genau mit dem Thema unterwegs, das wir gemeinschaftlich, zukunftsgerichtet und nachhaltig gestalten wollen. Ich wünsche Ihnen interessante Tage mit fünf parallelen, hochspannenden Foren. Diskutieren Sie miteinander. Ich freue mich, Sie bald wiederzusehen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Grußwort

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte am Anfang meines Grußwortes den Dank an das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und hier stellvertretend an Frau Staatssekretärin Anne Katrin Bohle richten dafür, dass die Initiative der Nationalen Stadtentwicklung nunmehr seit 2007 eine Kontinuität für Qualität im Bauen und Planen herstellt. Die Förderung des Hochschultages der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung ermöglicht über die Generationen hinweg, einen gemeinsamen interdisziplinären Dialog zu führen, der es versteht, neue Ideen und Impulse sowie kritische Perspektiven und Erfahrungen aus Forschung und Praxis zusammenzubringen. Besonders hervorheben möchte ich das Engagement von Herrn Professor Julian Wékel, dem Wissenschaftlichen Sekretär der Akademie, der diesen Hochschultag erfunden hat und jedes Mal wieder mit seinen Netzwerken auf das Vortrefflichste kuratiert. Dank allen MitstreiterInnen, zuvorderst den Studierenden und den Lehrenden der verschiedenen Hochschulen und Universitäten, den VertreterInnen der Städte und Verbände, die mit uns in den Dialog gehen. Stadt ist gelebte Praxis und wir brauchen den Austausch mit der Wissenschaft genauso wie mit den UmsetzerInnen und vor allem der jungen Generation, die das Privileg und vielleicht die Pflicht, in jedem Fall aber die Chance hat, vieles aus eigener Anschauung infrage zu stellen oder schlicht anders zu betrachten. Dank auch an unsere Gäste und DiskussionsteilnehmerInnen der Tagung und Workshops und nicht zuletzt an die Technik und unsere Bundesgeschäftsstelle für den ersten virtuellen Hochschultag!

Die Themen sind vielfältig und werden auf unterschiedlichen Ebenen reflektiert von der *Neuen Leipzig-Charta* über das Memorandum *Urbane Resilienz* und die *Renovation Wave Strategy* bis hin zum *Green Deal* zusammen mit dem *New European Bauhaus*. Im Zentrum stehen die Fragen: Wie wollen wir das zukünftige Leben und Wohnen zusammen gestalten? Was heißt klimagerechtes Wachstum im 21. Jahrhundert? Welche Antworten finden wir nur im Austausch? Auch die diesjährige Biennale trägt diesen Anspruch in sich, gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

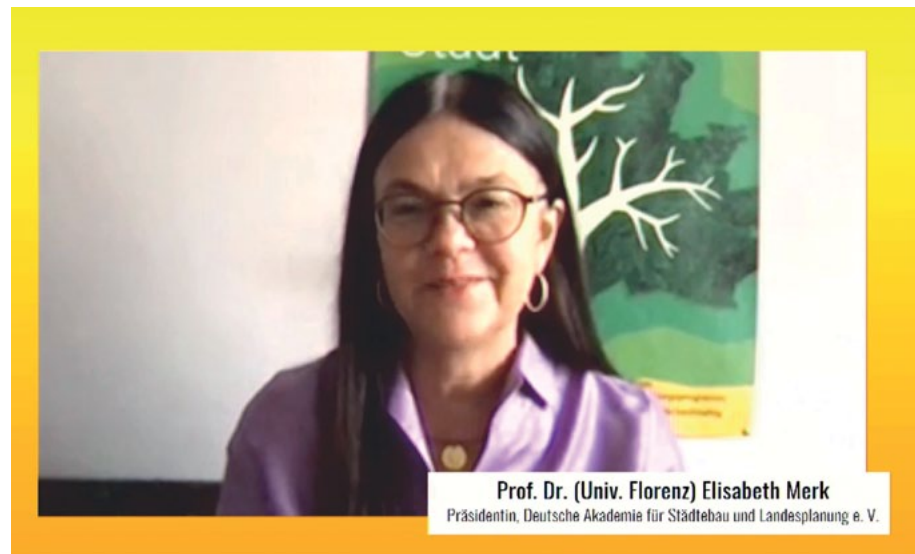
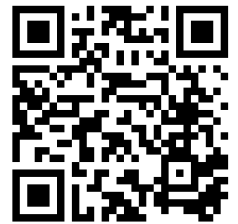
Wir stehen heute im planerischen Spannungsfeld, räumlich kooperative Strategien für Städte und Gemeinden zu entwickeln, die in der Lage sind, sich den großen Herausforderungen von CO₂-neutralem Wachstum sozial gerechter und solidarischer Stadtentwicklung zu stellen. Gleiches gilt nicht nur in den Metropolregionen, sondern auch im ländlichen Raum, in wachsenden Kontexten ebenso wie in schrumpfenden Regionen. Dies soll vor dem Hintergrund einer partizipativen Auffassung von Planung gesamtgesellschaftlich diskutiert und getragen werden und damit umsetzungsrelevant und wirksam werden können.

Wir stellen unsere eigenen Begrifflichkeiten auf den Prüfstand von Wissenschaft und Praxis, von Resilienz über Obsoleszenzen bis zur empathischen Stadt, und hinterfragen, welche Wahrnehmbarkeiten wir haben, welche Wahrscheinlichkeiten, Parameter und Kriterien wir der Gesellschaft für die schwierigen Entscheidungsprozesse an die Hand geben.

Prof. Dr. (Univ. Florenz) Elisabeth Merk,
Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Video:

<https://youtu.be/C--fYGmG9zU?t=883>



Welche Rolle spielen die ArchitektInnen sowie die PlanerInnen in den aktuellen Entwicklungsfragen von heute? Ist es möglich, einen Raumvertrag oder Wachstumsvertrag über die Generationen hinweg abzuschließen? Welchen Beitrag liefern Kreislaufsysteme bei der Gestaltung der Zukunft?

Ich bin überzeugt, dass uns dies gemeinsam gelingen kann, wenn neben den technologischen und funktionalen Aspekten auch die kulturelle Dimension betrachtet und die kulturelle Identität Ausgangs- und Anfangspunkt wird.

Die Gestaltung sozialer Transformation als gesellschaftliche Aufgabe der Zukunft

Prof. Dr. Patrizia Nanz,
Bundesamt für die
Sicherheit der nuklearen
Entsorgung (BASE)

Video:
[https://youtu.be/
O3FwzHJHftI](https://youtu.be/O3FwzHJHftI)



Sehr geehrte Damen und Herren,
ganz herzlichen Dank für die Gelegenheit, Ihnen
heute vortragen zu dürfen!

Auch wenn ich selbst keinen Hintergrund in der
Stadtentwicklungspolitik habe: Als Wissenschaft-
lerin und Praktikerin habe ich mich lange mit dem
Thema der Bürgerbeteiligung befasst, später dann als
Direktorin des Institute for Advanced Sustainability
Studies (IASS) auch mit dem Problem von Trans-
formationen hin zu nachhaltigen Gesellschaften.
Meine gegenwärtige Aufgabe verbindet beide
Themenfelder sehr praxisnah. Seit Februar dieses
Jahres kümmere ich mich als Vizepräsidentin des
Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen
Entsorgung (BASE) um die Beteiligung bei einem
der technisch und sozial komplexesten Nachhaltig-
keitsprobleme, das uns die moderne Gesellschaft
bisher beschert hat: der Endlagerung radioaktiver
Abfallstoffe.

Aber wenn man, wie ich, der Auffassung ist, dass
gesellschaftliche Transformation maßgeblich von
unten gestaltet wird, dann berührt man in den
angesprochenen Themenfeldern die Stadtent-
wicklung natürlich beständig. Am greifbarsten sind
diese Zusammenhänge für mich bei einem Projekt
geworden, das ich seit gut einem Jahr leite und
das ich Ihnen heute gern vorstellen möchte: das
Deutsch-Französische Zukunftswerk.

Wenn ich jetzt zu Ihnen über die Gestaltung
sozialer Transformation spreche, dann möchte
ich zugleich Einblick in die Entwicklung geben, die
meine eigene Arbeit in den letzten Jahren genom-
men hat. Die Mission des Zukunftswerks ist, Lernen
auf kommunaler Ebene zu unterstützen und die
Verzahnung mit übergeordneten Politikebenen
und Entscheidungsprozessen zu fördern. Insofern
passt es ausgezeichnet zum Motto *planning for
future – Transformation gestalten*, unter dem diese
Konferenz steht.

1) Fragestellung: Gestaltung sozialer Transformation bottom-up

Bevor wir in die Praxis einsteigen, kommen wir
zunächst kurz zum theoretischen Hintergrund und
der übergeordneten Fragestellung dieses Vortrags:
Was heißt es, große soziale Transformationen

überhaupt zu gestalten? Warum handelt es sich
dabei um eine Aufgabe, von der unsere Zukunft
maßgeblich abhängt?

Zunächst möchte ich dazu den Begriff der „Großen
Transformationen“ kurz erläutern. Wesentlich
geprägt wurde diese Formulierung durch den
Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung
Globale Umweltveränderungen (WBGU). Vor zehn
Jahren, in einem Gutachten aus dem Jahr 2011,
brachte der Beirat die zentrale Herausforderung
unserer heutigen Gesellschaft auf den Punkt: Die
Lebensweise des modernen Menschen hat uns
durch Industrialisierung, Bevölkerungswachstum
und rücksichtslosen Raubbau an der Natur an den
Rand der Zerstörung unserer ökologischen Lebens-
grundlagen gebracht. Hier geht es nicht mehr um
lokale „Umweltprobleme“, sondern um die Frage,
ob sich die Lebensgrundlagen auf globaler Ebene
durch Phänomene wie den Klimawandel oder das
Artensterben so radikal verändern werden, dass
der Mensch zum entscheidenden Faktor in der Ge-
schichte des Planeten und des Erdsystems wird.
Wollen wir diese rapiden Entwicklungen bremsen
und stabilisieren, müssen wir unsere Gesellschaf-
ten, unsere Produktion und Konsumtion, kurz:
unsere gesamte Lebensweise, radikal ändern.
Dieser Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft
muss dabei innerhalb kürzester Zeit erfolgen.

Ein Beispiel, das Ihnen auch aus der Presse-
Berichterstattung der letzten Monate über den
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts sehr
gegenwärtig sein sollte, ist natürlich der Klima-
wandel. Bekanntlich müssen wir alles daransetzen,
die globale Erwärmung auf 2 Grad oder weniger zu
begrenzen, um möglicherweise katastrophische
Entwicklungen des Weltklimas zu verhindern. Das
erfordert eine schnelle und radikale Reduktion der
Emissionen von klimawirksamen Gasen wie CO₂
und Methan. Wenn wir bis spätestens 2050 – oder
sogar früher – Klimaneutralität erreichen wollen,
werden die Reduktionen umso drastischer ausfal-
len müssen, je länger wir entschiedene Reduktionen
aufschieben.

Wir werden deshalb alle uns zur Verfügung ste-
henden Mittel und unsere ganze Fantasie nutzen
müssen, um die Große Transformation mit Blick auf



das Klima zu beschleunigen. Ein wesentlicher Teil der Lösung liegt dabei in meinen Augen auf der kommunalen Ebene, wie ich Ihnen gleich zeigen will. Auch große politische Initiativen wie der Europäische *Green Deal* werden nur erfolgreich sein, wenn es gelingt, innovative Veränderungen in den Regionen und Kommunen anzustoßen und dafür von PionierInnen zu lernen, die mutig voranschreiten.

Aber natürlich gehen die uns bevorstehenden Transformationen weit über das Problem des Klimawandels hinaus. Entsprechend werden sie auch anspruchsvoller und vieldimensionaler ausfallen. Den meisten von Ihnen bekannt sind natürlich die 2015 verabschiedeten Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen, die sogenannten *Sustainable Development Goals* (SDG). Sie umfassen 17 unterschiedliche Ziele, die wir uns für die kommende Dekade vornehmen müssen. Neben übergreifenden globalgesellschaftlichen Zielen wie der Beseitigung von Armut und der Reduktion von Ungleichheit oder dem Umbau von Industrie und Agrarwirtschaft gehört als SDG 11 auch die Etablierung nachhaltiger Gemeinden und Städte dazu. Wie also setzen wir solche herausfordernden Transformationen in Gang? Wie können wir auf diesem Weg zugleich unsere demokratischen Institutionen und Praktiken stärken, die in den letzten Jahrzehnten teilweise erheblichen Schaden genommen haben und mit ambitionierten politischen Projekten eher überfordert wirken?

Ich bin der festen Überzeugung, dass die große Stärke demokratischer und offener Gesellschaften darin besteht, gesellschaftlichen Wandel von unten zu gestalten. Ich begrüße es deshalb sehr, dass der Geist der *Neuen Leipzig-Charta* darauf setzt, die Städte und Kommunen als Quellen transformativer

Kraft für das Gemeinwohl und für Nachhaltigkeit zu aktivieren. Für die Bewältigung von Zukunftsfragen ist die Innovationskraft der Gesellschaft die wichtigste Ressource. Es muss gelingen, dass diese Kraft von den Institutionen auf allen politisch-administrativen Ebenen von der Kommune bis zum Bund aufgegriffen wird.

Deshalb will ich auch den Fokus darauf richten, wie wir diese Wandlungspotenziale freisetzen und stärken können. Wie kann dies aussehen? Mit meinem eigenen Zugriff auf dieses Problem möchte ich die Möglichkeiten eruieren, die in der partizipativen Gestaltung von sozialen Transformationen liegen. Neben den klassischen Formaten der Bürgerbeteiligung müssen wir hier neue Strukturen schaffen, die ich Ihnen anhand des Deutsch-Französischen Zukunftswerks gleich näher vorstellen möchte.

Zur Abgrenzung möchte Ihnen zunächst kurz darstellen, wie das Problem Großer Transformationen aus der Perspektive klassischer Beteiligungsansätze im Augenblick begriffen wird. Die Ihnen vermutlich bekannten Klimabürgerräte zeigen – wie das französische Beispiel –, dass Formate der zufallsbasierten, deliberativen Beteiligung großes Potenzial besitzen, die Blockaden der repräsentativen Parteiendemokratie zu überwinden und neue gesellschaftliche Konsense zu bilden.

Der französische nationale Klimabürgerrat wurde von Präsident Emmanuel Macron in Reaktion auf die Proteste der sogenannten Gelbwesten initiiert. Diese hatten sich ursprünglich an einer Erhöhung der Dieselsteuer entzündet, die von Macron auch mit Klimaschutzgesichtspunkten gestützt wurde. Vorausgegangen war dem Klimabürgerrat der *Grand Débat*, eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die Ursachen von Elitenkritik und Politikverdrossenheit. Hier hatte sich ge-

zeigt, dass sich der Widerstand gegen die klimapolitisch kaum ambitionierte Maßnahme Macrons vor allem auch aus Quellen sozialer Unzufriedenheit speiste. Im Ergebnis kam der französische Klimabürgerrat zu deutlich radikaleren Vorschlägen für eine zielorientierte Klimaschutzpolitik, als die französische Regierung es je gewagt hätte.

Kein Zufall ist deshalb, dass das Instrument der Klimabürgerräte im Augenblick viel Zuspruch verbucht. In Anlehnung an die Modelle in Frankreich und in Großbritannien wird es nun auch in Deutschland erfolgreich, sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene, wie im Augenblick etwa in Berlin bei der Kampagne „Klimaneustart“. Auch auf kommunaler Ebene finden sich hier viele Ansätze.

Gut gemachte und an die politischen Prozesse effektiv rückgekoppelte Klimabürgerräte können die Legitimation, Qualität und Effektivität von politischen Maßnahmen verbessern, politische Polarisierung reduzieren und gesamtgesellschaftliches Lernen fördern. Eine Stärke der Klimaräte besteht darin, dass sie die Brücke von der Beteiligung von unten zu übergeordneten politischen Zielsetzungen schlagen, die für große gesellschaftliche Transformationen essenziell sind. Zugleich wird dies aber dadurch erkauft, dass andere Stärken von Beteiligung auf der Strecke bleiben, zum Beispiel die Anknüpfung an das lebensweltliche, lokale Wissen der Beteiligten.

Außerdem vernachlässigen solche bloß „politischen“ Formen der Beteiligung einen wesentlichen Aspekt Großer Transformationen: Diese erfordern als eine große, gesamtgesellschaftliche Anstrengung generell eine neue Art der Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Gesellschaft. Innerhalb

der Wissenschaft wird dem durch neue Konzepte „transdisziplinärer“ Forschung Rechnung getragen, bei denen BürgerInnen und andere Stakeholder in die Forschungsprozesse einbezogen werden, um deren Ergebnisse durch Co-Design stärker auf die Bedürfnisse der NutzerInnen auszurichten. In sogenannten Reallaboren werden lokale Innovationen durch die Kooperation der Wissenschaft in realen Kontexten erprobt und es entstehen Verhältnisse der „Ko-Produktion“ dieser Innovationen.

Systematisch zu Ende gedacht laufen solche Ansätze darauf hinaus, dass wir neue Plattformen gesellschaftlichen Lernens etablieren müssen, auf denen alle wesentlichen AkteurInnen ihren Beitrag zu Großen Transformationen leisten: Wissenschaft, Politik und Verwaltung, aber auch BürgerInnen. Die Aufgabe besteht darin, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft auf neue Beine zu stellen, zum einen durch eine größere Durchlässigkeit der politisch-administrativen Ebenen und einen entsprechenden Bottom-up-Föderalismus: Das bedeutet größtmögliche Handlungsautonomie für Kommunen und Lernen von PionierInnen und Leuchtturm-Initiativen für die politische Rahmensetzung auf Landes- und Bundesebene. Zum anderen geht es um eine frühe, funktionale Einbindung von nichtstaatlichen AkteurInnen, jenseits der organisierten Interessensvertretungen, als integralen Bestandteil staatlichen Handelns. Ziel ist die systematische Ermöglichung und Stärkung von Partnerschaften zwischen Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Staat, die gemeinsam Lösungen erarbeiten und kollektiv wirksam den Wandel gestalten.

Wie wir diese Idee in den kommunalen Kontext implementieren, das möchte ich Ihnen nun im zweiten Teil meines Vortrags anhand des Deutsch-Französischen Zukunftswerks zeigen.



DEUTSCH-FRANZÖSISCHES ZUKUNFTSWERK



FORUM POUR L'AVENIR
FRANCO-ALLEMAND

2) Deutsch-Französisches Zukunftswerk

Die notwendigen Großen Transformationen werden für die Menschen in den verschiedenen Regionen Deutschlands und Europas sehr unterschiedlich aussehen, denn die regionalen Ausgangsbedingungen sind vielfältig. Eine Kleinfamilie in einem Hundert-Seelen-Dorf in Schleswig-Holstein erlebt und gestaltet Mobilität anders als eine Kleinfamilie in Berlin, Leipzig oder Köln. Die Bedürfnisse sind unterschiedlich. Wie wir uns in Zukunft fortbewegen und reisen, wird von Region zu Region eigene Formen annehmen müssen, um diesen unterschiedlichen Bedürfnissen zu begegnen. Es gibt also kein Standardrezept, um die Veränderungen zu gestalten. Allerdings gibt es einen reichen Erfahrungsschatz, aus dem wir schöpfen können: etwa in Bezug auf wirtschaftlichen Wandel und Strukturentwicklung, wie am Beispiel des Kohleausstiegs in der Lausitz zu sehen ist oder mit Blick auf die Schaffung neuer Technologiecluster in Baden-Württemberg. Wie können wir also voneinander lernen und die Herausforderungen als Chancen anpacken?

Ich glaube, dass unsere demokratischen Institutionen und wir als Gesellschaft **drei zentrale Lernprozesse** in den Fokus nehmen sollten, **um Transformationen auf kommunaler Ebene effektiv gestalten zu können**.

Erstens müssen **kommunale Politik und Verwaltung** lernen, wie sie **gemeinsam mit den BürgerInnen**, den Unternehmen vor Ort, den Vereinen und Engagierten passgenaue Lösungen für die Besonderheiten der eigenen Kommune finden können. Dabei ist BürgerInnenbeteiligung keine Antwort auf jede Fragestellung. Große Transformationen auf lokaler Ebene, wie zum Beispiel eine vollständige Treibhausgas-Neutralität bis 2030, also noch vor dem nationalen Ziel, können in unserem demokratischen System aber nur erreicht werden, wenn sich die Handlungen und Initiativen von Politik und Verwaltung, BürgerInnen und Unternehmen vor Ort bestärken, anstatt sich zu blockieren.

Zweitens müssen **kommunale Politik und Verwaltung** lernen, wie sie über die eigenen Grenzen hinweg **mit anderen Gebietskörperschaften** Allianzen für eine regionale Transformation schließen können. Ein breites Angebot von regional angebautem Gemüse für die Stadtbevölkerung etwa kann nur

gelingen, wenn Städte mit den umliegenden ländlichen Regionen einen Schulterschluss wagen. Dies ist mit Blick auf Kompetenzverteilungen, unterschiedliche Abhängigkeiten und Abstimmungsprozesse oft nicht ohne einen erheblichen Mehraufwand an Engagement und Kommunikation zu leisten. Dazu sei gesagt, dass selbst innerhalb einer Verwaltung eine Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Referaten und Fachdiensten nicht unbedingt selbstverständlich ist. Die Zeit der Verwaltungs-MitarbeiterInnen ist knapp bemessen, gleichzeitig muss kontinuierlich eine Vielzahl spezifischer Dienste und Leistungen erbracht werden, die Fachexpertise und klar abgegrenzte Kompetenzen erfordern. Querschnittsthemen sind für diese Strukturen eine Herausforderung. Das gilt umso mehr, wenn es darum geht, mit anderen Verwaltungen zu kooperieren.

Zuletzt müssen **Politik und Verwaltung auf Bundes- und Landesebene** in die Lage versetzt werden, diese lokalen und regionalen Lernprozesse effektiv zu begleiten und daraus ihrerseits **Rückschlüsse und Erkenntnisse für die Rahmenbedingungen** zu ziehen, die sie setzen. Damit bundesweite Initiativen, Angebote und gesetzliche Rahmenregelungen die Kommunen tatsächlich befähigen, ihre lokalen Transformationen zu steuern, braucht es mehr Feedbackschleifen, mehr Räume und Prozesse, durch welche die Bundesverwaltung und politische EntscheidungsträgerInnen von lokalen Transformationen lernen.



Hier setzt das **Deutsch-Französische Zukunftswerk** an, dessen Co-Direktorin ich bin. Den Grundstein für das Zukunftswerk haben im Januar 2019 der französische Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel gelegt. Um die deutsch-französische Zusammenarbeit zu stärken und das gegenseitige Verständnis zwischen beiden Ländern zu fördern, unterzeichneten sie den Aachener Vertrag. In Artikel 22 beschlossen sie auch die Gründung eines Deutsch-Französischen Zukunftswerks.

Aufgabe des Zukunftswerks ist, Transformationsprozesse in beiden Gesellschaften voranzutreiben. Dabei setzt das Zukunftswerk dort an, wo Transformationen erfahrbar werden und der Beteiligung von BürgerInnen eine besondere richtungsweisende Bedeutung zukommt: in den Kommunen. Die Zusammenarbeit mit Kommunen, die neue Wege gehen und Transformationen aktiv gestalten wollen, steht im Zentrum der Arbeit des Zukunftswerks.

Dabei bedient sich das Zukunftswerk **dreier Instrumente**, um Transformationsprozesse zu unterstützen: erstens sogenannter Peer-Dialoge, zweitens der Aktionsforschung und drittens eines Resonanzraums.

Was sind **Peer-Dialoge**? Peer-Dialoge sind ein strukturierter Austausch zwischen kommunalen AkteurInnen, also Peers, in Deutschland und Frankreich, die mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind. MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung nehmen dabei ebenso an unseren Peer-Dialogen teil wie engagierte BürgerInnen, die sich in die lokalen Transformationsprozesse einbringen. Das Zukunftswerk fördert diesen Dialog und eröffnet damit den Raum für Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie gegenseitige Bereicherung. Wie bereits dargestellt, sind Lösungen aus lokalen Kontexten zwar nicht eins zu eins übertragbar. Aber der Austausch über Lösungsansätze kann Ideen stiften, inspirieren und zu neuen Erkenntnissen über das eigene Vorgehen führen. Somit unterstützt das Zukunftswerk den Lernprozess der kommunalen AkteurInnen mit Blick auf gemeinsame Formen und Formate der sektorenübergreifenden Zusammenarbeit.



Gemeinsam mit den BürgerInnen eines Ökodorfes in Sachsen-Anhalt und dem Bürgermeister eines konventionellen Dorfes in Sachsen haben wir beispielsweise in einer Reihe von Peer-Dialogen erkundet, wie innerhalb einer Dorfgemeinschaft ein Umschwung zustande kommt: Wie können die EinwohnerInnen eines Dorfes gemeinschaftlich Verantwortung für einen nachhaltigen Wandel übernehmen? Dabei konnten die TeilnehmerInnen trotz der unterschiedlichen lokalen Kontexte und auch unterschiedlicher Positionen innerhalb der Kommunen übergreifende Muster sowie Bedingungen für den Erfolg, aber auch das Scheitern gemeinsamer Transformationsprozesse identifizieren. Eine der Erfolgsbedingungen, die wir mit den TeilnehmerInnen herausgearbeitet haben: Es lohnt sich, Konflikte als inhärenten Teil lokaler Transition anzuerkennen. Um diese Konflikte zu adressieren, braucht es auf die jeweilige Gemeinschaft und Akteurskonstellation zugeschnittene Räume.

Diese Erkenntnis ist natürlich keine radikal neue Einsicht. Als Ernte und Reflexion der lokalen MacherInnen von Transformationen sind solche Aha-Momente aber wichtige Schritte des kollektiven Lernens. Denn nur mit diesen Aha-Momenten entsteht die Chance auf eine Beteiligung, die sich am konkreten Bedarf der unterschiedlichen AkteurInnen orientiert. Ziel ist nicht Beteiligung um der Beteiligung willen, es geht vielmehr um deren Zweck: Unterschiedlichen Rollen und Perspektiven von Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, aber auch einzelnen Individuen einen Raum zu geben und die Konflikte als Kommunikationschancen und Nährboden für gemeinsame Lösungen zu begreifen.

Die Peer-Dialoge des Zukunftswerks unterstützen somit die Menschen, Institutionen und Organisationen, die in ihrer Kommune Transformationen gestalten und vorantreiben. Mit den Peer-Dialogen öffnet das Zukunftswerk Räume für Reflexion, gegenseitige Bereicherung und Lernprozesse, und das auch über die Landesgrenzen hinaus im Austausch mit französischen Kommunen. Andererseits helfen die Peer-Dialoge, den Resonanzraum vorzubereiten und auszurichten.

Das zweite Instrument, mit dem das Zukunftswerk lokale Transformationen unterstützt und informiert, ist die **Aktionsforschung**, ein qualitativer und partizipativer Ansatz der empirischen Sozialforschung. In erster Linie geht es darum, gesellschaftlich relevante Wissensbestände zu erfassen und im Feld, das heißt in und mit den Kommunen neue Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Anstatt neutral die Arbeit und Transformationsprozesse in den Kommunen zu betrachten, nehmen wir aktiv an den Gestaltungsprozessen teil. Unsere FeldforscherInnen bringen sich persönlich in die Kommunen ein und unterstützen deren AkteurInnen bei der Umsetzung ihrer Transformationsziele vor Ort. Gleichzeitig sammeln sie Erkenntnisse über das kollektive Handeln der AkteurInnen sowie über lokale und regionale Verflechtungen, Herausforderungen und Potenziale.

Das Zukunftswerk unterstützt beispielsweise die Verwaltung und Zivilgesellschaft der **Stadt Marburg** durch Aktionsforschung bei der Umsetzung ihres **Klima-Aktionsplans**. Für alle Nicht-MarburgerInnen im Publikum kurz zum Hintergrund: Am 28. Juni 2019 wurde in Marburg mit einer großen Mehrheit der Stadtverordneten der Klimanotstand ausgerufen. Das Ziel: Klimaneutralität bis 2030. Dafür gaben die Stadtverordneten einen Klima-Aktionsplan in Auftrag, der unter Beteiligung von BürgerInnen, Vereinen, Initiativen und ExpertInnen verfasst und umgesetzt werden soll. Das entschlossene Handeln der Stadtverordneten hatten die BürgerInnen der Stadt zuvor lautstark eingefordert. Klimaaktive Bürgerinitiativen und SchülerInnen hatten unermüdlich demonstriert und zur Aktion gedrängt. Der geforderte Klima-Aktionsplan wurde im Juni 2020 von der Stadt vorgelegt. Sein Zustandekommen allein ist ein Erfolg. Denn er ist das Ergebnis einer breiten, von der Zivilgesellschaft ausgehenden Mobilisierung, eines Bündnisses zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Der Aktionsplan erkennt zudem an, dass

das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 nur dann erreicht werden kann, wenn alle AkteurInnen in die Umsetzung und Ausgestaltung miteinbezogen werden. Maßnahmen der Stadtverwaltung allein werden nicht ausreichen. Es braucht auch das bestimmte Handeln von BürgerInnen und Unternehmen.

Ein Beispiel: Die **energetische Sanierung des Gebäudebestands** in Marburg wurde im Klima-Aktionsplan der Stadt als eine der wichtigsten Maßnahmen identifiziert, um die CO₂-Emissionen innerhalb der Stadt zu reduzieren. In ganz Marburg gibt es rund 24.500 Immobilien, von denen nur 340 Gebäude, weniger als 2 Prozent, der Stadt selbst gehören. Das heißt: Hier kann die Stadt nicht im Alleingang tätig werden. Die entscheidenden SaniererInnen sind die BürgerInnen und Gewerbetreibenden selbst. Damit die Stadt diese Gruppen dauerhaft unterstützen und motivieren kann, erkundet sie derzeit, wie sie mit allen Beteiligten im Gespräch bleiben, Modelle testen und weiterentwickeln kann. Auch Formen einer dauerhaften Einbindung von und Rücksprache mit den lokalen und regionalen Handwerksunternehmen, Banken, Planungs- und Architekturbüros fordern Fantasie und Initiative.



Gemeinsames Lernen und kooperatives Handeln sind auch über die Stadtgrenzen hinweg notwendig. Ein mit den BürgerInnen gemeinsam formuliertes Ziel des Klima-Aktionsplans ist eine klimaneutrale und klimaresiliente Landwirtschaft. Um die Menschen in Stadt und Landkreis vermehrt mit regional angebauten Produkten versorgen zu können, liegen vielversprechende Ansätze vor. Einerseits können bestehende InnovationsakteurInnen gestärkt werden. Lernen können wir etwa von Initiativen der solidarischen Landwirtschaft. Welche Strukturen und Fördermöglichkeiten haben geholfen und können ausgebaut werden? Welche Prozesse und Strukturen stellten hingegen Hindernisse dar und können angepasst werden? Andererseits bestehen Chancen zur Verbesserung der Kommunikation und Koordination zwischen Landkreis und Stadt. Ein im Oktober 2020 neu gegründeter „Ernährungsrat Marburg und Umgebung“ ist ein hoffnungsvolles Beispiel dafür.

Der Marburger Klima-Aktionsplan erkennt an, dass es für seinen Erfolg intensiver Zusammenarbeit bedarf. Er stellt den Anfang eines gemeinsamen Lernprozesses dar. Für seine Umsetzung müssen nun Formate und Kommunikationsformen gefunden werden, um die ganze Kraft und Kreativität der Stadt und ihrer AkteurInnen zu nutzen. Wo diese außerhalb der Verwaltung wie eingebunden werden können, dazu bedarf es offener Überlegungen.

Die Erkenntnisse und Muster, die wir mithilfe der Peer-Dialoge und der Aktionsforschung herausarbeiten, dienen wie dargestellt zunächst der direkten Unterstützung und Förderung lokaler Transformationsprozesse. Weiterhin bilden sie aber auch die Grundlage für die Entwicklung von Handlungsempfehlungen an die nationalen Regierungen in Deutschland und Frankreich. Aufbereitet werden diese Handlungsempfehlungen im sogenannten **Resonanzraum**. Dort bringen wir die kommunalen AkteurInnen, mit denen wir zusammenarbeiten, mit ExpertInnen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Wissenschaft zusammen. Diese Gruppen machen die TeilnehmerInnen des Resonanzraums aus und vereinen lokale, regionale und nationale Perspektiven unterschiedlicher Bereiche. Dabei findet die Entwicklung der Handlungsempfehlungen in einem offenen und kollaborativen Prozess von unten nach oben statt. Der Resonanzraum wird das erste Mal im Herbst 2021 seine Arbeit aufnehmen und zu gleichen Teilen mit AkteurInnen aus Frankreich und Deutschland besetzt sein. Die übergeordneten Themen wurden dabei durch die Regierungen gesetzt und orientieren sich an den *Sustainable Development Goals*.

Im aktuellen Arbeitszyklus arbeiten wir zum ökologischen Wandel, wie anhand der Zusammenarbeit mit der Stadt Marburg deutlich wurde, sowie zu wirtschaftlicher und sozialer Resilienz, zum Beispiel mit dem Burgenlandkreis. Dort geht es um den zweiten Strukturwandel anlässlich des Kohleausstiegs. Die konkreten Fragestellungen werden aber durch Peer-Dialoge und Aktionsforschung gemeinsam mit den Kommunen gesetzt. Der Resonanzraum bietet damit die Möglichkeit, lokale Perspektiven effektiv in Empfehlungen an nationale EntscheidungsträgerInnen einfließen zu lassen, lokale AkteurInnen zu beteiligen und von ihren Transformationserfahrungen zu lernen.

3) Fazit

Angesichts der großen Herausforderungen muss sich die Demokratie an ihrer Leistungsfähigkeit in deren Bewältigung messen lassen. **Der Erfolg der skizzierten Lernprozesse ist ein wesentlicher Bestandteil dieser Bewältigung.**

Dabei müssen wir gerade die Stärken der Demokratie und offener Gesellschaften nutzen, auch weil sich mittlerweile alternative, autoritäre Gesellschaften wie China als Gegenmodelle etablieren.

Zu diesen Stärken bei der Problemlösung gehören Pluralität, Innovationsfähigkeit und Subsidiarität.

Vielen Dank.

Urbane Klimaanpassung

Globale Transformationsprozesse und Zukunftstreiber

Lukas Emrich,
Prof. Dr. Tabea
Bork-Hüffer,
Universität Innsbruck,
Institut für Geographie

Video:
<https://youtu.be/RPNbjchxdHs>



Zeitalter der Städte? Zeitalter multipler globaler Herausforderungen

Wie Erkenntnisse zum globalen Wandel oder zum Anthropozän zeigen, sind Treiber ökologischer, ökonomischer und soziokultureller Veränderungsprozesse miteinander vernetzt. Sie umfassen den Klimawandel, die Degradation von Ökosystemen, den Verlust von Lebensgrundlagen und Migration, den demografischen Wandel, den Zugang zu Ressourcen im geopolitischen Kontext, die Digitalisierung sowie den massiven globalen Einfluss und die Macht weniger transnationaler Tech-Unternehmen. Die vielfältigen Treiber und Auswirkungen komplexer Prozesse des globalen Wandels beschränken sich dabei keinesfalls auf urbane Siedlungsformen. Doch ein Blick auf historische, aktuelle wie auch prognostizierte Daten zu Dynamiken der Urbanisierung zeigen deutliche Zusammenhänge des Wachstums der städtischen Bevölkerungen mit jenem des weltweiten Bruttoinlandsproduktes, der Zunahme von Treibhausgaskonzentrationen oder der Degradation von Ökosystemen (Abb. 1). Zudem verdeutlichen diese Daten die Gleichzeitigkeit sich gegenseitig verstärkender und vielfältiger Veränderungsprozesse im Rahmen der „Großen Beschleunigung“ (Steffen et al. 2015).

Prognosen zum weiteren Wachstum der städtischen Bevölkerung – bis 2050 wird die urbane Bevölkerung von circa 4,4 Mrd. (2020) Menschen auf voraussichtlich 6,7 Mrd. anwachsen und dann etwa 70 Prozent der gesamten globalen Bevölkerung umfassen (UN DESA 2018) – weisen auf eine nochmals gesteigerte Dynamik, eine „Wucht der Urbanisierung“ (WBGU 2016) im 21. Jahrhundert hin. Dabei ist es wichtig, Städte nicht nur auf ihre

quantitative Bedeutung und ihr Wachstum zu reduzieren, sondern auch qualitative Veränderungsdynamiken in und um diese Stadträume zu berücksichtigen (Kraas/Mertins 2014). Metropolen sind nicht nur Lebensräume für menschliche wie nicht-menschliche Lebewesen. Sie sind auch Schaltzentren politökonomischer Regulationsmechanismen und Mittelpunkte zunehmend krisenhafter, gesellschaftlicher Naturverhältnisse im Anthropozän (Kraas/Bork-Hüffer 2019). Und sie sind Orte zeitlich und räumlich verdichteter sozialer Interaktion. „Die Metropole als Fabrik zur Produktion des Gemeinsamen“ (Hardt/Negri 2010) ist damit ein unweigerlich soziales, ein zugleich konfliktäres und kooperatives Produkt. Eine Auseinandersetzung mit Anpassungen von Städten an die Folgen des Klimawandels kann somit nur aus einer Perspektive heraus erfolgen, die einerseits die Vernetztheit der Einflussfaktoren berücksichtigt und andererseits die soziale und ökologische Natur von Städten als Lebensräume anerkennt.

Städte als Treiber und Getriebene des Klimawandels

Städte sind dabei einerseits Motoren des Klimawandels und damit verschränkter sozialökologischer Krisen, aber auch besonders betroffen von ihren Folgen. Zu den Treibern gehören Bodenversiegelung, Emissionen des städtischen Bausektors, lineare Stoffflüsse und der damit verbundene Ressourcenverbrauch, die derzeit rasant wachsen und auf Konsum und Profit ausgerichteten urbanen Plattformökonomien sowie konsumorientierte städtische Lebensstile. Gleichzeitig machen der klimawandelbedingte Temperaturanstieg, der urbane Bevölkerungen besonders stark belastet,

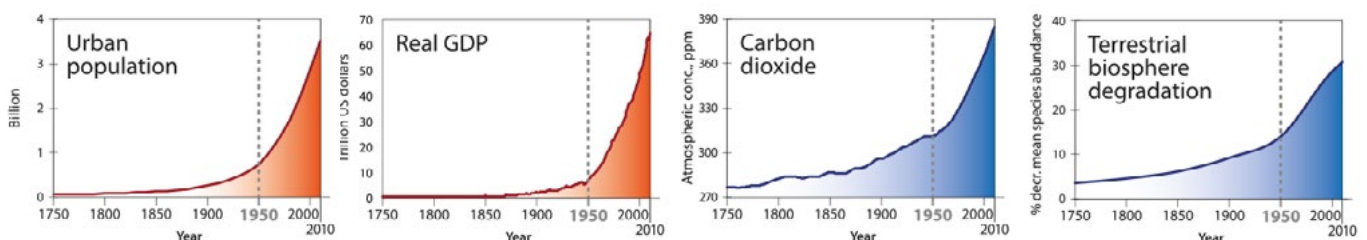
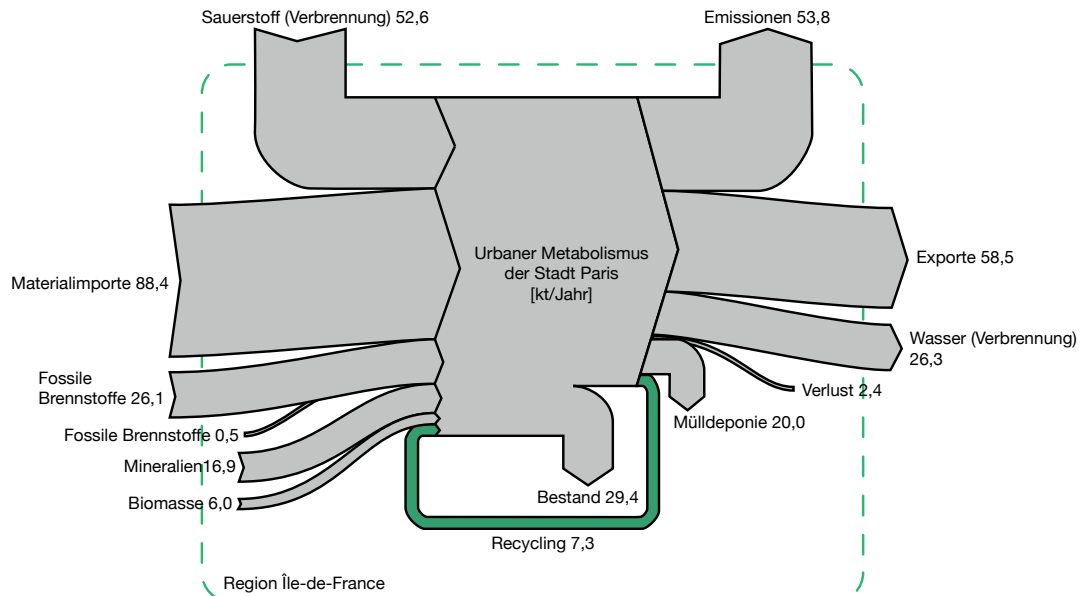


Abb. 1: Gegenüberstellung der Entwicklungen ausgewählter sozioökonomischer (rot) sowie geoökologischer Indikatoren (blau). Die gestrichelte Linie bezieht sich auf den von Steffen et al. (2015) vorgeschlagenen (ungefähren) Wendepunkt der Großen Beschleunigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Prozesse im Anthropozän (Quelle: Steffen et al. 2015, verändert).



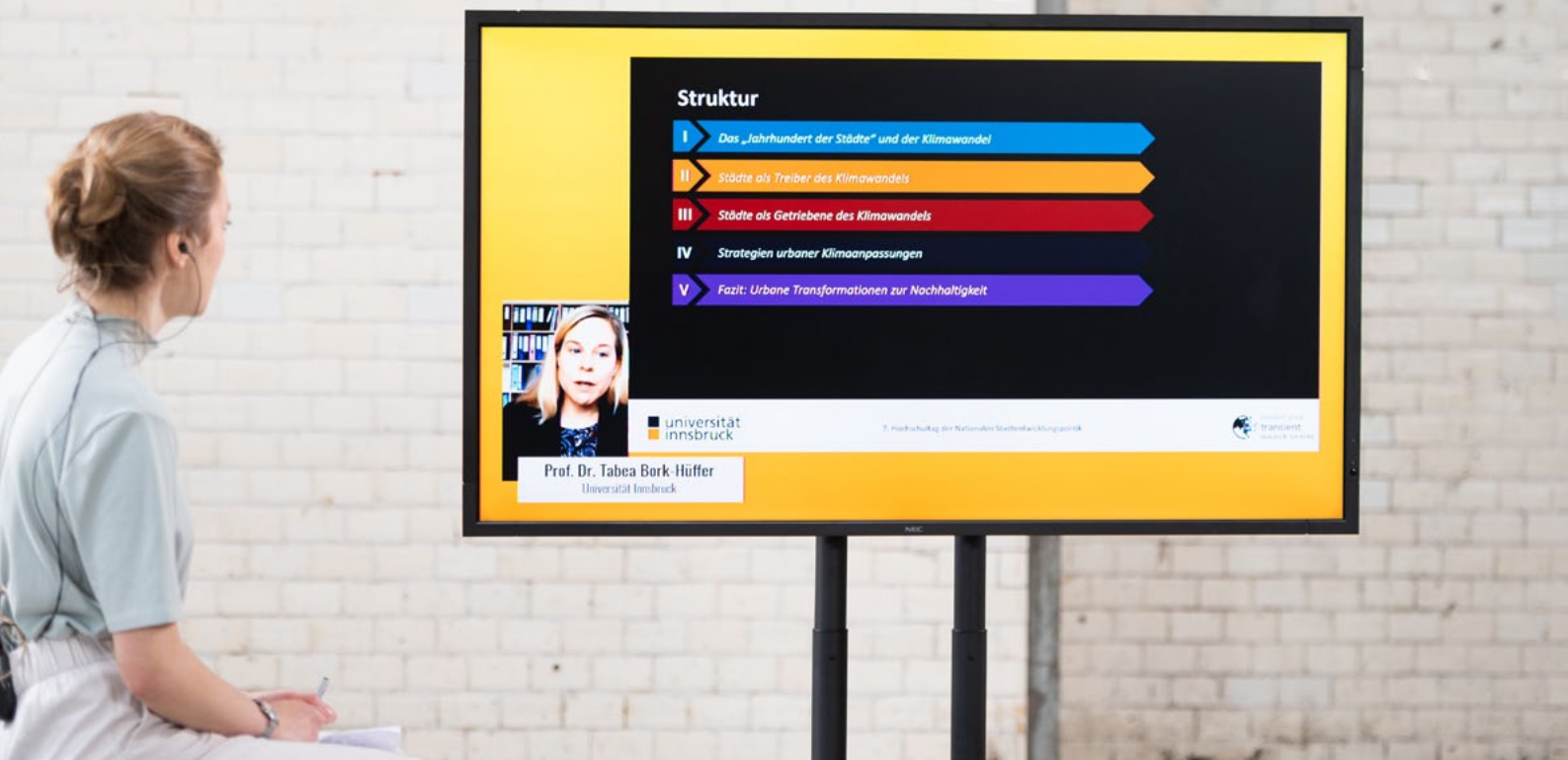
Urbaner Metabolismus von Paris.
Quelle: Nelson, 2011; unter Verwendung von Daten aus Barles, 2009

Abb. 2: Stoffströme im urbanen Metabolismus von Paris (Quelle: WBGU 2016)

daraus resultierende verschärfte und neue Gesundheitsbelastungen sowie die zunehmende Frequenz und Intensität von Extremwetterereignissen die in Städten lebenden Menschen zu Getriebenen des Klimawandels. Dabei zeigt sich außerdem eine zunehmend ungleiche Verteilung in der Betroffenheit solcher Klimawandelfolgen und im Verlust von Lebensgrundlagen (Kabisch et al. 2017; WBGU 2016).

Die meisten Städte sind in dominierend lineare Stoffflüsse eingebettet, wie das Beispiel Paris zeigt (Abb. 2). Das bis heute anhaltende Unvermögen, Städte in dynamische, aber geschlossene Kreisläufe einzubinden, führt somit nicht nur zu inakzeptablen (Treibhausgas-)Emissionswerten und einer zu hohen Abfallproduktion. Die damit verbundene „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2018) mit stark sozial differenzierten





Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnissen hat weitere soziale und ökonomische Herausforderungen in städtischen Gesellschaften zur Folge. Diese können Auswirkungen des Klimawandels sowie Ungleichheiten in der Verteilung dieser Auswirkungen über das soziale Spektrum zusätzlich verschärfen.

Die Herausforderungen sind nicht nur vielfältig und heterogen, sondern verstärken sich oft gegenseitig. Besonders gut geht dies aus dem Beispiel urbaner Hitzeinseln hervor. Der Hitzeinsel-Effekt entsteht meist an Orten mit besonders hohen Bodenversiegelungsraten. Einerseits absorbieren versiegelte Flächen deutlich mehr Strahlung als Flächen mit Vegetation auf nicht-versiegelten Böden; andererseits fehlen hier Beschattungs- und Verdunstungseffekte. Dadurch werden in

stark versiegelten Räumen bis zu 8 Grad höhere Temperaturen gemessen als im weniger stark versiegelten Umland (Revi et al. 2014). Die Gesundheitsrisiken starker Erhitzung in den immer häufigeren Hitzesommern sind kaum abzuschätzen. Der Hitzewelle von 2003 wurden in Europa mehrere zehntausend Todesfälle zugeordnet. Weitere Effekte steigender Temperaturen sind höhere Konzentrationen gesundheitsgefährdender Stoffe wie troposphärischem Ozon sowie nachweislich mit diesen Schadstoffkonzentrationen verbundene Atemwegserkrankungen (Corfee-Morlot et al. 2009). Bodenversiegelung, oft im Rahmen unregelter Zersiedelungsprozesse, kann also vielfältige, komplexe und oft schwer quantifizierbare Auswirkungen auf Gesellschaft-Umwelt-Systeme haben. In Folge unregelter



Bodenversiegelungsraten und durch den Hitzeinsel-Effekt werden Städte vom Klimawandel-Treiber selbst zu Getriebenen komplexer und krisenhafter Prozesse und Risiken. Diese Risiken sind selten homogen verteilt. Vielmehr zeigen Studien aus verschiedensten Beispielen ökologischer Krisen, wie Exposition und Resilienz in Bezug auf diese mit sozialen Faktoren wie Einkommen korrelieren (zum Beispiel Kindler et al. 2018).

Ansätze und Herausforderungen urbaner Transformationen und Klimaanpassungen

Selbst bei radikalem Vorgehen zum Klimaschutz, wie es zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (2018) vorgeschlagen wird, müssen Maßnahmen, welche die negativen Folgen des voranschreitenden Klimawandels für städtische (und weitere) Bevölkerungen reduzieren beziehungsweise mitigieren, massiv ausgeweitet werden.

In den letzten Jahren besonders stark diskutiert werden natur- oder technologiebasierte Ansätze, die nur Teillösungen komplexer Anpassungsstrategien sein können. Zu ersteren gehören die Bereitstellung von städtischem Grün und Blau (zum Beispiel von Parks, Bäumen und Vegetationskorridoren), architektonische Lösungen für nachhaltiges Bauen (wie Fassadenbegrünung und Dachbegrünung), klimaneutrale Baustoffe aus Holz und Bambus sowie Bioretentionsanlagen oder Regengärten (Kabisch et al. 2017). Zu letzteren zählen Modellierungen und Simulationen auf Basis präziser und räumlich hochauflösender Klimainformationen mit dem Ziel, besonders vom Klimawandel betroffene Areale zu identifizieren, die Effizienz möglicher Gegenmaßnahmen (ZAMG 2020) zu modellieren oder Crowd-sourced-Datenquellen zur Verbesserung städtischer Dienste und Anpassungsmaßnahmen einzusetzen (zum Beispiel bei Müllentsorgung, Überschwemmungen). Ebenso fallen darunter multimodale Mobilitätssysteme oder Shared Mobility Schemes, um diesen Bereich effizienter und emissionsreduzierend zu organisieren. Digitales Tracking in der Kreislaufwirtschaft kann ebenfalls dazu beitragen, Lücken in Kreisläufen sichtbar zu machen und zu schließen sowie unnötige Rohstoffe, toxische Stoffe oder Rohstoffe aus Konfliktregionen zu vermeiden. Digitale Plattformkooperativen können als alternative und solidarische Ökonomien nachhaltige Ansätze des nicht-finanzialisierten Teilens und Tauschens fördern (WBGU 2019; IDDRI 2018).

Die effiziente Steuerung von Städten, auch im Rahmen technologischer und digitaler Innovation, wird ein wichtiger und notwendiger Bestandteil aller Transformationswege sein. Bei isoliert auf Effizienz abzielenden Dispositiven – im Sinne eines Mehr an Output bei gleichem Input – innerhalb bestehender Regulationsmechanismen des globalen (und zunehmend digitalen) Finanzkapitalismus besteht dennoch die gut beforschte Gefahr, dass Rebound-Effekte diese Effizienzgewinne zunichtemachen oder es nur zu einem temporären Austausch akuter Krisensymptome kommt. An den Fallbeispielen Kopenhagen

und Portland zeigen Kabisch et al. (2018), wie ohne integrative Ansätze städtische Klimaanpassungsstrategien zu Verdrängungsprozessen führen können. Die Verfasserinnen beschreiben solche Nachhaltigkeitsansätze auch als „Retrofitting“ (ibid.), also den Versuch, Erfolge der (Ressourcen-)Effizienz durch neue Technologien innerhalb alter Strukturen oder eine Aufwertung durch Begrünung von öffentlichem Raum und gebauter Umwelt zu erzielen. Während sie solche Ansätze explizit als wesentlichen Teil ihrer vorgeschlagenen Transformationsstrategie für Städte beschreiben, merken sie gleichzeitig an, „dass vor allem Mittel- und Oberschicht-Angehörige von diesen Maßnahmen profitieren. Partiiell ist die Verdrängung einkommensschwacher Gruppen zu beobachten, ein Prozess, der als ‚Ökogentrifizierung‘ diskutiert wird“ (ibid.). In jüngerer Zeit hat eine lange Reihe an Studien auf ähnliche Risiken verwiesen (vgl. Überblick in Anguelovski et al. 2019). Wenn natur- oder technologiebasierte Lösungen von Vermarktungsstrategien getrieben werden und Fragen der Klimagerechtigkeit vernachlässigen oder ignorieren, dann resultieren sie in positiven Externalitäten, welche marktwertsteigernd auf Immobilien oder Standortfaktoren von Unternehmen wirken. Das Resultat solcher Entwicklungen reicht von der Zuspitzung sozialräumlicher Ungleichheiten bis hin zu Verdrängungsprozessen und der Herausbildung „elitärer Enklaven der Umweltprivilegien“ (ibid.: S. 1065).

Es stellt sich also die Frage, wem die jeweiligen Aufwertungs- und Anpassungsmaßnahmen zugutekommen, ob es eher zu räumlichen Verlagerungen der Herausforderungen kommt, und wie Nachhaltigkeitstransformationen oder Anpassungsstrategien in inklusive und demokratische Prozesse integriert werden können. Ganzheitliche Lösungsansätze der sozialökologischen Krisen des 21. Jahrhunderts werden daher auch institutionell-systemische und räumliche Transformationen beinhalten und Antworten auf Fragen der Verteilung (von positiven wie negativen Externalitäten) oder Teilhabe geben müssen.

Räumliche Transformationen auf Quartiersebene – ein Beispiel

Unterschiedliche städtische Räume können entsprechend heterogene Herausforderungen, Potenziale und Rahmenbedingungen für transformative Ansätze der Klimaanpassung haben. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (2016) differenziert hierbei drei Stadttypen und Stadtstrukturen: reife Stadtstrukturen in historisch gewachsenen Städten, neu geplante Stadtstrukturen, die gerade in den stark von Urbanisierung betroffenen Regionen weiter entstehen, und informelle Strukturen, beispielsweise in Marginalsiedlungen. Nicht nur, aber insbesondere bei historisch gewachsenen Stadtstrukturen gilt es, deren „Eigenart“ (WBGU 2016) und damit spezifische räumliche Herausforderungen für transformative Ansätze zu berücksichtigen: Welche Funktionen sollen Räume im Kontext einer klimaneutralen, inklusiven und resilienten Stadt übernehmen? Wie kann man inklusiven Zugang zu diesen Räumen und eine breite Teilhabe an transformativen Diskursen und (Um-)Nutzungsprozessen schaffen?

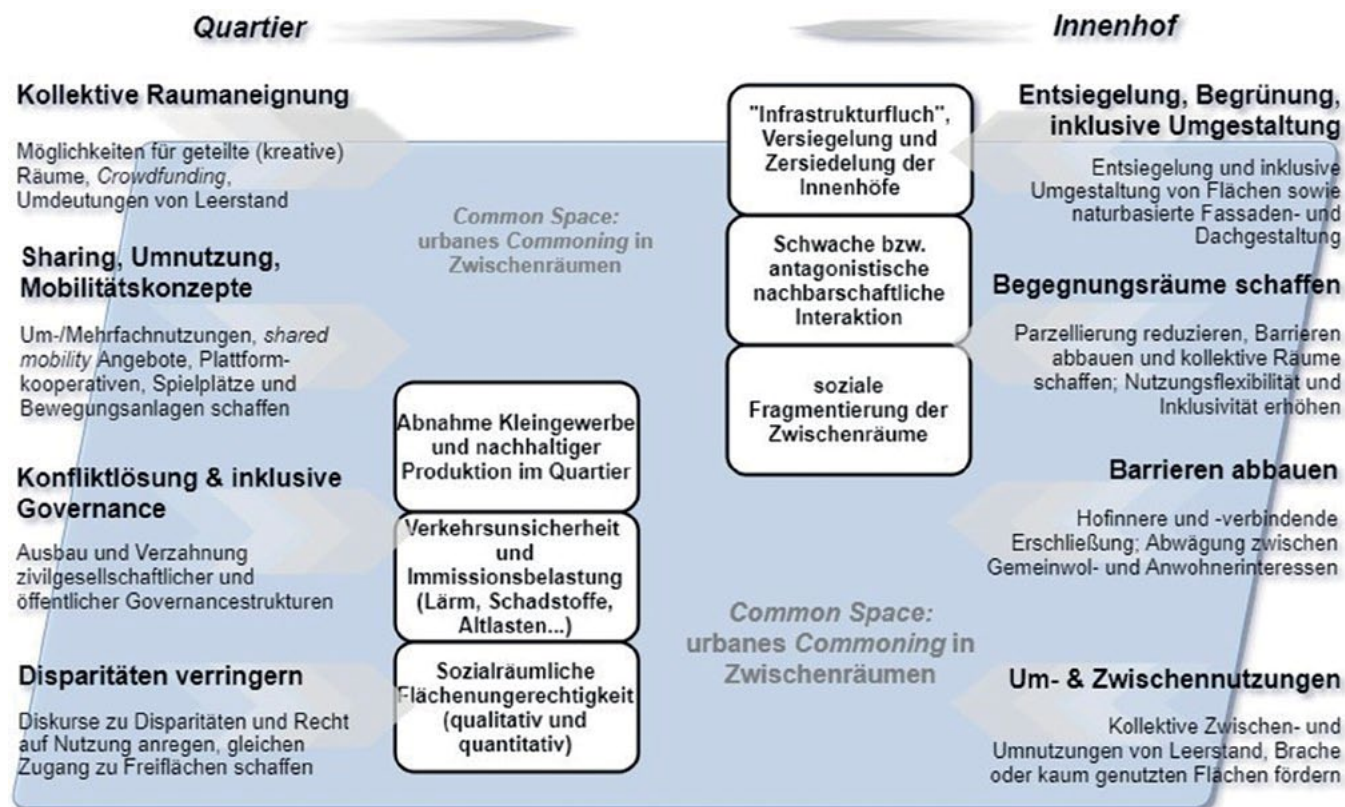


Abb. 3: Ansatzpunkte (graue Pfeile) in Bezug auf identifizierte Nachhaltigkeitsprobleme (weiße Kästen) auf Ebene des Quartiers, am Beispiel eines gründerzeitlichen Bestandsquartiers in Innsbruck, Österreich (Quelle: Emrich 2021, verändert)

Solche Fragen stellte eine Studie, die das Potenzial von Innenhöfen in gründerzeitlichen Bestandsquartieren in Innsbruck (Tirol, Österreich) für transformative Maßnahmen untersuchte (Emrich 2021). Die Eigenart und soziokulturelle Vielfalt gewachsener Stadtquartiere führt zu einer Vielzahl an ernstzunehmenden Bedürfnissen und Perspektiven im Umgang mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die zudem sehr unterschiedlichen räumlichen Rahmenbedingungen, beispielsweise in Bezug auf den Zugang zu oder die Begrünung von Freiflächen, haben gerade in dicht bebauten Bestandsquartieren sehr hohen Einfluss auf das Wohlbefinden der dort lebenden Menschen. Wohlbefinden in und Wertschätzung der eigenen Nachbarschaft als alltäglicher Lebensmittelpunkt können jedoch als Basis für inklusive und kooperativ-demokratische Transformationsprozesse im Quartier gesehen werden. Dies fordert heraus. Tiefgreifende Transformationsprozesse sind unweigerlich auch konfliktuell. Um diese Konflikte dennoch in einem demokratischen Rahmen aushandeln zu können und in gemeinwohlorientierte Prozesse zu integrieren, braucht es Räume für Begegnung und Austausch sowie Instrumente der Kommunikation und Governance. Dieser Zweiklang aus Möglichkeiten für Begegnungen mit begleitenden Governance-Strukturen birgt zudem Möglichkeiten des transformativen, lösungsorientierten und kooperativen Handelns (Commoning). Abb. 3 schlägt Ansatzpunkte für räumliche und institutionelle Transformationsprozesse im Quartier und Antworten auf folgende Kernfragen vor: Welche Strategien lassen sich für den Umgang mit bestehenden Nachhaltigkeits Herausforderungen im Quartier (weiße Kästen) finden?

Wie sehen kollektive Vorstellungen von einem lebenswerten Quartier der kurzen Wege aus und wo bestehen Ansatzpunkte sozialer, institutioneller und struktureller Veränderungen, um solche Prozesse zu unterstützen (graue Pfeile)?

Fazit

Aufgrund der Verwobenheit des Klimawandels mit zahlreichen weiteren soziokulturellen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen und aufgrund der Heterogenität urbaner Räume müssen Klimaanpassungsstrategien auf systemischen und integrierenden Ansätzen beruhen. Dabei sind tiefgreifende Transformationen unausweichlich. Wenn diese in demokratischen Prozessen ablaufen und das Grundprinzip des „Leaving no one behind“ (UN 2017) zur normativen Grundlage haben sollen, müssen Fragen der Umwelt- und Klimagerechtigkeit, aber auch des Zugangs zu und des Rechts auf Stadt sowie der Teilhabe an Transformationsprozessen behandelt werden. Erst dann können Effizienz- und Konsistenzansätze, wie beispielsweise natur- oder technologiebasierte Lösungen, ohne ungewollte, negative Folgeeffekte (zum Beispiel Ökogentrifizierung) integriert werden. Der Prozess wird dabei stets aus einer Vielzahl parallel ablaufender und dynamisch veränderlicher Transformationspfade auf allen Ebenen bestehen. Der Quartiersansatz mit erweiterten Partizipations- und Kooperationsmöglichkeiten stellt einen solchen möglichen Ansatz dar. Er beinhaltet ein gänzlich neues Nachdenken über urbane Räume, über Arten des Konsums, der Produktion und des Miteinanders im Quartier und sollte dabei die Verwobenheit mit überregionalen bis zu globalen Prozessen berücksichtigen.

Literatur

- Anguelovski, Isabelle; Connelly, James J. T.; Garcia-Lamarca, Melissa; Cole, Helen; Pearsall, Hamil, 2019: New Scholarly Pathways on Green Gentrification: What Does the Urban 'Green Turn' Mean and Where is it Going? In: *Progress in Human Geography*, 43(6), S. 1064–1084.
- Corfee-Morlot, Jan; Kamal-Chaoui, Lamia; Donovan, Michael G.; Cochran, Ian; Robert, Alexis; Teasdale, Pierre-Jonathan, 2009: Cities, Climate Change and Multilevel Governance. OECD Environmental Working Papers 14(2009). Paris.
- Brand, Ullrich; Wissen, Markus, 2018: What Kind of Great Transformation? The Imperial Mode of Living as a Major Obstacle to Sustainability Politics. In: *GAIA*, 27, S. 287–292.
- Emrich, Lukas, 2021: Nachhaltigkeitstransformationen im Quartier aus der Perspektive eines relationalen Raumverständnisses: Die Zwischenräume gründerzeitlicher Innenhöfe in Innsbruck-Pradl. Innsbruck, Österreich.
- Hardt, Michael; Negri, Antonio, 2010: *Common Wealth: Das Ende des Eigentums*. Frankfurt am Main.
- IDDRI; FING; WWF France; GreenIT.fr., 2018: White Paper: Digital Technology and Environment. Using the Digital Transition to Accelerate the Ecological Transition. Zugriff: www.iddri.org/en/publications-and-events/report/white-paper-digital-economy-and-environment
- IPCC (2018): Global Warming of 1.5°C. IPCC Special Report. Zugriff: www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2019/05/SR15_SPM_version_stand_alone_HR.pdf
- Kabisch, Nadja; Korn, Horst; Stadler, Jutta; Bonn, Aletta, 2017: Nature-Based Solutions to Climate Change Adaptation in Urban Areas—Linkages Between Science, Policy and Practice. In: dies. (Hrsg.): *Nature-Based Solutions to Climate Change Adaptation in Urban Areas — Linkages Between Science, Policy and Practice*. Cham, Schweiz, S. 1–14.
- Kabisch, Sigrun; Koch, Florian; Rink, Dieter, 2018: Urbane Transformationen unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit. In: *Geographische Rundschau*, 70(6), S. 4–9.
- Kraas, Frauke; Bork-Hüffer, Tabea, 2019: Metropolen und Metropolregionen: Strategische Steuerungszentralen globalisierter Transformationsprozesse weltweit. In: *Geographie heute*, 40(345), S. 2–9.
- Kraas, Frauke; Mertins, Günter (2014). *Megacities and Global Change*. In: Frauke Kraas, Surinder Aggarwal, Martin Coy & Günter Mertins (Hrsg.): *Megacities – Our Global Urban Future*. Heidelberg, S. 1–6.
- Kindler, Annegret; Klimczek, Heinz-Josef; Frank, Ulrich, 2018: Socio-Spatial Distribution of Airborne Outdoor Exposures – An Indicator for Environmental Quality, Quality of Life and Environmental Justice: The Case-Study of Berlin. In: Sigrun Kabisch, Florian Koch, Erik Gaweł, Annegret Haase, Sonja Knapp, Kerstin Krellenberg, Jaime Nivala & Andreas Zehndorf (Hrsg.): *Urban Transformations: Sustainable Urban Development Through Resource Efficiency, Quality of Life and Resilience*. Cham, Schweiz, S. 257–271.
- Revi, Aromar; Satterthwaite, David E; Aragón-Durand, Fernando; Corfee-Morlot, Jan; Kiunsi, Robert B. R.; Pelling, Mark; Roberts, Debra C.; Solecki, William, 2014: Urban Areas. In: IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change (Hrsg.): *Climate Change 2014: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Part A: Global and Sectoral Aspects. Contribution of Working Group II to the Fifth Assessment Report of the IPCC*. Cambridge, Vereinigtes Königreich & New York, USA, S. 535–612.
- Steffen, Will; Broadgate, Wendy; Deutsch, Lisa; Gaffney, Owen; Ludwig, Cornelia, 2015: The Trajectory of the Anthropocene: The Great Acceleration. In: *The Anthropocene Review*, 2.1(2015), S. 81–98.
- UN, 2017: *Leaving No One Behind: Equality and Non-Discrimination at the Heart of Sustainable Development*. New York, USA.
- UN DESA, 2018: *World Urbanization Prospects: The 2018 Revision. File 3: Urban Population at mid-year by Region, Subregion, Country and Area, 1950–2050 (thousands). POP/DB/WUP/Rev.2018/1/F03*. New York, USA.
- WBGU, 2016: *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte; Hauptgutachten*. Berlin.
- WBGU, 2019: *Unsere gemeinsame digitale Zukunft; Hauptgutachten*. Berlin.
- ZAMG, 2020: Neues Computermodell zur Untersuchung von Hitze in Städten. News der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik vom 12. August 2020. Zugriff: www.zamg.ac.at/cms/de/klima/news/neues-computermodell-zur-untersuchung-von-hitze-in-staedten



Vivienne Graw (Masterstudentin an der TU Berlin) moderierte diesen Programmpunkt.



Podiumsdiskussion Klimaanpassung

Auf dem Weg zur klimaangepassten Stadt!?

Gastgeber | Autor:

Prof. Dr. Detlef Kurth,
TU Kaiserslautern

GästInnen:

Alexander Repenning,
Politökonom und
Buchautor: „Vom Ende
der Klimakrise.
Eine Geschichte
unserer Zukunft“

Frauke Burgdorff,
Stadtbaurätin,
Stadt Aachen

Video:

<https://youtu.be/fJHtDDs7JB0>



Einführung

Detlef Kurth

Das Thema *planning for future – Transformation gestalten* ist uns, die wir mit Stadtentwicklung und Raumplanung beschäftigt sind, sehr nahe, denn es geht dabei darum, präventiv zu denken, vorauszu-denken, zu gestalten, aber auch Krisen abzuwehren. Eine der ganz großen Herausforderungen ist sicher die Klimakrise. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist fast punktgenau zu unserer Tagung gekommen. Nunmehr hat es Verfassungsrang, die Fragen des Klimawandels nicht den zukünftigen Generationen aufzubürden, sondern sie heute zu lösen.

Neben dem Klimawandel kommen noch weitere Krisen und Probleme auf uns zu, etwa mit dem demografischen Wandel und im Bereich der sozialräumlichen Benachteiligung. Die Pandemie überlagert hier gerade vieles. So schlimm sie auch ist: Die anderen Krisen werden am Ende viel mehr Schaden anrichten, und deshalb werden wir, wenn wir über Resilienz und generell über *planning for future* sprechen, zwar auch, aber nicht ausschließlich über Pandemie reden.

Der andere große Rahmen ist die Nationale Stadtentwicklungspolitik. In der *Neuen Leipzig-Charta*,

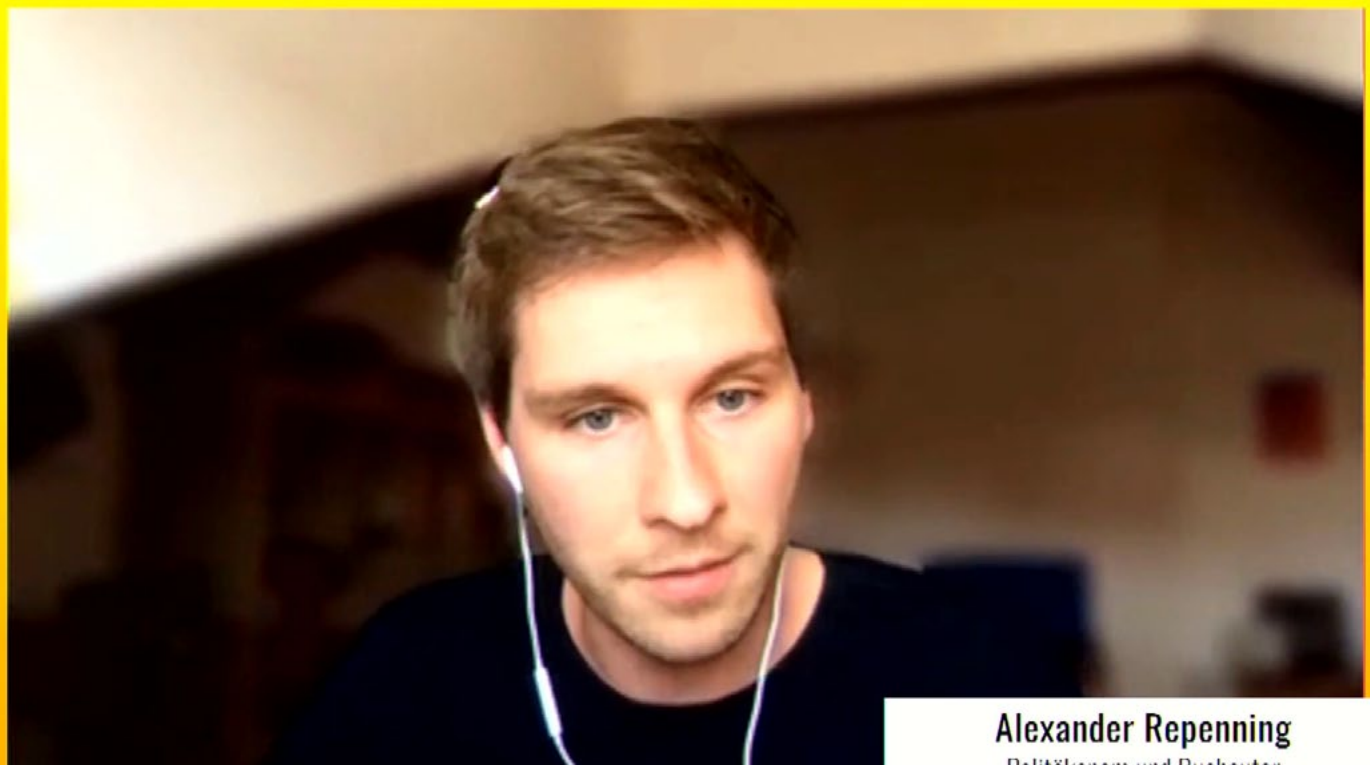
die im Herbst 2020 beschlossen wurde, sind die Themen Gemeinwohlorientierung, Klimawandel und Resilienz schon enthalten. Das wollen wir nachher in der Diskussion, wenn wir über Umsetzungsstrategien sprechen, wieder aufrufen. Wir werden uns in Bezug auf den Klimawandel aber auch mit den großen Fragen der *Mitigation and Adaptation* beschäftigen und feststellen, dass wir beides brauchen. Klimaschutz und Klimaanpassung sind zwei Seiten einer Medaille. Dass diese Themen nicht konfliktfrei sind, darum wird es in der Debatte nach den beiden Impulsreferaten von Alexander Repenning und Frauke Burgdorff ebenfalls gehen.

Höchste Zeit zum Handeln! Ein Appell für mehr Klimagerechtigkeit in der Stadtentwicklung

Alexander Repenning

Ich werde im Folgenden einige Gedanken formulieren, die es auch für Stadtplanung im Sinne von *planning for future* im Bewusstsein zu halten gilt. Dazu gehe ich zunächst auf die Frage ein: Was ist besonders an der Klimakrise?

Da ist zunächst die Dimension der Zeit: Die Folgen unseres Handelns müssen in Jahrzehnten und Jahrhunderten begriffen werden. Das überschreitet



Alexander Repenning
Politökonom und Buchautor

weit die Logik von Legislaturperioden, die in der Regel das politische Handeln leiten, und stellt damit unsere demokratischen Institutionen vor Herausforderungen. Als Gesellschaften sind wir nicht gewohnt, in diesen Zeiträumen zu denken und zu handeln.

Die andere Dimension ist der Raum. Die Konsequenzen aus vergangenem Handeln sind schon jetzt an anderen Orten sichtbar. Dass wir hier die Folgen nicht unmittelbar erleben, macht es natürlich herausfordernder, das Ausmaß zu begreifen. Im globalen Süden gibt es aber schon viele Orte, an denen die Folgen der Klimakrise massiv zu sehen sind, die uns hier im globalen Norden auch erwarten.

Ein wichtiger Begriff in der Debatte um den Klimawandel ist außerdem Irreversibilität. Wenn globale Ökosysteme erst einmal gekippt sind, können wir nicht zurückgehen und sagen: Jetzt handeln wir wirklich. Das müssen wir im Sinne von Risikohierarchien im Blick behalten. Eine Veröffentlichung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung aus dem Jahr 2019 zeigt, wie die Kipppunkte miteinander zusammenhängen. Der Permafrost zum Beispiel beginnt zu tauen. Viele der antizipierten Kipppunkte nähern sich viel früher als gedacht in größerem Ausmaß an.

Der Weltklimarat forderte 2018 in seinem Bericht, nötig seien „schnelle, weitreichende und beispiellose Veränderungen in allen Bereichen der Gesellschaft“. In diesem Diskurs entsteht häufig ein Eindruck von Dringlichkeit im Sinne einer Apokalypse, die uns bevorsteht. Ich möchte einen anderen Zugang betonen: Viele Regionen sind als Lebensorte bedroht. Bedroht ist aber nicht die Menschheit als solche, sondern unsere Menschlichkeit. Das menschliche Leben, wie wir es kennen, wird nicht mehr möglich sein. Die wachsenden Stressfaktoren durch die Klimakrise erhöhen den Druck auf uns als Gesellschaft, uns solidarisch zu verhalten mit denen, die stärker betroffen sind. Resilienz ist vor allem dort gering, wo Menschen in Armut leben und weniger Ressourcen haben, auf die Veränderungen einzugehen.

Zum Abschluss noch einige Gedanken zur Klimagerechtigkeit: Aus meiner Sicht wird der Begriff zu wenig debattiert. Mich überrascht immer wieder, dass Klima in vielen Diskussionen als Umweltthema behandelt wird und nicht aus einer sozialen Perspektive. Ein Begriff, der hier auftaucht, ist Klimaapartheid. Philip Alston, der UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte, sagt, wenn wir nicht aus der Perspektive von Menschenrechten und Gerechtigkeit vorgehen, riskieren wir eine Situation, in der sich die Reichen vor den Folgen schützen und die Armen diesen Folgen überlassen bleiben. Dies bedroht die Menschenrechte als Konstrukt an sich und auch die letzten fünfzig Jahre an Entwicklung und Armutsbekämpfung.

Ein anderer Punkt ist Generationengerechtigkeit. Das Klimaschutzgesetz wurde vom Bundesverfassungsgericht unter Bezug auf Artikel 20a des Grundgesetzes in Teilen als verfassungswidrig erklärt. Mit Bezug auf das dort formulierte

Staatsziel, Lebensgrundlagen für künftige Generationen zu erhalten, wurde die Idee der Zukunftsverantwortung stärker mit der Klimakrise verknüpft. Die Rechte dieser künftigen Generationen sind nun mit in die politische Verantwortung gestellt.

Die Klimawende in der Praxis gestalten

Frauke Burgdorff

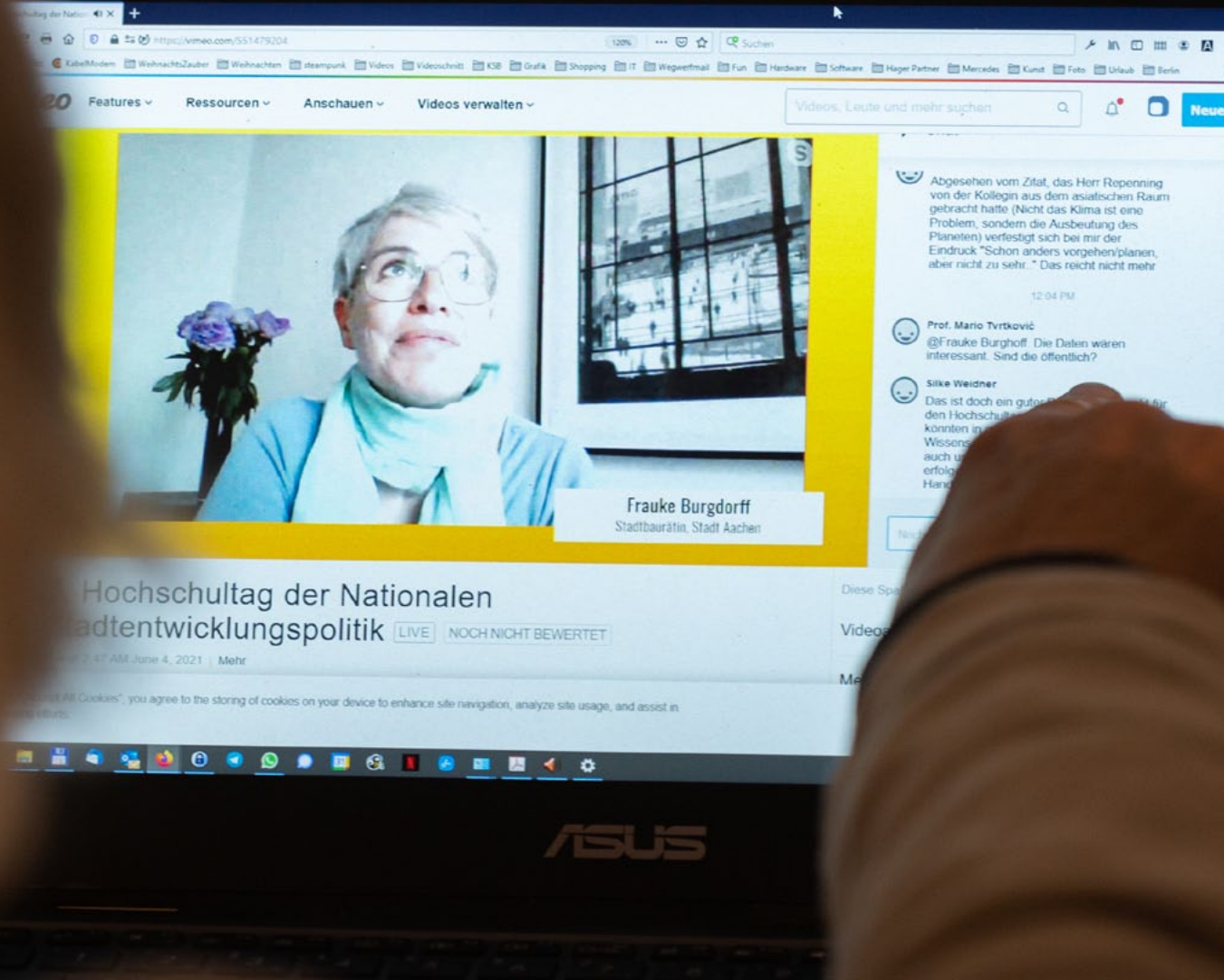
Wenn wir auf die kommunale Arbeit schauen, hat die Klimawende in meinen Augen drei Dimensionen: erstens den Klimaschutz. Wir müssen versuchen, CO₂-Einträge da, wo es geht, zu vermeiden. Zweitens das Thema Klimawandelfolgen-Strategie, also der Umbau der Stadt für kommende Hitze, für Starkregen und Kälteperioden. Schließlich die Klimagerechtigkeit: Hier können wir nur einen kleinen Beitrag leisten, aber es ist wichtig, das nicht auszublenden.

Der Rat der Stadt Aachen hat Ende 2019 die Klimanotstandskommune ausgerufen. Innerhalb von einem Jahr hat mein Kollege Markus Cremer mit seinem Team ein integriertes Klimaschutzkonzept aufgelegt. Wir müssen, um das 1,5–2-Grad-Ziel zu erreichen und bis 2030 50 Prozent der CO₂-Eintragungen einzusparen, jedes Jahr 76.850 Tonnen weniger verbrauchen. In den letzten Jahren hat leider eine gegenteilige Entwicklung stattgefunden, das heißt, wir müssen jetzt die Ärmel hochkrempeln. Die CO₂-Minderungspotenziale sind theoretisch beschrieben. Wir haben zudem versucht, mit Indikatoren und überschlägigen Werten so zu arbeiten, dass wir plausible Daten haben. Die Energieversorgung verspricht den größten Hebel, Gebäudesanierung ist wichtig und auch der Verkehr. Der Flugverkehr, aber auch der Schwerlastverkehr liegen aber gar nicht in unserem Regelungskreis, als Kommune können wir eigentlich nur die Hälfte im Bereich Verkehr selber regulieren.

Wir werden in den nächsten Jahren sehr viele Fahrradwegkilometer bauen, auch auf dem Hintergrund, dass es bei uns einen Radentscheid gab. Wir werden den Busverkehr ausbauen und elektrifizieren. Das ist eine große Investition, die auch Zeit braucht. Die Busse, die man bestellt, sind nicht morgen da. Wir wollen eine Tram bauen und untersuchen gerade, ob sie nach Kosten-Nutzen-Index positiv bewertet werden kann. Die Stadtverwaltung selbst fährt weitgehend E-Auto.

Wir haben die ersten Mittel für das Integrierte Klimaschutzkonzept bereitgestellt, da geht es um viele Millionen Euro, die wir in den nächsten Jahren investieren müssen. Wir müssen darüber reden, ob wir die Mittel über Bundes-Landes-Finanzierungen, interne Prioritätensetzung oder lokale Steuern bekommen.

Die Klimawandelfolgen stellen auch eine wichtige Dimension dar. Wir haben in der Innenstadt sehr viele Großstrukturen, Parkhäuser und Kaufhäuser, die unheilvoll auf die Überhitzung der Stadt wirken. Ich nenne sie liebevoll die „Wale“, die am Strand unserer Stadt gelandet sind. Wir müssen uns überlegen, wie wir zukünftig mit ihnen umgehen. Wie ertüchtigen wir sie, dass sie



in ihrer Nutzung, aber auch in ihrer Klimawandelfolgen-Wirkung etwas neutralisiert werden?

Zum Schluss zur Klimagerechtigkeit: Wir verstehen uns als Kommune als Teil einer Gemeinschaft. Wir haben intensive Debatten mit Kapstadt, unserer Partnerstadt. Wir haben vor Kurzem beschlossen, dass Aachen sicherer Hafen ist.

Lokal sind auch einige Themen der Klimagerechtigkeit zu nennen. Wie groß müssen Wohnungen sein? Wie viel Freizeite brauchen Menschen, um durch eine Pandemie gut durchzukommen – und auch, um die wärmere Stadt gut ertragen zu können? Die Stadtteile, in denen Menschen ökonomisch weniger gut ausgestattet sind, haben in der Regel die schlechteren Werte. Da müssen wir Ausgleiche schaffen, damit wir als Stadt nicht zwischen Arm und Reich auseinanderdividiert werden. Da muss am Ende unser demokratisches Fundament wachsen. Ich bin immer wieder alarmiert, wie gering Bürgerbeteiligung in ökonomisch schwachen Stadtteilen ist. Wir haben einen Teil der Bevölkerung hier schon verloren, wir dürfen sie über unsere Klimaschutzstrategien nicht weiter verlieren.

Wir dürfen Klimaschutz und Klimawandelfolgen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wenn wir die Aufgabe aber nicht auch ein Stück weit mit Mut und gutgelaunter Praxis irgendwie schaffen, dann schaffen wir sie gar nicht. Wir müssen zusammenhalten, denn für alles, was wir tun, brauchen wir unglaublich viele finanzielle und personelle Ressourcen, und wir brauchen vor allem stringentes

und konsequentes Handeln – bei den Wechselfällen, die Legislaturperioden so mit sich bringen, nicht immer einfach herzustellen.

Diskussion

Detlef Kurth: Meine erste Frage geht an Alexander Repenning, der von außen auf die Planungsszene und die kommunale Praxis schaut. Ist es im Sinne Ihrer Rahmensetzung zum Klimawandel ausreichend, wie die Stadt Aachen reagiert? Was würden Sie sich wünschen?

Alexander Repenning: Der Bereich Verkehr wurde angesprochen. Es freut mich, dass Tramschienen und Radwege in der konkreten Planung und Diskussion sind. Eine der Fallen in dieser Mobilitätsdiskussion ist aber, Elektromobilität als Heilsbringer zu verstehen. Sie wird sicherlich eine Rolle spielen. Wenn wir jetzt allerdings Straßen mit E-Autos fluten wie vorher mit Benzin- oder Dieselfahrzeugen, haben wir das Problem nicht gelöst, sondern nur verschoben.

Auch Klimagerechtigkeit klingt an: Für mich ist zentral, in Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepten mitzudenken, wie diese Anpassungen die Realität der Menschen beeinflussen, hier die soziale Brille aufzusetzen und dafür auch Mittel bereitzustellen.

Detlef Kurth: Klimagerechtigkeit hat auch einen urbanen Aspekt. Wie könnte das in Zukunft untersucht werden, welche Daten gibt es dafür? Wichtig werden Vulnerabilitätsstudien, auch



im Hinblick auf Pandemien, Klima, Gesundheit generell – es gibt ja auch noch andere Umweltrisiken, Stichwort Feinstaub. Kann in Aachen belegt werden, dass an bestimmten Orten, wo sozial-räumliche Polarisierung herrscht, höhere Gesundheitsrisiken oder in Zukunft auch höhere Klimarisiken bestehen?

Frauke Burgdorff: Wir haben einiges an Material, wie Luftreinhaltungsplanung, Lärmaktionsplan und Sozialraumplanung. Gerade was Gesundheit angeht, können wir sicher noch engmaschiger beobachten, auch was Hitze und das Extrapolieren von Hitzeinseln angeht. Ich bin aber jetzt gerade auf der Seite des Handelns. Man kann eine Stadt wie Aachen mit 250.000 EinwohnerInnen schnell so gut kennen, dass die Probleme nicht unbedingt einer Statistik bedürfen. Trotzdem würde es helfen, wenn die Kommunen gut begleitet würden, von den Hochschulen, den Bundesforschungseinrichtungen, und zumindest typische Muster auch deutschlandweit erhoben würden.

Detlef Kurth: Sicherlich braucht man beides, schnelles Handeln und einen gewissen Pragmatismus, aber eben auch eine gute analytische Basis. Wir haben im Memorandum *Urbane Resilienz* gefordert, dass in Zukunft in der Planung in Stadtentwicklungskonzepten, aber auch in der Städtebauförderung solche Vulnerabilitätsanalysen zum Standard gehören sollten.

Frauke Burgdorff: Wenn ich da noch mal kurz intervenieren darf: Diese Daten zu erheben, bindet Ressourcen. Wir müssen aufpassen, dass das nicht an der falschen Stelle passiert. Wir brauchen die Ressourcen zum Handeln. Ich bin gar nicht gegen eine vernünftige Datengrundlage, aber für eine pragmatische. Vulnerabilität zu messen, steht am Ende doch auf empirisch einigermaßen tönernen Füßen. Wir dürfen uns damit auch nicht allzu angreifbar machen. Ein Beispiel: Wir haben in Aachen eine riesige Diskussion gehabt zum Thema Tempo 30, bis hin zu öffentlichen Einrichtungen, die negiert haben, dass Tempo 30 eine positive Wirkung hat. Den Beweis mussten wir über unsere Messstellen führen. Dass wir die Messstellen hatten, war gut. Aber wir brauchen das Messen in der Praxis viel mehr als für das Extrapolieren von möglichen Krisenorten. Wir können dafür auch die Digitalisierung sehr gut nutzen, wenn wir jetzt laufend beobachten, was mit unserer Luft und den Temperaturen passiert.

Detlef Kurth: Das ist ein Plädoyer für reales Messen, reale Daten – auch das bindet Ressourcen. Das Memorandum *Urbane Resilienz* enthält die Forderung, die kommunale Ausstattung deutlich zu erhöhen – da wurde in den letzten Jahren sehr viel eingespart.

An Frauke Burgdorff eine weitere Frage: Reicht denn das bestehende Planungsinstrumentarium? Oder werden Veränderungen oder Beschleunigungen gewünscht?

Frauke Burgdorff: Ich nehme als Beispiel den Radwegeausbau, der politisch hochprioritär gesetzt wurde. Im Radentscheid sind Kilometerzahlen vorgegeben. Wir sind nicht so schnell, wie wir wollen, aus mehreren Gründen. Interessanterweise liegt das in dem Fall weniger an der Gesetzgebung. Beim Tempo 30 ist das anders. Der Bundesgesetzgeber zwingt uns immer wieder, an Standorten Tempo 30 zu begründen, während wir der festen Meinung sind, es würde einfach guttun, sowohl ökologisch als auch sozial. Beim Radwegeausbau sind die Debatten eher in der Stadt. Jeder Weg, den wir bauen, kostet in der Regel etwas anderes. Manchmal Parkplätze, manchmal sogar Bäume. Das haben wir auch schon abwägen müssen. Die Beteiligungsprozesse dahinter brauchen Zeit. Wir dürfen das aber nicht ohne Debatten machen, sonst zerbricht unsere Gesellschaft an dieser Stelle. Menschlichkeit, menschlicher Umgang ist ein Gut, das vom Klimawandel selber bedroht ist. Aber wir dürfen den Weg, den Klimawandel zu vermeiden, nicht so führen, dass wir darüber in eine Zerreißprobe kommen. Das ist wirklich knifflig. Ich würde mir da eine einfache Antwort verwehren, weil ich denke, es ist die Aufgabe von demokratischen Prozessen, das zu gestalten und auch auszuhalten. Das kostet Kraft.

Detlef Kurth: Herr Repenning, wie denken Sie darüber? Inwiefern die demokratischen Gesellschaften in der Lage sind, der Klimakrise zu begegnen, ist ja eine große Frage. Sie haben die Dramatik aufgezeigt. Auf der anderen Seite sagt jetzt Frauke Burgdorff: Ich brauche Zeit für die Partizipation, die Diskussion, ich habe meine Planungs- und Abstimmungsprozesse, muss die Menschen mitnehmen. Wie würden Sie mit diesem Widerspruch umgehen, der vielleicht nur scheinbar einer ist?

Alexander Repenning: Ich weiß nicht, ob das tatsächlich ein Widerspruch ist. Ich sehe aber die Zielkonflikte. Ich spreche mich dafür aus, die demokratischen Standardprinzipien nicht auszuhöhlen. Die lokale Bevölkerung mitzunehmen, ist enorm wichtig, damit es nicht zu einer Spaltung kommt. Die Stressfaktoren werden steigen. Deswegen glaube ich, dass in den Planungsprozessen die Perspektive auf diejenigen Teile der Bevölkerung eingenommen werden sollte, die besonders stark betroffen sind und sich besonders wenig dagegen wehren. Die Frage der Klimaanpassung und des Klimaschutzes gilt es hochzuhängen, in jeder Genehmigung von Bauverfahren, jeder Planung von Neubauten. Das gehört dazu.

Detlef Kurth: Wir erleben gerade eine Zeit des starken Staates. Uns werden sehr viele Dinge aufgrund der Pandemie verboten. Warum das nicht auch auf das Klima beziehen, etwa in Form einer Ausgangssperre beziehungsweise Eingangssperre für SUVs in Städten? Könnte man definierte CO₂-Grenzwerte als Inzidenzwert festlegen? Wäre das denkbar, natürlich demokratisch legitimiert?

Alexander Repenning: Auf jeden Fall. Ich glaube, es braucht einen starken Staat. Die Dimensionen der Herausforderung können wir nicht auf die Individuen oder Städte und einzelne Kommunen abwälzen. Ich wünsche mir mehr Leadership in der politischen Debatte. Die Erfahrung ist eher, dass der Druck aus der Bevölkerung und aus den Bewegungen auf die Politik kommen muss. Die Rolle der Gebote und Verbote in der Diskussion ist sehr wichtig. Es muss uns leicht gemacht werden, nachhaltig leben, uns fortbewegen, uns ernähren zu können. Da braucht es Regulierung und staatliche Rahmensetzung.

Frauke Burgdorff: In der Praxis ist das nicht ganz so einfach. Wir müssen zwischen Verwaltung und Politik differenzieren. Ich bin in diesem Fall Verwaltung, bin auch gewählt für eine gewisse Zeit. Dann haben wir den politischen Raum und die Zivilgesellschaft. Ein Beispiel für die Zivilgesellschaft wäre der Radentscheid in Aachen. Hier hat ein sehr gut vorbereitetes zivilgesellschaftliches Konzept es geschafft, vom Rat der Stadt Aachen übernommen und zur Basis kommunalen Handelns gemacht zu werden. Das ist ein guter und richtiger Weg. Was das Verbieten angeht, von Kurzstreckenflügen, SUVs etc., bin ich sehr verhalten und eher bei einer Bepreisung. Die darf natürlich nicht so sein, dass notwendige Mobilität behindert wird, dass Menschen, die wenig Geld haben, gar nicht mehr mobil sein können, weil auch die ÖPNV-Preise steigen. Es braucht den Staat, der starke Anreize schafft und nicht den falschen Entwicklungen hinterherplant. Wenn wir unsere Parkhäuser größer machen, weil die Autos größer werden, dann halte ich das für einen großen Fehler.

Verbieten ist sicherlich hier und da eine sinnvolle Maßnahme, aber kommunale Schultern können das alleine nicht aushalten. Wir brauchen eine staatlich-kommunale Allianz. Bund, Land und Kommunen müssen genau austarieren, welche Schranken gesetzt und welche Anreize gegeben werden. Wenn es um Verbote geht, kriege ich die konkreten Debatten mit, und ich kriege sie auch ab. Der Firnis unserer Gesellschaft ist über die Pandemie sehr dünn geworden. Wir müssen aufpassen, dass unsere demokratische Kultur nicht kippt.

Detlef Kurth: Das sind sehr grundsätzliche Debatten, die neben der Kommune auch die Ebenen Land, Bund und EU betreffen. Die Frage ist, an welcher Stelle Verbote weiter sinnvoll sind und wirken. Ausschließlich Verbotsregulierung kann gesellschaftspolitisch auch kontraproduktiv wirken. Wir stehen sicherlich in der Planungspraxis in einer besonderen Verantwortung. Ich verstehe die Stadt Aachen so, dass dort ein guter Mittelweg versucht wird. Die Frage ist natürlich, geht das weit genug? Das ist am Ende auch immer eine Frage der Indikatoren und der Ressourcen. Wir hatten in der Diskussion ein großes Spannungsfeld: Da war der Ruf nach Klimagerechtigkeit, um schnell auf die Klimakrise zu reagieren, auch bewusst für die junge Generation. Aber wir haben auch gesehen, dass die Umsetzung in der kommunalen Praxis sehr vielschichtig ist. Sie ist eine interdisziplinäre Aufgabe, eine partizipative Aufgabe im Sinne der Stadtentwicklungspolitik, die wir auch im Rahmen der *Neuen Leipzig-Charta* propagieren. Vielen Dank für diese spannende Debatte.



Alexander Riepenning
Politikwissenschaftler und Stadtplaner



Prof. Dr. Detlef Kurth
TU Kaiserslautern



Frauke Burgdorff
Stadtbaurätin, Stadt Aachen

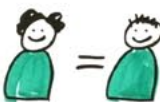


Graphic Recording

Der 7. Hochschultag wurde wie bereits der vergangene Kongress zur Visualisierung von Inhalten und Ergebnissen durch ein Graphic Recording begleitet. Dabei handelt es sich um eine Methode der Erinnerung. Ihr spezifisches Feld ist die Verbindung von Lesen und Sehen, um das Gedächtnis zu stützen. Dazu mischen sich Mind Map, Infografik, Notizzettel, Comic, Graffiti und Typografie. Graphic Recording erfasst diese Struktur des Gesagten und sieht als Ergebnis entsprechend aus. Die Ordnung erfordert eine gewisse Kenntnis des Inhalts, ihre Strukturen sind vielfältig. In Feldern, Säulen und Clustern werden Inhalte durch Schriftbild, Farben etc. miteinander in Beziehung gebracht. Der Einsatz von (Comic-) Figuren eröffnet den RecorderInnen die Kommentierung der gesammelten Begriffe. Von Graphic RecorderInnen wird also auch ein gewisser Abstand zur Veranstaltung erwartet. Bei diesem Hochschultag stellte sich die besondere Herausforderung, dass ein Großteil der Veranstaltung nicht vor Ort stattfand, und so erprobte unsere Recorderin Katharina Kosak das Zusammenspiel klassischer und digitaler Instrumente. Die Ergebnisse sind im gesamten Ergebnisbericht zu sehen.



7. HOCHSCHULTAG
DER NATIONALEN
STADTENTWICKLUNGSPOLITIK
4.+5. JUNI 2021 BERLIN

KLIMA  = 
Gerechtigkeit!

SOZIALER
ASPEKT!



FOLGEN FÜR
DIE NÄCHSTE
GENERATION!



planning
for
future



Transformation
gestalten

STaub LUFTBELASTUNG

URBANE
KLIMA-
ANPASSUNG

RESSOURCEN
VERBRAUCH
STEIGT =
LEBENS-
STANDARD



DER WEG ZUR
KLIMA-
ANGEPASSTEN
STADT



MEINE
LEBENS
WEISE
ÜBERDENKEN



ENERGIEEFFIZIENZ

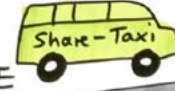
INTEGRIERTES
KLIMA
SCHUTZ
KONZEPT
z.B. Aachen



RAD-
WEGE
AUSBAU



TRAM-BUS-VERKEHR
ERWEITERN



NACHHALTIGES
HOLZ BAM BUS LEHM
BAUEN

VERKEHRSFLÜSSE
REDUZIEREN



DACH



BEGRÜNUNG

REGEN-
WASSER
SPEICHER



DIGITALISIERUNG



ENERGIEBEDARF
MÜLL!



BODENVERSIEGELUNG
PARKS



ANLEGEN

Forum A: Gemeinwohl vs. Individualinteresse – Grund und Boden

GastgeberInnen |

AutorInnen:

Prof. Dr. Detlef Kurth,
TU Kaiserslautern

Prof. Dr. Uwe Altrock,
Uni Kassel

**Corinna
Schittenhelm,**
TU Kaiserslautern
Vivienne Graw,
TU Berlin

GästInnen:

Ricarda Pätzold,
difu

Prof. Dr. Florian Rödl,
FU Berlin

**Prof. Dr. Kristin
Wellner,**
TU Berlin

Martin Kurt,
Stadt Ludwigsburg

Prof. Dr. Dirk Löhr,
*Hochschule Trier /
Umweltcampus
Birkenfeld*

Boden und Wohnraum werden in wachsenden Stadtregionen zunehmend zu einer lukrativen und sicheren Anlageform. Das derzeitige Planungsinstrumentarium bildet einen wichtigen regulativen Rahmen für eine präventive und integrierte Stadtentwicklung mit Blick auf Gemeinwohl und Interessenausgleich. Das Forum widmete sich der Frage, wie diese planerische Toolbox sinnvoll weiterentwickelt werden kann, um Bodenspekulation entgegenzuwirken und eine sozial gerechte Wohnraumversorgung zu fördern.

Nachdem Uwe Altrock das Forum eröffnet hatte, präsentierten die fünf ForengästInnen ihre Eingangsstatements als Grundlage für die weitere Diskussion. Ricarda Pätzold betonte, dass nicht ein Instrument allein die aktuellen Herausforderungen lösen kann. Vielmehr bedarf es mehrerer kleiner Revolutionen. Florian Rödl, der das Land Berlin im Mietendeckel-Prozess vor dem Bundesverfassungsgericht unterstützt hatte, sprach über die Themen Enteignung und Mietpreisregulierung.

Kristin Wellner betonte die ökonomischen Aspekte des Themas und die Herausforderungen, die sich daraus ergeben, dass Boden ein begrenztes und nicht vermehrbares Gut ist. Sie stellte heraus, dass mehrere Interessengruppen kooperieren und

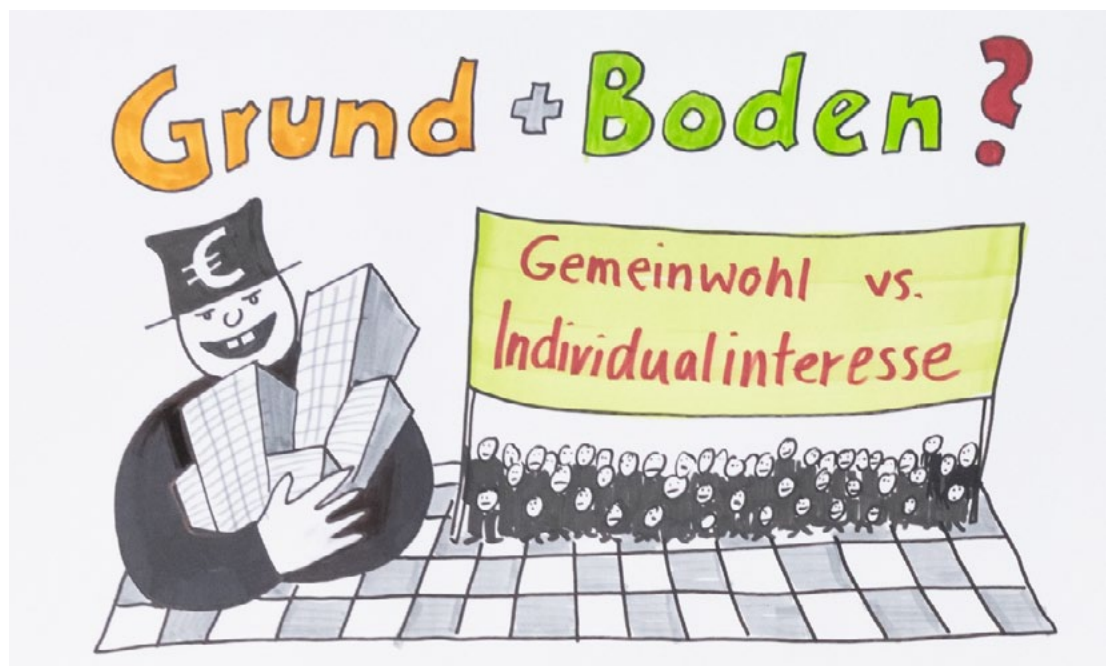
sich untereinander abstimmen müssen, um Erfolge zu erzielen. Anschließend gewährte Martin Kurt einen Einblick in die Planungspraxis der Stadt Ludwigsburg, die ihre Innenentwicklung priorisiert. Allerdings werden die Flächen knapp. Größere Wohnbauvorhaben werden nur dann umgesetzt, wenn alle Flächen im Eigentum der Stadt sind. Kurt betonte, dass bezahlbarer Wohnraum aufgrund der sehr hohen Boden- und Baupreise nur schwer durch Neubauten geschaffen werden kann.

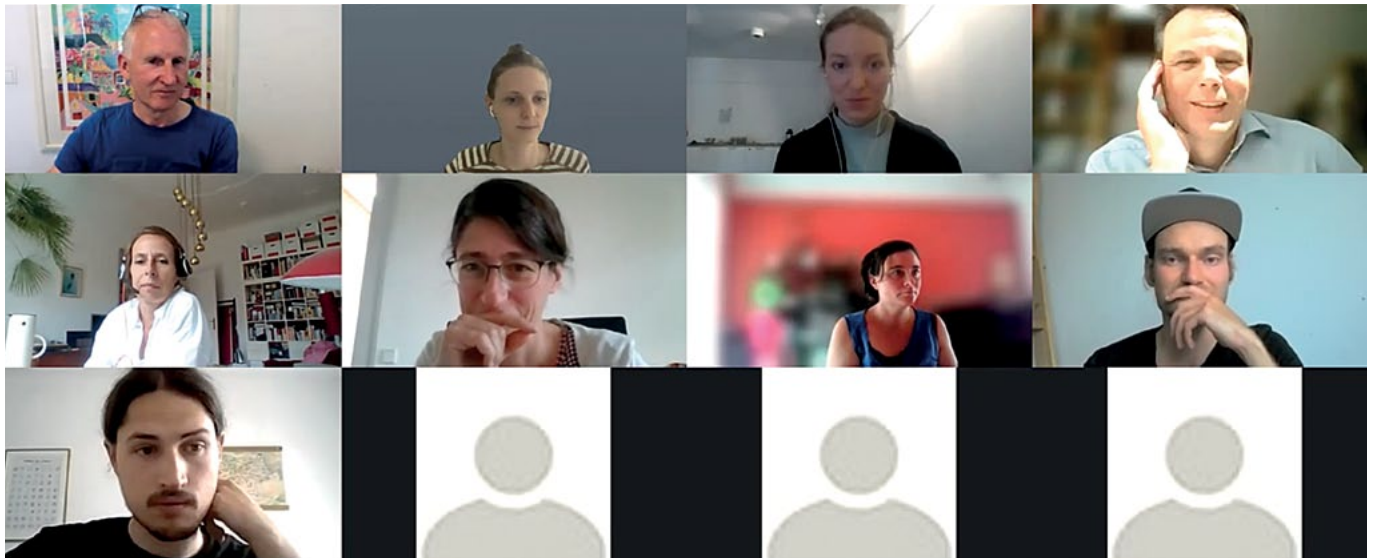
Dirk Löhr machte deutlich, dass nicht die hohen Bodenwerte hohe Mieten auslösen, sondern hohe Mieten die hohen Bodenwerte bedingen. Zudem gilt es zu berücksichtigen, dass die Lösung des Mengenproblems nicht automatisch die Lösung des Preisproblems ist. Stadt-Umland-Beziehungen müssen durch eine starke kommunale Bodenpolitik gefördert werden. Die Politik muss regionaler denken. Die Ziele sollten in regionalen siedlungspolitischen Leitbildern verankert werden, sodass die Entlastungsfunktion des Umlandes verbessert werden kann.

Im Anschluss trafen sich die Teilnehmenden in drei Kleingruppen, um unterschiedliche Themenkomplexe thesenbasiert zu erarbeiten und zu diskutieren. Die Gruppen wurden jeweils von ForenpatInnen sowie den ExpertInnen betreut.

Video:

<https://youtu.be/kQKwyZ7-Pi0>





Kleingruppe 1

Kleingruppe 1: Wohnungspolitik

These: Vergesellschaftung und Mietregulation sind die Lösung der Wohnungsmarktprobleme in deutschen Großstädten.

Forenpatinnen: Corinna Schittenhelm,
Vivienne Graw

ExpertInnen: Ricarda Pätzold, Florian Rödl

Zum Einstieg wurde das Meinungsbild der Gruppe zur Berliner BürgerInneninitiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ abgefragt. Die Teilnehmenden schrieben der Initiative grundsätzlich Bedeutung zu, um Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Die Haltung, dass städtischer Wohnraum nicht in privater Hand sein sollte, traf auf allgemeine Zustimmung. Ein weiteres Diskussionsthema war, wie die Enteignung von Wohnbaugesellschaften finanziert werden soll. Als nicht zielführend wurde abgelehnt, den Verkehrswert als Entschädigungssumme anzusetzen. Daraufhin erläuterte Florian Rödl, dass die Absicht der Initiative keine Enteignung, sondern Sozialisierung ist. Die Teilnehmenden schlussfolgerten, dass Begrifflichkeiten bei der Bürger- und Akteursbeteiligung erfolgsentscheidend sein

können. Der Begriff Vergesellschaftung, der im Grundgesetz aufgeführt wird, ruft weniger Zweifel hervor als Sozialisierung.

Die Diskussion zeigte vor allem die Problematik der ständig wechselnden politischen Absichten auf. Der großflächige Verkauf der öffentlichen Wohnungsbestände in den 1990er Jahren liegt noch nicht lange zurück. Nun werden Lösungen gesucht, wie Länder und Kommunen in Bezug auf Wohnraum wieder handlungsfähiger werden können. Eine langfristige Planungsperspektive ist notwendig, damit Kommunen Entscheidungssicherheit haben und Ziele und Maßnahmen besser kommunizieren und abstimmen können.

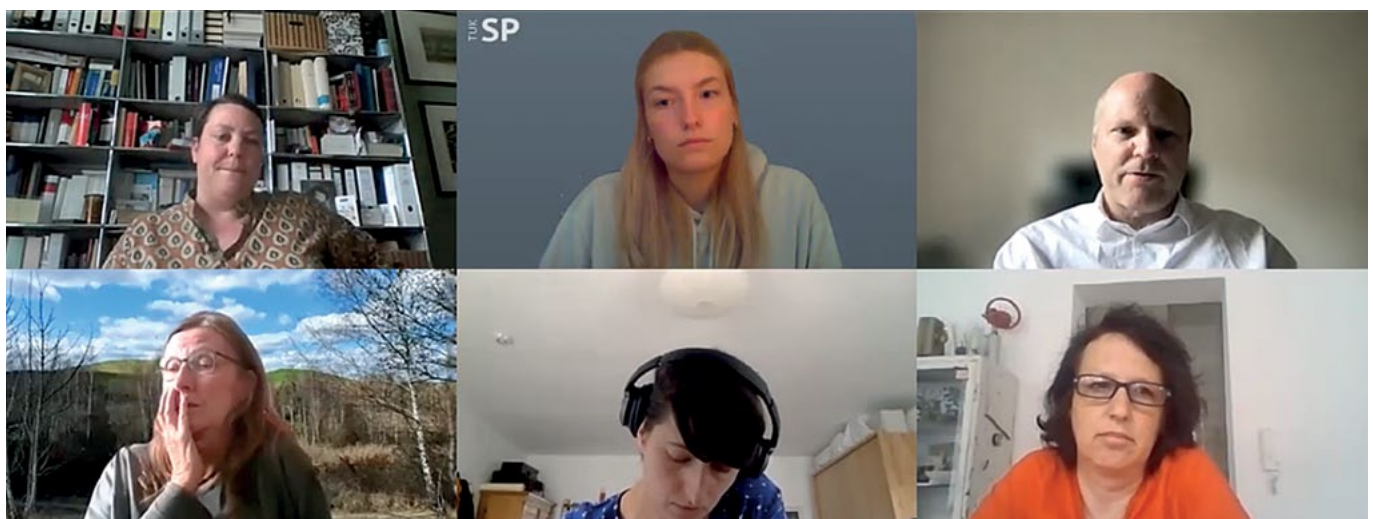
Kleingruppe 2: Der Weg zu vielfältigen Quartieren

These: Der Entzug von Beständen aus der profitorientierten Immobilienverwertung ist der Schlüssel für vielfältige Quartiere.

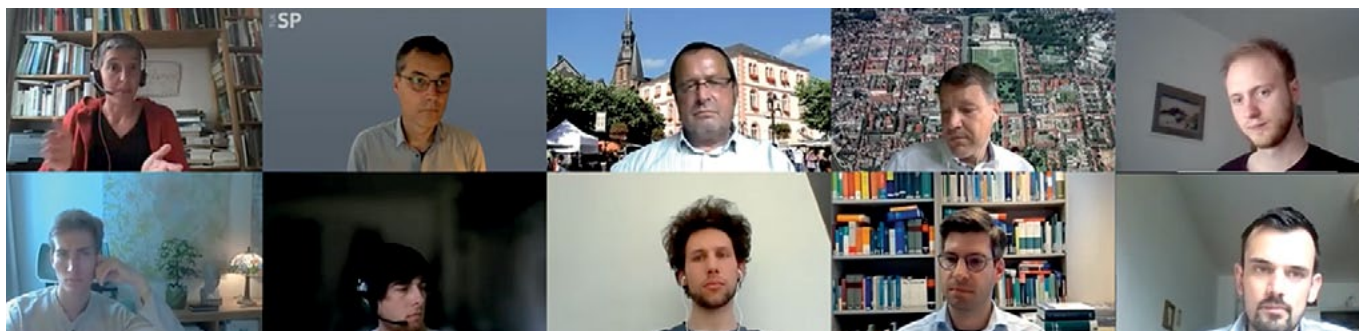
Forenpate: Uwe Altmann

Expertin: Kristin Wellner

Vielfältige Quartiere sind für langfristige Stabilität und kleinräumige Lebensqualität von großer Bedeutung. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass größere, aus einem Guss



Kleingruppe 2



Kleingruppe 3

privatwirtschaftlich entwickelte Quartiere aufgrund der Marktgegebenheiten häufig eher homogen sind, sowohl hinsichtlich ihrer funktionalen als auch ihrer sozialen Struktur. Die Diskussion machte deutlich, dass es angesichts der aktuell hohen Nachfrage nach Wohnen und aufgrund des Strukturwandels im Einzelhandel schwierig ist, beispielsweise in den Erdgeschosses für Vielfalt zu sorgen. Mitunter verdrängt dort sogar Wohnen andere Nutzungen. Eine langfristige Bestandspolitik, die darauf setzt, vielfältige Eigentums- und Trägerstrukturen zu etablieren, könnte dem vielleicht etwas entgegensetzen. Bei der Entwicklung neuer Quartiere zeigt sich, dass engagierte Modelle des Managements von Nutzungsstrukturen wie etwa in Wien-Aspern, am ehemaligen Blumengroßmarkt in Berlin-Kreuzberg oder beim Projekt wagnisART in München in der Lage sind, Vielfalt herzustellen. Ob weniger profitorientierte Entwicklungsansätze, etwa getragen durch Stiftungen, Genossenschaften oder Baugruppen, auch in der Lage sind, soziale Vielfalt zu erzeugen, oder ob hier die etablierten Ansätze nach dem Vorbild der sozial gerechten Bodennutzung in München mit quotierten Wohnungsangeboten für unterschiedliche Einkommensgruppen besser funktionieren, muss mittelfristig noch genauer untersucht werden.

Kleingruppe 3: Bodenpolitik

These: Eine stärkere kommunale Bodenpolitik und die Eindämmung der Bodenspekulation würden eine sozial gerechte Wohnraumversorgung unterstützen.

Forenpate: Detlef Kurth

Experten: Martin Kurt, Dirk Löhr

Die Arbeitsgruppe diskutierte die Thesen von Dirk Löhr und Martin Kurt. Ein Thema war die Rolle starker kommunaler Wohnungsunternehmen, die sich wie in Ludwigsburg positiv auf den Wohnungsmarkt auswirken. Außerdem wird in Ludwigsburg das „scharfe Schwert“ der Entwicklungsmaßnahme nach § 165 Baugesetzbuch angewendet, wenn auch häufig nur in der Vorphase. Da Ludwigsburg immer erst Eigentümerin der Entwicklungsflächen wird, kann die Stadt Bodenwertsteigerungen selbst nutzen beziehungsweise in die Infrastruktur investieren – langfristige Wertsteigerungen kann sie aber nicht abschöpfen.

Sehr wichtig für Stadt-Umland-Gemeinden wie Ludwigsburg ist eine gute regionale Kooperation. Hier wären regionale Bodenfonds und regionale Wohnungspolitiken zu prüfen. Die Internationale Bauausstellung StadtRegion Stuttgart 2027 widmet sich diesen Themen leider nicht. Ebenfalls bedeutend ist der Aufbau einer langfristigen und antizyklischen Bodenbevorratungspolitik und der Einsatz des Vorkaufsrechts. Außerdem ist immer die Konzeptvergabe anzuwenden. Zunehmend treten Bestandshalter als Investoren auf, mit denen die Aushandlungsprozesse besser gelingen.

Zukunftsthemen sind weiterhin Baugruppen, aber auch zunehmend Werkwohnungen. Zu beachten ist außerdem, dass die Gewerbegebiete aufgrund der Wohnungsnot zunehmend unter Druck geraten.

Abschlussdiskussion

Im Anschluss an die Kleingruppenarbeit fand unter der Moderation von Corinna Schittenhelm eine lebhaftige Diskussion im Plenum statt. Einführend stellten die jeweiligen ForenpatInnen die Ergebnisse vor.

Nicht nur die Preise fürs Wohnen steigen an, sondern auch für Gewerbenutzungen. Wenn die Städte weiterhin attraktiv sein wollen, müssen sie die steigende Nachfrage bewältigen können. In diesem Zusammenhang wurde angemerkt, dass die Stadt-Umland-Beziehungen gestärkt und die Infrastrukturen auf dem Land ausgebaut werden müssen. Dies kann zur Entlastung der Innenstädte führen. Hierfür bedarf es überdies einer regionalen Steuerungsebene zur Koordination sowie einer flexibleren Zuweisung von Fördermitteln oder anderer finanzieller Ressourcen. Gleichzeitig müssen Stadtteile und Städte eigene Attraktivitätsprofile und wohnungspolitische Ziele entwickeln.

Beim Thema Vergesellschaftung und Mietenregulation nennen KritikerInnen häufig das Argument der Wirtschaftlichkeit und geben an, das Projekt würde sich bei niedriger Miete nicht rechnen. Zu berücksichtigen sind hierbei aber auch langfristige Bodenwertsteigerungen sowie Wirtschaftlichkeitsannahmen von großen Immobilieninvestments. Die Diskussion endete mit der Erkenntnis, dass mehr Kommunikation, gut justierte Planungsinstrumente und neue Narrative notwendig sind, um die aktuellen Herausforderungen in der Wohnungs- und Bodenpolitik zu meistern.



Forum B: Visionen von der Zukunft – Utopien in der Stadtplanung

GastgeberInnen |

AutorInnen:

Dr. Christina West,
*Hochschule
Darmstadt*

Benedikt Schroeter,
TU Berlin

GästInnen:

Dörte Meinerling,
*planbar hochdreif,
Stuttgart*

**Dr. habil. Christopher
Dell,** *Institut für
Improvisationstechno-
logie, Berlin*

Video:

[https://youtu.be/
xtzhT69MzhE](https://youtu.be/xtzhT69MzhE)



Angesichts diverser gesellschaftlicher Krisenerscheinungen stellen wir die Frage nach Ausrichtung, Rolle und Verantwortung von Planung. Zunehmend wird beobachtet, dass notwendige Transformationen hin zu nachhaltigen, zukunftsorientierten, generationen- und damit klimagerechten Städten/Regionen nicht rechtzeitig umgesetzt werden. Wieso (re)agiert Planung so zaghaft? Offensichtlich sind gegenwärtige Werkzeuge und Leitbilder der Stadtentwicklungsplanung nicht ausreichend. **planning for future – Transformation gestalten benötigt ein Denken in Alternativen, über vertraute Rationalität(en) und Kompromisse hinaus: Planung braucht (wieder) Utopien und Transtopien (!?)**

Ausgehend von dieser These, die gleichermaßen Appell und Grundfrage des Forums war, starteten wir nicht mit der essenzialisierenden Frage „Was ist eine Utopie?“, sondern mit einer Positionsbestimmung der TeilnehmerInnen: Insbesondere im beruflichen Zusammenhang begegnen diese dem Begriff „Utopie“. Utopien wird bezüglich ihrer Auswirkungen auf Gesellschaft eine hohe Relevanz bestätigt, die gleichzeitig deutlich positiv konnotiert ist. Und die Frage nach dem Bedarf an Utopien wird ganz klar beantwortet: „Ja, wir brauchen Utopien! Wir brauchen mehr utopisches Denken!“

Das war nicht immer so! Davon ausgehend argumentierte Benedikt Schroeter, warum es interessant ist, von „Utopien“ zu sprechen, nachdem diese spätestens mit Fukuyamas „Ende der Geschichte“ (1989) vom Narrativ der kapitalistischen Demokratie als beste aller Gesellschaftsformen abgelöst wurden. Kritik an dieser hegemonialen Gesellschaftsordnung wurde als nicht zeitgemäß abgetan. Eine sich verstärkende Ökonomisierung aller Lebensbereiche folgte, die sich auch auf der Stadtebene räumlich manifestierte.

Also alles in bester Ordnung? Wahrscheinlich eher nicht!

Wir stehen vor unglaublichen Herausforderungen, die wir in diesem Jahrzehnt lösen müssen: der Klimawandel, mit dem die Lebensgrundlagen von Menschen und Tieren in Frage gestellt sind; die Dynamiken sozioökonomischer Disparitäten, begleitet von Diskriminierungen unterschiedlicher Art; die Konkurrenz von Paradigmen zur Stadt- und Raumentwicklung, an denen zunehmend der öffentliche Konsens zerbricht. Die Liste lässt sich fortführen ...

Aber wie sollen diese Probleme gelöst werden? Mit den Rezepten, mit denen sie entstanden sind!?



Mit der Darstellung der Trias Polis – Urbs – Stadt (Abb. 1) wird deutlich, dass die Polis als mentaler Raum, in dem das Planbare, die Utopie in den Köpfen der Menschen zu Hause ist, der lokalisierten, städtischen Heterotopie, in der sich der physisch-materielle Raum von Stadt und Urbs überlagern, gegenübersteht. Verbunden werden sie einerseits durch die Stadtentwicklungsplanung, die Utopien in manifeste, physisch-materielle Strukturen – die gebaute Stadt – zu überführen sucht, und die meist zwischen Politik, Verwaltung und Investoren verhandelt wird, und andererseits durch Transtopia, wo sich Polis und Urbs treffen und verschiedene Formen von Macht (Arendt 1960: 193 f.) realisiert werden. Während die Polis mit uneingeschränkter Macht und Verfügungsgewalt (Potestas)

Transtopia ist der Ort, an dem Menschen zusammenkommen, Möglichkeiten immer wieder genau ausloten und improvisativ experimentieren, an dem „Worte und Taten, Handeln und Sprechen untrennbar miteinander verflochten“ (Arendt 1960: 193 f.) sind, um damit Realitäten neu zu schaffen.

Dörte Meinerling verwies auf ein alltägliches Dilemma von PlanerInnen: Einerseits braucht Stadtplanung Utopien – aber sind Utopien in der Planung überhaupt erwünscht? Die Aufgabe von PlanerInnen ist es, nicht nur spezifische Aufgaben zu lösen, sondern auch Vorstellungen zu entwickeln, wie die nachhaltige Stadt 1. geplant, 2. gestaltet und 3. gemeinsam gestaltet werden kann. Diese Vorstellungen werden von Politik und Verwaltung aber oftmals nicht geteilt und ausgebremst, noch bevor sie tatsächlich in Gestaltung, in Wirklichkeit gebracht werden. Angebote und Versuche, Möglichkeitsräume zu schaffen, temporäre Nutzungen zu gestalten und daraus fortlaufende Nutzungsmöglichkeiten zu etablieren, wurden von Politik und Verwaltung permanent zerschlagen. Stattdessen steht in einer Stadt wie Stuttgart die Inwertsetzung des Raumes / der Fläche immer unter Investorendruck. Sie soll möglichst wirtschaftlich/renditeorientiert, hoch, dicht und neu realisiert werden. Aufgrund solcher Hemmnisse wird letztendlich etwas vollkommen anderes umgesetzt und die Utopie bleibt in den Köpfen und Plänen der PlanerInnen zurück. Für Dörte Meinerling bleibt deshalb die grundsätzliche Frage, wie es gelingt, die Utopie von Klimagerechtigkeit und einer klimagerechten Stadt tatsächlich gemeinsam zu gestalten: Dafür brauchen wir Transtopia, also Möglichkeitsräume, und Routinen, um Transtopia zu entwickeln.





Nach dieser ehrlichen, klar reflektierten Auskunft aus dem Realen, dem Reallabor, gab Christopher Dell zu bedenken, dass durch die Dissonanz zwischen Beteiligten einerseits und EntscheiderInnen und UmsetzerInnen andererseits zunehmend ein Angriff auf Demokratie stattfindet. Dieser läuft jedoch räumlich ab, weshalb die Utopien, die heute verlangt sind, auf einem anderen Wissens(schafts)hintergrund basieren müssen als die Utopien der modernen Stadtplanung, die *ex nihilo* entstanden sind (beginnend bei Robert Owen, Charles Fourier bis hin zu Ildefons Cerdà, Begründer der modernen wissenschaftsbasierten Stadtplanung im 19. Jh., Richard Baumeister oder Camillo Sitte). Der entscheidende Unterschied und die Herausforderung für PlanerInnen heute ist jedoch, dass dem *ex nihilo*- beziehungsweise *tabula rasa*-Planen und Bauen der Moderne und damit auch dem Neubauen generell eine Absage erteilt wird, wodurch sich auch Sinn, Ziel und Umgang von/mit Utopien verändern (müssen).

Am Beispiel des Umbaus des „Tour Bois Le Prêtre“, einem Wohnturm des sozialen Wohnungsbaus im Pariser Norden, 2011 durch Anne Lacaton und Jean-Philippe Vassal wies Christopher Dell explizit auf die Notwendigkeit von Utopien hin. Allerdings werden dort die Improvisation(en) der Menschen, die den Raum gebrauchen, nun zum Material der Utopie(n) – und das ist ein völlig anderer Utopiebegriff als bei Foucault (1966/2005), der die Utopie der Heterotopie gegenüberstellt (Abb. 1). Hier wird vielmehr die (prozesshaft-)konkrete Utopie von Ernst Bloch virulent, die überhaupt nicht ideell, sondern tatsächlich verknüpft ist mit der Latenz als „Korrelat der noch nicht verwirklichten objektiv-realen Möglichkeiten in der Welt“ (Bloch 1985: 727) und damit auch mit der Potenzialität der im Gegebenen schlummernden Möglichkeiten. Es kommt nun darauf an, diese Potenzialität in der Materialität anders zu lesen und zu entwickeln. Das gelingt jedoch nur, wenn

die eigene Transformation der PlanerInnen (auch in Planungsämtern) und aller Beteiligten eingeschlossen ist: das Ändern des Denkens und dessen, was überhaupt geschieht, und das Erkennen und Verstehen, was die Wohnenden überhaupt machen. Das bedeutet dann auch, dort einzutauchen, „rumzuhängen“, inter- und transdisziplinär überhaupt zu verstehen, was die neuen Leseweisen für Transtopia sind. Sonst hat das keinen Sinn, da es überhaupt gar keine Verschränkungen gibt.

Insbesondere hob Christopher Dell die Technik der Improvisation hervor, mit der es gelingt, Unbestimmtheit zur Ressource zu machen. Das hat nichts mit einem „Anything goes“ der Postmoderne gemein: Am Beispiel Lacaton & Vassal zeigte er, dass Improvisation längst funktioniert, und wie ein Sichtbarkeitsregime geschaffen wird, das zeigt, dass transdisziplinär-transformative Reallabore (West 2021: 95, Marquardt/West 2016) funktionieren können.

In der darauffolgenden Diskussion im Plenum wurde mit Blick auf die Herausforderung, die vielen Ideen der anderen wahrzunehmen, die eigenen Ideen zu verbreiten und partizipativ Utopien zu entwickeln, auf den Einsatz von technischen Möglichkeiten verwiesen. Nachgefragt wurde ferner das Verhältnis zwischen „Utopie“, die eher als umfassend gesellschaftsverändernd eingeordnet wird, und dem „Experimentierfeld“ – auch als Umgestaltung des öffentlichen Raums –, welches dann als Aufgabe der Stadtplanung gesehen wird, um gegebenenfalls Utopia zu gestalten. Welche Bedeutung hat Raum überhaupt für zukünftige gesellschaftliche Entwicklung? Teilweise wird auch konstatiert, dass nach Neuwahlen die Experimentierbereitschaft und das Denken in Möglichkeiten (erst einmal) zunehmen. Ähnlich ist auch bei der Next Generation, also jüngeren Studierenden der

Architektur und Stadtplanung, ein großer Drang zu beobachten, die Welt ökologisch und nachhaltig zu gestalten und sich dafür dem utopischen Denken zu öffnen. Utopien bieten dabei große Potenziale auch für einzelne, die nicht so tief in einer Fragestellung verankert sind, Möglichkeiten der Transformation positiv aufzuzeigen. Betont wurde die konkrete Utopie für *planning for future*, in der Kreativität und Innovation aus dem Verändern, dem Umbau des Bestehenden zur klimagerechten Stadt, und nicht aus Abriss und Neubau erwächst – und dafür sind Regeln notwendig, da Kommunen sonst überfordert sind. Von studentischer Seite wurde expliziert formuliert, dass es für PlanerInnen viel mehr richtig offene Räume geben sollte: konkrete Orte, an denen in der Realität Utopien entwickelt werden, in denen Scheitern möglich ist und auch, etwas nicht zu wissen; Orte, an denen eine Art Zwischennutzung zum Dauerzustand wird. Am Beispiel des Effectuation-Ansatzes wurde herausgestellt, dass *planning for future* die Ausformulierung von Zielen als experimentellen Lernprozess auf Basis eigener Ressourcen, eigenen Wissens und eigener Partnerschaften begreift, weshalb jede Kommune/Region eigene Reallabore als festen Bestandteil der Stadtentwicklung braucht – als Transtopia, um transdisziplinär mit Utopien zu experimentieren und für die Ko-Produktion von (Transformations-)Prozessen.

Der Tenor der Abschlussrunde lässt sich mit „Bewegung macht Utopie“ zusammenfassen, was die anfangs konträr erscheinenden Konzepte Utopie und Experimentieren in einen versöhnlicheren Rahmen stellt und sich als Aufforderung zu mehr Bewegung, Dynamik und Spontaneität in der Planung verstehen lässt. Während Christopher Dell nochmals auf die Bedeutung der Improvisation und die daraus erwachsenden, großen Herausforderungen an die Gesellschaft hinwies und gleichzeitig die soziale Utopie zeichnete, in der sich die Wertschätzung der kreativen Klasse für die Inwertsetzung des Raumes auch im Ökonomischen ausdrückt, betonte Christina West die Prozeduralität als wesentliches Merkmal, das der Transtopia eingeschrieben ist und das sich nicht zuletzt

durch das Experimentelle und die Improvisation auszeichnet. Das Handwerkszeug hierzu ist dabei von zentraler gesellschaftlicher Relevanz und sollte, so Dörte Meinerling, als Disziplin schon in der Schule als „Architektur macht Schule“ erlernt werden, um überhaupt diese Utopie des gleichberechtigten, gemeinsamen Gestaltens umsetzen zu können. Im Schlusswort schlug Benedikt Schroeter mit dem Appell, Utopien – auf welchem Weg auch immer – sichtbar zu machen, implizit den im Forum aufgemachten Bogen von Foucaults Heterotopien (1966/2005), also den anderen Orten oder „Gegenräumen“, über die „als Potentialität ins Material“ eingeschriebenen Utopien von Ernst Bloch (1985) sowie die experimentell-improvisative Prozesshaftigkeit der Transtopia von Christina West (2019; 2021) bis hin zum Experiment und den Sichtbarkeitsregimen improvisierenden Handelns.

Literatur

Arendt, Hannah 1960: Vita Activa oder Vom tätigen Leben. Kohlhammer: Stuttgart

Bloch, Ernst 1985: Das Prinzip Hoffnung. Suhrkamp: Frankfurt am Main

Foucault, Michel 1966/2005: Die Heterotopien.

In: Die Heterotopien – Der utopische Körper. Suhrkamp: Frankfurt am Main: 9–22

Francis Fukuyama 1989: <http://www.wesjones.com/eoh.htm>

In: The National Interest 16: 3–18

Marquardt, Editha / West, Christina 2016: Co-Produktion von Wissen in der Stadt.

Reallabor Urban Office – Nachhaltige Stadtentwicklung in der Wissensgesellschaft an der Universität Heidelberg. In: Technikfolgenabschätzung Theorie und Praxis, 3/2016, 25. Jg.: 26–31

Morus, Thomas 2005: Utopia. Übers. von G. Ritter. Reclam: Stuttgart

West, Christina 2021: Experiment. In: Schmohl, Tobias / Philipp, Thorsten (Hg.): Handbuch Transdisziplinäre Didaktik. transcript Verlag.

Bielefeld: 93–105. <https://doi.org/10.1515/9783839455654-010>

West, Christina 2019: Transversal City and Transtopia – Reflecting and Analyzing Migration, the City, and “the Urban” after the Postmigrant City.

Geogr. Helv., 74, 261–272, 2019. <https://doi.org/10.5194/gh-74-261-2019>

West, Christina 2017: Dimensionen des individuellen und gesellschaftlichen Wandels: Die grundlegenden Orientierungen „geschlossen-offen“ und „konkret-abstrakt“ als Determinanten der Stadtentwicklung in Barcelona (1986–2005),

Universität Mannheim. Mannheim. urn:nbn:de:bsz:180-madoc-428140, 201



Forum C: Die nächste Generation städtischer Mobilität – die Neuverteilung des öffentlichen Straßenlands

Gastgeber | Autoren:

Dr. Arvid Krüger,
Caspar Raap,
Stefan Pitkewitsch,
Universität Kassel

GästInnen:

Julia Tahedl,
TU Hamburg-Harburg
Jens-Holger Kirchner,
Senatskanzlei Berlin

Video:

<https://youtu.be/IUjIEDxiV6g>



Die folgende Transkription gibt Ausschnitte der Diskussion wieder. Die Redebeiträge sind gekürzt. Das gesamte Gespräch ist online als Videomitschnitt unter dem links stehenden Link verfügbar.

Alle Überlegungen zu neuen Antriebstechniken (E-Mobilität) und alle Sharing-Modelle beziehungsweise Digitalisierungstendenzen der Mobilität ändern eine Sache nicht: Verkehr braucht Raum. Gerade in Innenstädten, aber nicht nur dort, ist dieser Raum begrenzt. Zwischen zwei Gebäudekanten sollen nicht nur die unterschiedlichen Verkehrsmodi stattfinden: Fuß- und Radverkehr, Autoverkehr (einschließlich Anliefern), ÖPNV und weitere innovative Modi (Roller o.Ä.). Zwischen zwei Gebäudekanten befindet sich das, was wir Stadtraum nennen: hier braucht es Aufenthaltsqualität – und zwar erst einmal unabhängig davon, ob es sich um den Freisitz eines Restaurants oder Cafés handelt, ob es kostenlose Sitzgelegenheiten sind oder einfach nur Platz, auf dem man sich als BürgerIn in der Stadt treffen und versammeln kann.

Wie ist es um die Umsetzung der Verkehrswende bestellt? Hierzu führten Arvid Krüger und Jens-Holger Kirchner (die sich beide schon lange kennen) auf dem Hochschultag ein Gespräch mit Publikumsbeteiligung, das hier auszugsweise dokumentiert werden soll. Dr. Arvid Krüger ist Wissenschaftler an der Universität Kassel und hat zuvor in Weimar im Themenfeld der Stadterneuerung promoviert; er

war und ist in unterschiedlichen Ehrenämtern in Berlin aktiv. Jens-Holger Kirchner ist in der Senatskanzlei in Berlin Koordinator für größere Stadtentwicklungsprojekte, war zuvor Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz und langjähriger Stadtrat (Dezernent) im Berliner Bezirk Pankow. Ziel des Gesprächs war es auszuloten, wo und wie akademische Vorstellungen einer Verkehrswende auf die politische Realität einer Stadt wie Berlin treffen.

Arvid Krüger: Jens-Holger Kirchner und ich, wir werden uns einige Berliner Verkehrsprojekte der letzten zwei Jahrzehnte gemeinsam unter dem Blickwinkel angucken: Was war möglich? Was war nicht möglich? Welcher politischen Logik unterliegen verkehrspolitische Diskussionen? Du bist ein Kind der Bürgerbewegung und im Prenzlauer Berg gleich 1990 Bezirksverordneter geworden, um dann knapp zehn Jahre später auch politische Funktionen als Dezernent zu übernehmen.

Jens-Holger Kirchner: Mein politisches Engagement begann Ende der Achtzigerjahre in den Vorwendezeiten und hat dann seine Vollendung hier im Roten Rathaus gefunden. Das ist eine lange politische Biografie und gleichzeitig auch ein Erfahrungsschatz. 1990 wurde anders über Mobilität und Flächen diskutiert, auch mit anderen Begriffen, nicht Flächengerechtigkeit wie heute. Damals haben wir Verkehrswende gesagt, heute heißt es schon selbstverständlich Mobilitätswende.

Arvid Krüger: Fangen wir mit einem der ersten spektakulären Projekte an, der Kastanienallee; eigentlich eher Symbol für die Gentrifizierung des Prenzlauer Bergs, von Rainald Grebe ironisch als Castingallee besungen. Doch sie ist auch eine Straße mit einer Straßenbahn in der Mitte, die sich mit den Autos die Spur teilt. Die RadfahrerInnen bewegen sich zwischen Schienen und parkenden Autos; die Außen gastronomie beansprucht mehr und mehr Platz. So weit, so typisch für innerstädtische Straßen, wo sich alles – und im Fall Prenzlauer Berg auch damals noch die Partyleute – ballen. Ein Umbau 2011 sollte diese Konfliktsituation entschärfen und Du hattest die schöne Aufgabe, die Bürgerbeteiligung zu organisieren.



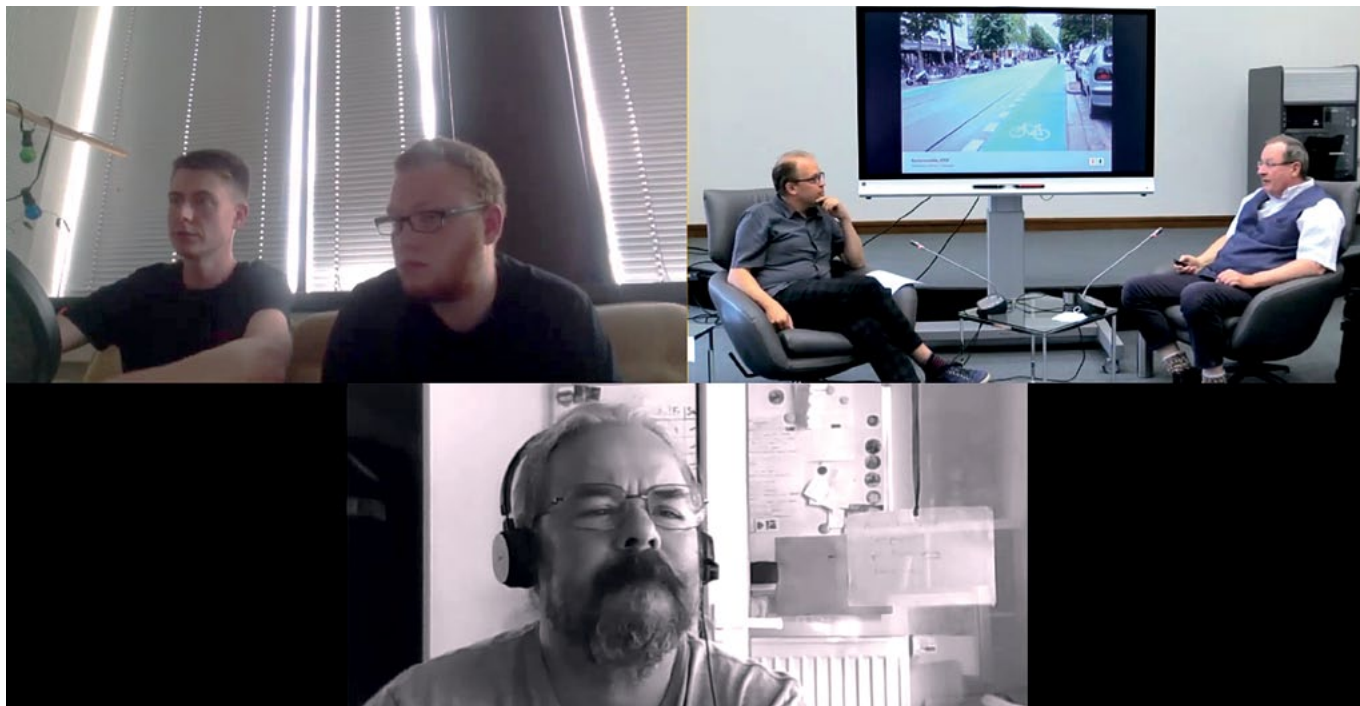


Abb. 1: Umbau der Kastanienallee (Arvid Krüger)

Jens-Holger Kirchner: Das nennt man Stadt! Stadt ist Dichte, Stadt ist Konkurrenz, Stadt ist tatsächlich manchmal auch Konflikt. Zur Kastanienallee gab es einen Bürgerentscheid gegen den Umbau. Aus heutiger Sicht war das ein wenig schräg. Wir wollten ja einen Radweg bauen. Undenkbar, dass da heute irgendwer aufsteht und sagt: Dürft ihr nicht! Es ging damals darum, dass es schön versifft aussieht, dass das Flair erhalten bleibt, da gab es starke konservative Kräfte. Und es ging auch um Parkplätze.

Arvid Krüger: Das Problem war, dass man mit dem Rad immer auf den Schienen fahren musste. Theoretisch war genug Platz zwischen Auto und der ersten Gleisrille, aber da musste man schon geübt sein. Wollte man weiter rechts einen Radweg, war klar, dass etwa die Hälfte der Parkplätze wegfallen würden. Der Bürgerentscheid hieß „Es soll alles bleiben, wie es ist“, aber am Ende bedeutete das „Rettet unsere Parkplätze“.

Jens-Holger Kirchner: Dann hätten die Bäume weggemusst. Wenn es um den Baum geht, kennen BerlinerInnen aber keine Freunde. Deswegen gab es eine Planungsvorgabe: dass die Bäume nicht angefasst werden. Der Preis dafür war, dass die Parkplätze zur Hälfte wegfallen, weil die zwischen die Baumscheiben gestellt wurden. Das Problem war vorher, dass man sich als RadfahrerIn durchschlängeln musste, und wehe, eine Autotür ging auf. Verkehrssicher war das nicht. Entsprechend hoch waren die Unfallzahlen. Unser Ziel war – und da gab es noch kein Mobilitätsgesetz, es war am Anfang der Debatten um mehr Radverkehr in Berlin – eine sichere Radverkehrsanlage zu bauen. Der Bürgerentscheid dagegen hat nicht genug Stimmen zusammengekriegt, was in den Konflikten unsere Position gestärkt hat.

Die ganze Gehbahn war zudem im schlimmsten Zustand, übrigens auch nicht barrierefrei. Da wurde mir im O-Ton gesagt: Wir brauchen das nicht umbauen, hier sind sowieso keine Rollstuhlfahrer. Ich habe dann sofort eine Berollung gemacht und mir wurde klar, RollstuhlfahrerInnen sind deswegen nicht da, weil sie nicht durchkommen. Da habe ich – nicht konfliktscheu – verkündet, so weit kommt es noch, dass hier nicht barrierefrei gebaut wird und Leute ausgeschlossen werden.

Arvid Krüger: Es gab einen Bürgerentscheid in Wiesbaden, den die GegnerInnen der Straßenbahn gewonnen haben, auch mit dem Satz, da müssten ja Bäume für fallen. Würdest du denn sagen, dass der Lernprozess zwar in einer Stadt wie Berlin angekommen ist, aber dass es immer noch dieselben Konflikte sind wie vor 15 Jahren? Hat man aus der Kastanienallee lernen können?

Jens-Holger Kirchner: Ja, es sind die gleichen Konflikte. Aber Verwaltung und Politik haben gelernt, was Kommunikation und Standing betrifft. Ob dieser Lernprozess nun immer zu dem Ergebnis führt, dass man sich auch mal durchsetzt zugunsten eines gemeinwohlorientierten Ziels wie der ÖPNV-Stärkung – das wird man im Einzelfall sehen. Heute geht es – bis auf einzelne Projekte – in Berlin nicht darum, Akzeptanz zu erzeugen, sondern eher darum, dem Druck aus den Erwartungen, dass die Umsetzung möglichst schnell passiert, gerecht zu werden. Die Kritik fokussiert sich nicht auf den Umbau selber und die Pläne, sondern darauf, warum das so lange dauert.

Arvid Krüger: Das Problem ist also: Es passiert nicht häufig genug, es passiert nicht schnell genug, und es passiert nicht hochskaliert genug in einer Stadt wie Berlin.

Jens-Holger Kirchner: Die Pop-up-Radwege sind da ein gutes Beispiel für Schnelligkeit. Mit Farbe und mobilen Elementen kann man Gewöhnungseffekte erzeugen. Baustellen kann man hervorragend nutzen. Wir haben es in der Schönhauser Allee gesehen, als das Viadukt saniert wurde, da gab es dann eine Spur für den MIV und eine Busspur und der ruhende Verkehr war raus. Ging auch. So etwas zu nutzen, um gleich im Anschluss daran die straßenverkehrsbehördliche Anordnung durchzusetzen, die dann dauerhaft ist, weil sich anderthalb Jahre alle dran gewöhnt haben, wäre eine zweite Möglichkeit.

Arvid Krüger: Hier lässt das Berliner Mobilitätsgesetz auch Spielräume. Ich bin gespannt, welche praktischen Auswirkungen das Mobilitätsgesetz noch hat. Es gibt zum Beispiel so zwei, drei neugestaltete und unzweifelhaft nun sichere Mittelinseln an Schöneberger Nebenstraßen, bei denen ich mir denke: Schön, dass ihr das gemacht habt, aber das wäre jetzt bei mir nicht die erste Umbaupriorität in Sachen Mobilitätswende gewesen. Aber ich kann verstehen, dass das lokale Tiefbauamt aus dem Mobilitätsgesetz heraus das Handlungserfordernis ableitet, erstmal Mittelinseln zu bauen. Aber wenn ich an die große Vision denke, dann hätte ich mir lieber einen halben Kilometer Straßenbahn gewünscht als Mittelinseln.

Jens-Holger Kirchner: Es sei denn, es geht um Schulwegsicherung. Es gibt aktuell 120 dieser Kleinprojekte. Da geht es darum, dass Kinder sich selbstständig sicher durch die Stadt bewegen können. Das ist ein eigener Prioritätsstrang. Es gibt ja die berühmte Frage: Würden Sie Ihr Kind alleine diesen Radweg fahren lassen? Diese gefühlte Sicherheit ist erst in den letzten Jahren für den öffentlichen Raum mehr beachtet worden. Da Verkehrssicherheit „mit Blut geschrieben“ ist, finde ich diesen Ansatz ausgesprochen gut. Abgesehen davon, dass das alles die Kieze auch barrierefreier macht.

Arvid Krüger: Vielleicht müssen wir auch als AkademikerInnen stärker akzeptieren, dass es diese praktische Kleinteiligkeit gibt. Ich erinnere mich an einige Vorträge über Zukunftsvisionen von Stadt, wo ganz viele bunte Bilder gezeigt wurden, alles Mögliche an Mobilität durch die Gegend flog. Ich weiß aber nicht, ob ich da ein Kind alleine zur Schule gehen lassen würde.

Jens-Holger Kirchner: Da findet gerade Erkenntnisgewinn statt. Wir diskutieren das auch für den ÖPNV. Wenn ganze Heerscharen Bevölkerungsgruppen nicht mehr mit der U-Bahn fahren, weil sie sich nicht sicher fühlen, das hat ja mit realen Übergriffen gar nichts zu tun, dann können wir Mobilitätswende machen ohne Ende, die werden trotzdem mit dem Auto fahren. Die Aufgabe ist, dies ernst zu nehmen und zu verbessern, damit Menschen sich anders als mit dem Auto durch die Stadt bewegen.

Arvid Krüger: In einer Stadt wie Berlin sind viele Startups, die sich mit Smart Mobility und Ähnlichem beschäftigen. Da stecken Menschen, besser gesagt Institutionen, viel Geld rein. Da fiel mir in einem Gespräch vor kurzem mit den Leuten dort zum Thema Akzeptanz folgender Kommentar ein: In dem Moment, wo ihr mir als Startup-Menschen sagt, dass ihr für Euren neuen Lieferdienst, Eure neue Plattform, Euer Zehn-Minuten-Versprechen für Lebensmittel, Eure Drohnen und all Eure smarten Logistik-Ideen mit einem Berliner Bezirksamtsmitarbeiter geklärt habt, wie ihr den Raum auf dem Gehweg nutzt und wie ihr den bezahlt, dann dürft ihr alles machen, was ihr wollt. Aber auch erst dann.

Hier müssen wir das Bewusstsein für die kleinteilige Dimension von Verkehrssicherheit und von Platzbedarf in der Stadt nochmals in alle Richtungen schärfen: in Richtung der Startups, der Verkehrsforschung, aber am Ende auch der kommunalen Verwaltung, denn alles das findet am Ende im sogenannten Erschließungsstreifen statt, um mal den Formalbegriff für dieses Stück Gehweg zu benutzen, das nicht Gehbahn ist, nicht Parkplatz, sondern der Raum, wo man sich als Mensch aufhält.

Eine Idee der Toleranz unterschiedlicher Nutzungen könnte sein: Ich darf alles in dieser Stadt auf diesem Streifen machen, solange ich die anderen nicht störe und das auch garantieren kann. Ich glaube, mindestens die Hälfte der Plattformökonomien kann das mit ihren Konzepten heute nicht. Das ist ein Problem.

Jens-Holger Kirchner: Richtig. Es ist öffentlicher Raum. Das Straßenrecht sagt ausdrücklich, dass das dann eine Sondernutzung wäre. Gleichwohl hat sich viel geändert. Die klassische Fußgängerzone hatte eine klare Regel: Anlieferung von sechs bis neun. Heute wird zwanzig Stunden am Tag geliefert, für Privatsleute und Geschäfte. Da muss sich Straßenrecht auch an Lebensbedingungen anpassen. Ich will nicht für eine Liberalisierung ohne Bedingungen reden, aber es hat auch was mit Gemeinwohl zu tun, wenn Lieferzonen eingerichtet werden, die auch von anderswo bewirtschaftet werden. Es hat für alle großen Gewinn, wenn ich Packstationen mit kurzen Wegen im Kiez habe. Wo ich dir recht gebe: Die bunte Welt der Startups mit dem harten Straßenrecht und dem Willen in den Bezirken in Übereinstimmung zu bringen, gelingt oftmals nur übers Ausprobieren. Da muss viel ganz neu gedacht werden.

Arvid Krüger: Das ist teilweise keine Frage von Mobilität, sondern es geht darum, wie gehe ich mit dem Konflikt aus Finanzialisierung und Gemeinwohlorientierung um? Da wäre wichtig, das nicht nur aus der Perspektive einer alternativen Form von Mobilität zu sehen, sondern auch vor dem Hintergrund der Frage, ob diese neue Form der Mobilität meine Stadt weiter finanzialisiert und ob ich das so zulassen will.



Abb. 2: Tram Görlitzer Park (Arvid Krüger)

Jens-Holger Kirchner: Jetzt kommt der Werbeblock für Berlin mit seiner innovativen Citylogistik. Da geht es dann tatsächlich um Reallabore. Und noch einen Gedankenschritt weiter: Müssen eigentlich Tausende von LKW in die Stadt fahren, wenn wir die Schienen haben?

Arvid Krüger: Die Schiene ist doch ein gutes Stichwort. Wir kommen zur aktuellen Planung einer Straßenbahn quer durch Kreuzberg. Die Idee ist, die M10, die sogenannte Partytram, die vom Hauptbahnhof durch den Prenzlauer Berg fährt und dann an der Warschauer Brücke endet, durch Kreuzberg zum Herrmannplatz zu verlängern. Denn die Bahn endet immer noch, wo einst die Mauer war (und ist in Berlin nicht der einzige Fall). Die geradlinige und praktischste Verbindung (die inzwischen auch als optimale Variante begutachtet wurde, aber als solche bereits in Vorschlägen aus den 1990er Jahren vorkommt) führt nun durch den Görlitzer Park.

Jens-Holger Kirchner: ... und durch die sehr beliebte Falckensteinstraße mit sehr vielen Parkplätzen. Diese gäbe es mit der Tram nicht mehr, allenfalls eine Verkehrsfläche für die Ver- und Entsorgung und die Feuerwehr. Dauerhaft wird hier aber kein Auto mehr stehen können.

Arvid Krüger: Und nun wird von einigen interessierten Personen gegen die Straßenbahn mit oft vorgeschobenen Argumenten agitiert: Denn natürlich ist bereits geklärt, dass die Strecke verkehrssicher und lärmsensibel gebaut wird – wie überall anderswo in der Stadt auch. Entlang des Sportplatzzauns zerschneidet die Linie auch nicht den Park, wie behauptet wird. Solche Argumente gibt es nicht nur am Görl, sondern in der Friedrichshainer Sonntagstraße genauso wie in Wiesbaden und früher an der Kastanienallee. Die Kommune muss nun

Unmengen an Ressourcen aufwenden, weil man noch eine Beweisführung mehr machen, noch mal ein Gutachten anfertigen lassen und die Leute beruhigen muss, um am Ende festzustellen, dass die Wände und das Geschirr in den Schränken nicht wackeln, wenn die Straßenbahn vorbeifährt. Erkenntnisgewinne für die Abwägung bringen diese Zusatzressourcen meist nicht, sie stützen in der Regel sektoral-fachlich die bereits vorhandenen Argumente aus der Planung.

Jens-Holger Kirchner: Es gibt auch die andere Position: Sorgfältig vorzugehen, macht Sinn. Hier geht es um Verkehrsanlagen, die nicht nur zehn Jahre stehen. Gleichzeitig leiden wir alle darunter, dass jedes Krötenbein und jeder Lärmschutz bis ins Exzessive untersucht wird. Ich bin nicht dagegen, dass man alles auf den Tisch legt, aber was oft fehlt, ist, dass dann die Abwägung auch stattfindet. Zeithinderlich ist, dass wir in Deutschland und auch in Berlin einem Konsensprinzip anhängen. Das ist das Gegenteil von Abwägung. Konsensprinzip heißt, dass alles versucht wird, sämtliche Interessen unter einen Hut zu bringen und alle zufriedenzustellen. Das heißt aber im Umkehrschluss, dass eine Gruppe, ob klein, groß, laut oder leise, es schafft, mit einer Mail ein 500-Millionen-Euro-Projekt zehn Jahre zum Erliegen zu bringen. Wenn wir jetzt Klimanotstand haben, wenn wir die Stadt umbauen, wenn wir die Notwendigkeit einer Mobilitätswende haben, dann muss abgewogen werden. Abwägen heißt, dass man deutliche Schwerpunkte setzt, das hat aber auch seinen Preis. Dann müssen zehn Bäume neu gepflanzt werden, weil welche gefällt werden mussten. Meine These ist, dass wir es mit besseren Entscheidungsverläufen und einer wirklichen Reaktivierung der berühmten Abwägungskompetenz in der planenden Verwaltung, für welche diese übrigens einst nach bestem Sinn und bestem Gewissen geschaffen wurde, es besser und schneller hinkriegen könnten.

Forum D: Stadtvision und Digitalisierung

Gastgeber | Autoren:

Prof. Dr. Michael Prytula,
FH Potsdam
Tion Kudlek,
TU Berlin

GästInnen:

Dr. Nadine Kuhla von Bergmann,
Hochschule für Technik Stuttgart
Dr. Stefan Höffken,
Tegel Projekt GmbH

Video:

<https://youtu.be/FjFsbqCBdEg>



Stadt- und Raumentwicklung werden seit jeher durch technische Fortschritte geprägt. Von der Kultivierung natürlicher Ressourcen bis hin zur stetigen Erweiterung unseres Mobilitätsradius führten Innovationen und Wissenstransfer immer auch zu großen Veränderungen im Bereich der Stadtplanung. Heute ist die Digitalisierung eine der wichtigsten technologischen Triebfedern gesellschaftlicher wie urbaner Transformationsprozesse. Die uns bekannte physische Dimension des Raums wird durch das Informationszeitalter in einer noch nie dagewesenen Art medial erweitert. Daraus entstehen neue Ansprüche, und gleichzeitig können wir in hohem Maße entwicklungsrelevante Daten für die Stadt sammeln und verarbeiten. Im Panel Stadtvision und Digitalisierung erörterten wir auf verschiedenen Ebenen, welche Möglichkeiten und Herausforderungen die Digitalisierung für Stadtentwicklung, Planungsprozesse und Ausbildung mit sich bringt und künftig noch bringen könnte.

Facetten der Digitalisierung in der Raumplanung

Zum Einstieg in das Handlungsfeld Digitalisierung in raumplanerischen Prozessen dienten drei Impulsreferate, welche einen kurzen Überblick zum Smart-City-Diskurs, zur aktuellen Praxis digital unterstützter Planungs- und Beteiligungsprozesse sowie zu möglichen ökologischen Auswirkungen der Digitalisierung boten. Nadine Kuhla von Bergmann, Geschäftsführerin der Design-Agentur Creative

Climate Cities, berichtete von partizipativen Workshop-Formaten, bei denen digitale Tools bewährte Moderationsinstrumente gewinnbringend ergänzen konnten. Beispielsweise können dadurch spielend leicht Szenarien auf Grundlage quantifizierbarer Faktoren entwickelt werden, die für NutzerInnen aus allen Kontexten zugänglich sind. Zum Ende wurde der Wunsch geäußert, diese neuen Instrumente der informellen Planung mit formellen Planungsprozessen zu verknüpfen.

Stefan Höffken von der Tegel Projekt GmbH in Berlin berichtete über die unter seiner Beteiligung stattfindenden Planungen zum Zukunftsquartier am ehemaligen Berliner Flughafen Tegel, das aus dem Innovationspark Urban Tech Republic und dem Kurt-Schumacher-Quartier besteht. Zunächst beschrieb er die unterschiedlichen Räume und Systeme, die im gesamten Quartier entwickelt und durch einen sogenannten digitalen Layer miteinander verknüpft werden sollen. Anschließend hob auch er die Qualitäten und Möglichkeiten digitaler Tools in Bezug auf Kommunikation und Partizipation hervor. Diese neuen Tools sollen keine Abkehr von konventionellen On-Sight-Beteiligungsformaten bewirken, sondern sind vielmehr als Ergänzung zu verstehen, um die kollaborative Wissensgenerierung zu befördern.

Michael Prytula formulierte abschließend einige Thesen zur Bedeutung der Digitalisierung für urbane Infrastruktursysteme. Ausgangspunkt seiner Ausführungen war die Beobachtung, dass die Smart City bereits jetzt den Status quo urbaner Entwicklungen darstellt, da nahezu sämtliche Handlungsfelder, wie Energie- und Wassermanagement, Verkehr, Mobilität und Logistik, aber auch die Organisation sozialer Infrastrukturen schon mit digitalen Steuerungstechniken arbeiten. Chancen und Risiken sind dabei gegeneinander abzuwägen. Einer Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz stehen durch den Einsatz digitaler Infrastrukturen beispielsweise erhebliche Rebound-Effekte und negative Umweltauswirkungen gegenüber, denn die Bereitstellung dieser Infrastrukturen erfordert ihrerseits Ressourcen, wie beispielsweise zunehmenden Stromverbrauch für Rechenzentren. Mehr Kommunikationsmöglichkeiten und Verwaltungseffizienz werden außerdem nicht selten mit Risiken in Datenschutz und Datensicherheit erkaufte.



Creative Climate Cities - Agentur für digitale Stadtentwicklung



Prozessgestaltung klimafreundliche Städte

Berlin, Kopenhagen, Konstanz,
Ludwigsburg, Stuttgart



Digitalstrategien Smartes Quartier, Stadt & Landkreis

München, Gütersloh, Wolfsburg,
Landkreis Hof



Innovationsforschung Teilhabe & Co-kreation

Potsdam, Aarhus, Burkarest, Castellon,
Orvieto, Valencia



Thesen zur Rolle der Digitalisierung für eine nachhaltige und resiliente Stadtentwicklung

Ausgangspunkt und Leitgedanken für das Forumsthema Stadtvision und Digitalisierung waren drei Themenkomplexe, zu denen wir auf Basis der Impulsvorträge einige grundlegende Gedanken erarbeiteten:

1. Die infrastrukturelle Dimension der Digitalisierung:

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung auf die Planung, Realisierung sowie den Betrieb unserer Städte, insbesondere im Hinblick auf urbane Infrastrukturen?

2. Die sozial-kommunikative Dimension der Digitalisierung:

Welche Chancen und Herausforderungen entstehen für die Stadtentwicklung durch neue Möglichkeiten der Partizipation?

3. Der digitale Entwurf:

Wie kann die Digitalisierung den Entwurfsprozess und die Entscheidungsverfahren unterstützen? Welche Aspekte der Digitalisierung sollten in Studiengängen zur Stadtplanung und -entwicklung zukünftig stärker berücksichtigt werden?

Digitale Technologien sind bereits heute ein grundlegender Bestandteil von Steuerungs- und Managementprozessen urbaner Infrastruktursysteme. Zwar wird der Begriff der Smart City bisweilen auch kontrovers diskutiert, auf der technologischen Ebene sind die digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) jedoch bereits etabliert. Sie sind für das Funktionieren städtischer Prozesse ebenso notwendig wie die Energie-, Verkehrs- oder Wasserinfrastrukturen. Im Hinblick auf das Ziel einer dekarbonisierten Gesellschaft und Stadtentwicklung spielen digitale IKT im Lastmanagement einer auf regenerativen Energien beruhenden Strom- und Wärmeversorgung eine zentrale Rolle. Für die Planung dieser Prozesse, beispielsweise zur Kartierung von Energieeinspar-Potenzialen und zur Erstellung von Energienutzungsplänen, werden die digitalen Planungsinstrumente zukünftig an Bedeutung gewinnen. Forschungsprojekte wie der Energy Atlas Berlin sind wegweisend für diese Entwicklung

(<https://energyatlas.energie.tu-berlin.de/de/>).

04.06.2021

Dr.-Ing. Stefan Höffken

STADTVISIONEN UND DIGITALISIERUNG PARTIZIPATION -TOOLS UND VISIONEN



Digitalisierung beeinflusst auch das Feld der demokratischen Beteiligung in Planungsprozessen. Die Zugänglichkeit partizipativer Formate und die Teilnahme daran werden beispielsweise dank der bequemen Bedienung über das eigene Smartphone sehr viel niederschwelliger. Das ermöglicht vor allem die Beteiligung auch junger Menschen. Allerdings birgt die Digitalisierung von Partizipation die Gefahr, zu einer Komplexitätssteigerung von Prozessen beizutragen, worunter die Zugänglichkeit wiederum leiden kann.

Für eine Demokratisierung von Planungsprozessen ist am gewinnbringendsten, wenn digitale Beteiligungstools mit Präsenzformaten kombiniert werden. In großen Informationsrunden ließen sich dadurch etwa blitzschnell quantitativ konkrete Meinungsbilder erzeugen. Aber auch co-kreative Workshop-Formate profitieren davon, wenn beispielsweise an einem digitalen Planungstisch gemeinschaftlich Szenarien entwickelt und durch das Justieren von Schlüsselfaktoren (Key Performance Indicators) verschiedenste Auswirkungen auf das Stadtleben verbildlicht werden können. Zur Demokratisierung von Planungsprozessen gehört auch die transsektorale Kommunikation und interdisziplinäre Bearbeitung raumplanerischer Zukunftsthemen wie die Klimaanpassung oder die Mobilitätswende. Digitale Systeme erleichtern hierbei auf Konzept-, Planungs- und Monitoringebene einen integralen Zugang, da sie gewissermaßen die gemeinsame Sprache oder den „Klebstoff“ für die gesamtheitliche Betrachtung komplexer Systeme bilden.

Mit Building Information Modeling (BIM) zeichnet sich die nächste Generation von Planungswerkzeugen ab, vergleichbar

mit der Einführung von digitalen Werkzeugen zur Erstellung von CAD-generierten Planzeichnungen seit den 1980er Jahren, räumlichen Renderings in Architektur und Stadtplanung oder digitalen Geoinformationssystemen (GIS) in der Geografie. Mit zunehmender Rechenkapazität und verbesserten Schnittstellen ist zu erwarten, dass der „digitale Zwilling“ nicht nur für Gebäude zum planerischen Standardwerkzeug wird, sondern zukünftig auch vermehrt für stadtplanerische Zwecke eingesetzt wird. Der integrierten Siedlungs-, Freiraum- und Verkehrsplanung stehen zukünftig Planungsmodelle zur Verfügung, die neue Möglichkeiten nicht nur durch eine Verwendung von Echtzeitdaten, Szenarien oder Simulationen eröffnen, sondern voraussichtlich auch durch die Implementierung selbstlernender Algorithmen.

Für die Ausbildung an den Hochschulen und die berufliche Weiterbildung bedeutet das einerseits, dass sie stärker als bisher auf das Training interdisziplinärer Kommunikationskompetenzen ausgerichtet sein sollten, um den zunehmend komplexeren Wissenstransfer zwischen unterschiedlichsten Akteuren zu ermöglichen. Andererseits ist hier – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – eine umfassende Datenkompetenz (Data Literacy) zu vermitteln, um zukünftige StadtplanerInnen zur Navigation durch „Datenräume“ und zum validen Umgang mit Fakten und Modellen zu befähigen. Hierfür braucht es Experimentierräume, Versuchsanordnungen und neue Lehrformate, etwa in Form von Hackathons. Hochschullehre darf sich also nicht nur der Aufgabe verschreiben, den kompetenten Umgang mit digitalen Werkzeugen zweckgebunden zu vermitteln, sondern sollte Digitalisierung auch als eigenen Diskursgegenstand reflektieren.



Smart City - Digitalisierung und Infrastruktur

Prof. Dr.-Ing. Michael Prytula

FH Potsdam - Institut für angewandte Forschung *Urbane Zukunft*

FH;P Abb.: Smart Cities / Smart Regions. DiV-Report 2018. Status und Fortschritt der intelligenten Vernetzung in Deutschland. S.69
https://deutschland-intelligent-vernetzt.org/app/uploads/2018/02/180912_FG2_083_DiV_Report_Web-1.pdf





Smart City - Digitalisierung & Infrastruktur

off viele Dimensionen

Verknüpfung / Vernetzung / Nachhaltigkeit / Sozial /

→ Smart Grids (Energie)

Mobilität, Logistik → Stadtentwicklung

Partizipation - Bürger

die Bürger mehr

→ Vernetzung

Forum E: Stadt.Land.Schluss?

GastgeberInnen |

AutorInnen:

Prof. Mario Tvrtković,
Hochschule Coburg
Jana Melber,
Hochschule Coburg
Lara Danyel,
TU Berlin

GästInnen:

Eleonore Harmel,
studio amore
Peter Mann,
Stadtverwaltung
Luckenwalde
Jörn Stelzner,
Studio Aufmberg

Video:

<https://youtu.be/rPYGYg78LAA>



Schwerpunkt des Forums waren die Herausforderungen und Potenziale peripherer Räume in der Transformation hin zu einer nachhaltigen Entwicklung. Wie bei zahlreichen anderen Handlungsfeldern liegt der Fokus der Planung auch bei der Bewältigung der aktuellen Zukunftsaufgaben vorwiegend auf urbanen Gebieten. Die Dichotomie von Stadt und Land wird dadurch weiter verstärkt. Um diesen Entwicklungen entgegenzutreten, stand die Raumkategorie der Region mit ihren Dörfern, Klein- und Mittelstädten sowie Landschaftsräumen im Mittelpunkt des Austauschs. Ziel war, Zukunftsaufgaben sichtbar zu machen und Lösungsansätze zu diskutieren.

Das Forum bestand aus vier Teilen. Zum Einstieg sammelten alle Teilnehmenden thematisch relevante Begriffe. Anschließend flossen über Impulsreferate unterschiedliche Sichtweisen aus Praxis, Hochschule, Verwaltung und von LandpionierInnen in die Veranstaltung ein. In der daran anschließenden moderierten Diskussion kamen die Teilnehmenden mit den Gästen ins Gespräch, woraufhin alle gemeinsam an Thesen und Forderungen arbeiteten.

Begriffe

Der gemeinsame Einstieg hatte zum Ziel, die Thematik Stadt/Land über eine Abfrage von Assoziationen und Zukunftsaufgaben zu konkretisieren. Die daraus entstandene Begriffssammlung zeigt ein vielschichtiges und weites Bild, das die Komplexität des Themas darstellt und Handlungsfelder deutlich macht.

Viele Teilnehmende verwiesen auf die Bedeutung des Aufgabenfelds Mobilität. Dazu zählen der ÖPNV, die Themen Erreichbarkeit und Anbindung sowie neue Mobilitätskonzepte. Als übergeordnete Zukunftsaufgabe wurde zudem häufig (räumliche) Gerechtigkeit genannt, also der Ausgleich zwischen urbanem und peripherem Raum in Form von Chancengleichheit und gleichwertigen Lebensverhältnissen. Daran knüpfen Begriffe wie demografischer Wandel, Daseinsvorsorge, Altersanpassung und Gesundheitsvorsorge an. Insbesondere im Zuge der Pandemie haben Digitalisierung, Breitbandversorgung und Infrastrukturplanung an Bedeutung gewonnen.

Weiterhin machten die Teilnehmenden auf verschiedene Bedürfnisse von Stadt und Land im Hinblick auf Wohn- und Arbeitstypen, funktionale Mischung und neue Lebensstile aufmerksam. Die räumliche Ausprägung des Begriffspaars Stadt/Land zeigt sich in Schlagworten wie Leerstand und viel Raum, aber auch regionale Baukultur und Kulturlandschaft. Morphologisch wird das Feld ergänzt durch Begriffe wie Zwischenstadt und Gewerbegebiete. Als Werkzeuge, um die vielen Aufgaben zu bewältigen, wurden neue Visionen und Narrative sowie die Entwicklung einer ländlichen Planung ins Spiel gebracht. Zudem sprachen die Teilnehmenden die Art der Zusammenarbeit in Kollaborationen, Allianzen und Bildungs Kooperationen an. Abschließend sind Begriffe rund um das Thema Nachhaltigkeit zu nennen: Transformation, nachhaltige Energie und Ökologie. Die Begriffssammlung identifizierte damit relevante Basisthemen, die in den weiteren Teilen des Forums aufgegriffen wurden.

Thesen

Mit fünf kompakten Thesen brachten die Teilnehmenden Impulse für die Diskussion ins Forum ein. Lara Danyel und Mona Beyer teilten ihre Erfahrungen aus dem Aktions- und Denklabor StadtLand in Luckenwalde. Das studentische Projekt setzt sich mit dem Wachstum in der Metropolregion Berlin-Brandenburg auseinander, das auch Städte abseits des Berliner Siedlungssterns trifft – aber anders als diesen selbst. Es gilt, für die Herausforderungen in Städten der „zweiten Reihe“ nachhaltige Strategien zu entwickeln, um Wachstumsimpulse nutzen zu können. Hierzu zählen



A GEMEINSAME WISSENSBASIS SCHAFFEN: DEFINITION STADT – LAND



Welche Begriffe sind relevant für die Stadt-Land Thematik?
An welchen Themenfeldern soll in Zukunft gearbeitet werden?

Go to www.menti.com and use the code 8658 8233

Welche Begriffe sind relevant für die Stadt-Land Thematik?



Go to www.menti.com and use the code 8658 8233

An welchen Themenfeldern soll in Zukunft hierzu gearbeitet werden?



niederschwellige Kooperationen mit Hochschulen, von denen alle Teilnehmenden profitieren.

Auch der nächste Referent hatte seinen Standort in Luckenwalde: Peter Mann brachte den Blick der Verwaltung dieser kleinen Mittelstadt im Berliner Umland ein. Seiner Ansicht nach muss die Stadt nicht vergrößert, sondern durch Innenstadtentwicklung an- und umgebaut werden. Dabei gilt es, Freiräume zu erhalten und gleichzeitig Gebäudesicherungs- und Umnutzungsmaßnahmen zu forcieren, wobei das baukulturelle Erbe erhalten bleiben muss. Zudem lassen sich vor allem hinsichtlich Verkehrsentwicklung sowie Dezentralisierung von Arbeitsplätzen interkommunale Kooperationen stärken und die Hochschulpräsenz ausbauen.

Eleonore Harmel sprach über Dörfer im ländlichen Raum. Ihr Interesse galt insbesondere den Menschen, die Dörfer und Regionen lebendig und lebenswert machen, indem sie Projekte etablieren, die die Kraft haben, ein neues Bild vom Land zu zeigen und (soziale) Infrastruktur vor Ort zu schaffen. Diese transformativen Zellen können Stadt und Land neu verbinden und Landungsbrücken für Zuzug darstellen. Die Aufwärtsspirale ländlicher Räume von studio amore zeigt, wie BewohnerInnen, RückkehrerInnen und PionierInnen getrieben von Digitalisierung, Pandemie, neuen Arbeitsbiografien und nicht zuletzt Klimawandel neue Entwicklungsperspektiven möglich machen. Dies kann aber auch zu Gentrifizierung auf dem Land führen. Der Ausgang dieser Entwicklungen ist noch offen und muss durch eine Planung, welche die Bewältigung der Großen Transformation zur Nachhaltigkeit als Hauptaufgabe versteht, aktiv

mitgestaltet werden. Dazu sind vor allem neue Planungswerkzeuge für das Land notwendig.

Die Sicht der AkteurInnen vor Ort schilderte Jörn Stelzner. Seit seinem Umzug aus Berlin in ein kleines Dorf in Oberfranken vor sechs Jahren gestaltet er das Leben dort aktiv mit, vornehmlich durch Mitgliedschaften in Vereinen. Aus seinen Alltagserfahrungen heraus hielt er ein Plädoyer dafür, gemeinsam an der Zukunft des ländlichen Raumes zu bauen. Das funktioniert nur in Verbindung mit den AkteurInnen vor Ort, indem gewachsene Strukturen geschätzt und gestützt werden. Dazu bedarf es Innovationen, die von innen kommen, verbunden mit Investitionen, die zu Entwicklung, Vielfalt und Toleranz beitragen.

Mit Thesen über die transformative Kraft der Region stellte Mario Tvrtković abschließend das positive Moment der Großen Transformation in den Vordergrund, deren Ziel ist, mehr territoriale Gerechtigkeit zu schaffen und neue Handlungsspielräume zu erschließen. Am Beispiel der Region Oberfranken steht aktuell die These im Raum, Leitplanken für periphere Räume zu entwickeln, analog zum normativen Kompass für die Transformation städtischer Räume hin zu Nachhaltigkeit und Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Teilhabe und Eigenart. Hierfür gilt es, in der Planung neue Narrative für Zukunftsbilder zu entwickeln und diese zu imaginieren, um mitzugestalten, zu motivieren und zu begeistern – damit Wandel mehr Akzeptanz findet. Als Innovatorinnen können Hochschulen durch fachlichen Diskurs und neue Lehr- und Forschungsformate sowie Plattformen für Vernetzung und Transfer diesen Wandel aktiv anstoßen und begleiten.

B IMPULSE

Fünf Thesen aus fünf unterschiedlichen Sichtweisen zum Thema Stadt-Land.

**Lara Danyel
Mona Beyer**

Jörn Stelzner

Eleonore Harmel

Peter Mann

Prof. Mario Tvrtkovic

Denk- und Aktionslabor StadtLand 2019-2021
Fünf Thesen zur nachhaltigen Lebensumgestaltung Berlin-Brandenburg

Das Wachstum Berlins betrifft auch Städte jenseits des Siedlungsraums.

Aber: Es trifft sie anders.

Gemeinden wie Eichenwalde haben im Status der 2. Runde zur Folgeentwicklung nachhaltige Strategien entwickelt, um die Wachstumsimpulse Berlins zu nutzen.

Niedrighausige Kooperationen mit Hochschulen sind eine wichtige nachhaltige Strategie.

Und davon profitieren alle Beteiligten.

Es sind die Menschen, welche Stör- und Regenerationsfähigkeit und Innovationskraft machen. Durch ihr Wirken entstehen transformative Zellen, welche Land und Stadt neu verbinden.

In den ländlichen Freizeichen entstehen Projekte mit dem Kraft, ein neues Bild vom Land zu zeigen und (neuen) Infrastrukturen vor Ort zu schaffen. Gleichzeitigkeit werden solche Orte zu Landeigenschaften für Stadt.

Digitalisierung, Corona, neue Arbeitsverhältnisse und nicht zuletzt der Klimawandel sind Transformationskräfte und werden auch auf dem Land zu einer Trendwende und Gentrifizierung führen.

Der Ausgang dieser Transformation ist nach einem maximalen Umbruch der urbanen Eilen, Beginn eines sozial-ökologischen Umbaus oder der Traum vom Eigenheim z.B.

Planung muss aktiv Zukunft gestalten und die Bewältigung der großen Transformation zur Nachhaltigkeit als ihre Hauptaufgabe verstehen. Es braucht vor allem neue Planungsprozesse für den Land.

Neben den Städten müssen sich auch die Regionen im Zuge der Großen Transformation wandeln. Die Beziehung zwischen Stadt und Land kann sich verändern hin zu mehr territorialer Gerechtigkeit.

Analog zu den normativen Kompass für die Transformation zur Nachhaltigkeit für städtische Räume liefert es Leitplanken für periphere Räume.

In der Planung gilt es neue, positive Zukunftsbilder zu entwerfen und diese zu imaginieren und mitzugestalten um zu motivieren und zu begeistern, für mehr Akzeptanz von Wandel.

Hochschulen können als Vermittler über fachlichen Diskurs den Blick auf den ländlichen Raum lenken und die Entwicklung durch Wissen über Prozesse, Governance und Raum bereichern.

Hochschulen werden durch neue Lehr- und Forschungsformate sowie Plattformen für Vernetzung und Transfer vor Ort aktiv um Wandel anzuregen und zu begleiten.

Transformative Kraft der Region

MOGU 2019

CHRONIK 15 Hochschule Campus

Diskussion

Aufbauend auf diesen Thesen arbeiteten die Teilnehmenden in zwei Gruppen an der Frage, welche Rolle der ländliche Raum und die Stadt-Land-Beziehung für die Große Transformation spielen und wie Planung dabei unterstützen kann. Als Grundlage diente eine von den Teilnehmenden sukzessive ergänzte Vorlage auf einem digitalen Board.

Um die Wende zu einer nachhaltigen Zukunft voranzutreiben, sind Leitplanken für den Wandel notwendig. Insbesondere im ländlichen Raum gilt es, hierbei einen Mittelweg zwischen Bewahren und Transformieren zu finden. Der Maßstab für diese Aufgabe muss sich an den Alltagserfahrungen vor Ort orientieren. Dazu wird auch eine politische Wende gefordert, die den Wandel durch Regeln und Vorgaben begleitet, wobei von bisherigen Erfahrungen mit sich wandelnden Regionen profitiert werden kann. Weiterer Aspekt des Wandels ist die landwirtschaftliche Wende. Hier kann durch Veränderungen neuer Raum zum Aneignen entstehen. Da die Landwirtschaft gerade raumprägend ist, besteht die Aufgabe auch darin, eine neue Identität für den ländlichen Raum zu entwickeln. Vielleicht wird das Wohnen im Grünen endlich Wirklichkeit.

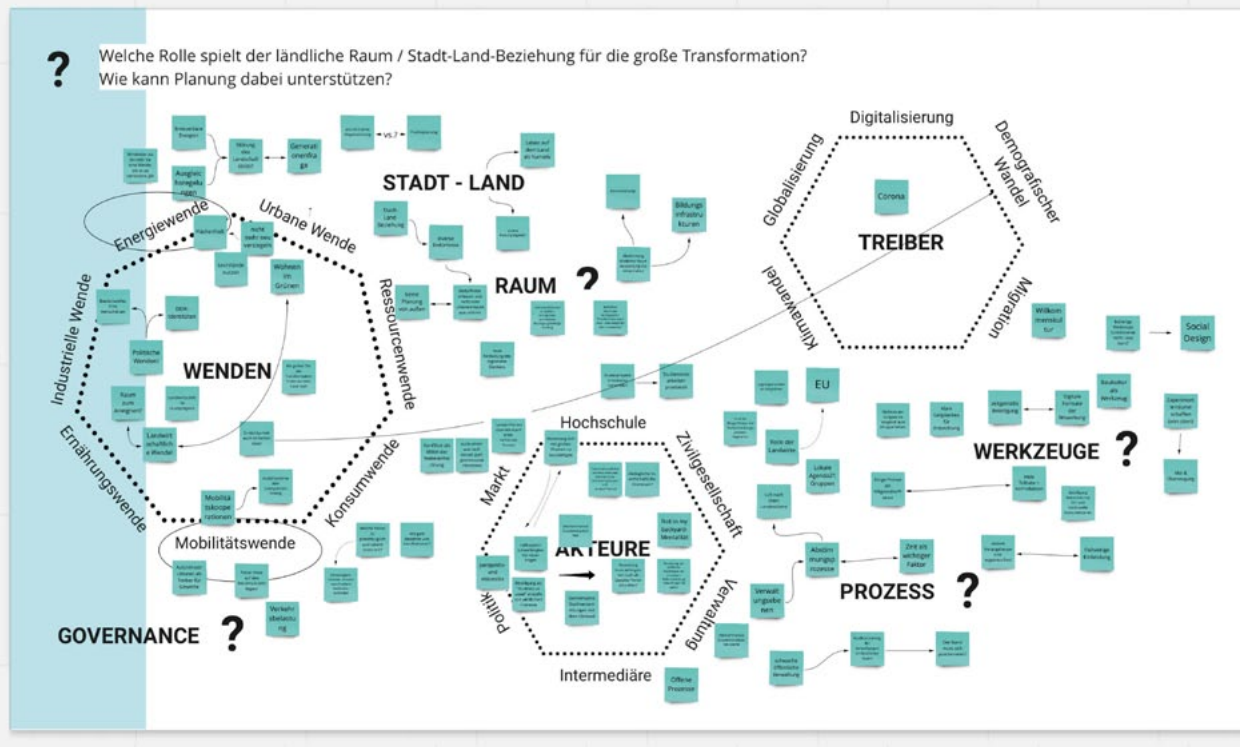
Hinsichtlich der Mobilitätswende ist zu beachten, dass die Autoinfrastruktur immer noch als Treiber für Gewerbe auf dem Land gilt. Es gilt, neue Mobilitätskooperationen zu entwickeln und dabei den Fokus auf interkommunale Netzwerke zu legen, um auch im hohen Alter Anbindung an Infrastrukturen zu ermöglichen und in peripheren Räumen eine Alternative zum motorisierten Individualverkehr zu entwickeln.

Für die Energiewende muss die Energiegewinnung aus erneuerbaren Energien gefördert werden. Die Flächen hierfür sind vor allem im ländlichen Raum zu finden. Dies führt zu Konflikten, da der Ausbau Störungen des Landschaftsbilds mit sich bringt. Um die *Not in my Backyard*-Mentalität zu überwinden, sind Aushandlungsprozesse und Ausgleichsregeln nötig.

Mit Blick auf Planungswerkzeuge müssen die diversen Bedürfnisse des ländlichen Raumes detailliert erfasst werden, um nicht voreilig von außen zu urteilen. Das „Leben auf dem Land“ als Narrativ bedarf anderer Planungslogiken, speziell hinsichtlich Daseinsvorsorge, Bildung, sozialer Infrastruktur und Willkommenskultur. Studierende können über Projekte in kleinen Gemeinden praxisnah ausgebildet werden. Räumlich sind vor allem Strategien zu entwickeln, wie Leerstände genutzt und weiterer Flächenfraß sowie Versiegelung unterbunden werden können.

Auf der Ebene der AkteurlInnen machte sich das Forum dafür stark, dem regionalen Denken größere Bedeutung zukommen zu lassen. Die Teilnehmenden wiesen darauf hin, dass die öffentliche Verwaltung mit mehr Mitteln ausgestattet werden muss, um offene Prozesse zu wagen, wie gemeinsame Stadtversammlungen mit dem Umland. Vorgeschlagen wurde, für kontinuierliche Abstimmungsprozesse und den Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit die Landesebene zu aktivieren. Dabei ist der Faktor Zeit besonders wichtig, da im Planungsprozess eine frühzeitige Einbindung aller Akteure stattfinden muss und auch Ressourcen für Abstimmungen über die Stadtgrenzen hinweg einzukalkulieren sind.

C PERSPEKTIVE STADT – LAND – AUFBRUCH



Prinzipiell scheint eine unmittelbare Beteiligung auf dem Land durch den kleinen Maßstab einfach möglich, was positiv gewertet wurde. Gleichzeitig bedarf es eines intensiveren Austauschs über Interessenkonflikte, die Dominanz von Interessengruppen, die ökologische gegen wirtschaftliche Interessen stellen. Mehr Teilhabe und Ko-Produktion sind beispielsweise durch digitale Formate möglich. Dabei kann Baukultur als Werkzeug eingesetzt werden, um auf Qualität und Mehrwert von Projekten zu verweisen.

Forderungen

Um die Diskussion des Forums zusammenzufassen, arbeiteten die Teilnehmenden auf dem digitalen Board erste Thesen und Forderungen aus, die den ländlichen Raum zukunftsfähig gestalten und die PlanungsakteurInnen handlungsfähig machen sollen.

ZukunftsgestalterInnen

Für den ländlichen Raum unabdingbar sind neue ZukunftsgestalterInnen, die mit eigenen Werkzeugen helfen, Lösungen zu entwickeln.

Forderungen

- > Planerisches Feingefühl für Räume zwischen Stadt und Land
- > Blick auf „ländliche“ Eigenarten
- > Sichtbarmachen von Visionen
- > Perspektivwechsel

Leitplanken

Es bedarf eines normativen Kompasses, angepasst auf den Maßstab der Region, um in den nächsten Jahren durch Veränderungen navigieren zu können.

Forderungen

- > Klare Benennung der Leitplanken für die Planung
- > Reformierung der Rahmensetzungen auf EU-, Bundes- und Landesebene
- > Testen durch Experimentierräume im Dorf und in der Landschaft

Kooperationen

Für die Entwicklung nachhaltiger Visionen sind Kooperationen in Form von vielfältigen Netzwerken in der Region notwendig.

Forderungen

- > Entwicklung eines Kodex für kooperative Planung durch Aktivierung der BewohnerInnen vor Ort
- > Unterstützung der Gemeindeverwaltungen
- > Entwicklung neuer Beteiligungsformate – auch digital

Rolle der Region

Der Region wird eine neue Bedeutung als Gestaltungs- und Verflechtungsraum zwischen Stadt und Land zugesprochen.

Forderungen

- > Schaffung (wirtschaftlicher) Anreize für Transformation
- > Beteiligung an Wertschöpfung
- > Koordinierung von Förderprogrammen, um Zielkonflikte zu umgehen

Forum F: Mitmachstadt – Neue Kultur des Stadtmachens

Gastgeberinnen |

Autorinnen:

Prof. Dr. Agnes Förster,
Prof. Christa Reicher,
Anne Söfker-Rieniets,
Dr. Fee Thissen,
RWTH Aachen University
Prof. Dr. Sabine Kuhlmann,
Universität Potsdam
Prof. Dr. Christina Simon-Philipp,
Barbara Hefner,
Verena Loidl,
Hochschule für Technik Stuttgart

GästInnen:

Nina Peters,
Haus der Statistik Berlin
Sylvia Winkler,
*Kunstverein
Wagenhalle e. V.*
Miryam Bah,
Anastasia Schubina,
Lukas Weber,
*Graduiertenkolleg
Mittelstadt als
Mitmachstadt der
Robert Bosch Stiftung*

Die Diskussion um Sinn und Zweck sowie Art und Umfang der Beteiligung breiterer Zielgruppen an der Gestaltung von Quartier, Stadt und Region ist fortwährend drängend und aktuell. AkteurInnen aus Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Intermediäre nehmen neue Rollen ein und gestalten mit lokaler Politik und Verwaltung den Wandel von Stadt und Raum proaktiv mit. Anhand von sechs Kurzinputs der Gastgeberinnen erfolgte zu Beginn des Forums eine Einführung zum Thema Mitmachen:

Hypothese

Das Forum verfolgte die Hypothese, dass Transformationsaufgaben in unseren Städten durch neue Formen des Mitmachens angestoßen und gestaltet werden können. Der Raum ist das Medium für Wandel, der über die Ko-Produktion von Orten, Kommunikationsprozessen und Kooperationsstrukturen – in wechselseitiger Abhängigkeit – angestoßen wird.

Maßstäbe: Quartier – Stadt – Region

Wandel durch Mitmachen findet auf allen Maßstabs-Ebenen statt. Die Form des Mitmachens ist dabei abhängig von der Ebene, auf der agiert wird. Während die regionale Ebene abstrakter ist, kann auf gesamtstädtischer Ebene auf Spezifika des Urbanen eingegangen werden. Doch erst die Quartiersebene

begünstigt eine Kultur des Mitmachens, unterstützt Identifikation und Engagement und ermöglicht gleichzeitig angepasste Lösungen mit hoher Zielgenauigkeit. Je kleinräumiger der Maßstab, desto vielversprechender ist das Mitmachen!

Planungsaufgaben: öffentlicher Raum – Stadt – Region

Für die neue Kultur des Stadtmachens nimmt auch der öffentliche Raum eine wichtige Rolle ein. Nicht mehr die Kommune (alleine) setzt Impulse für neue Prozesse und Planungen in und zu Stadt und Raum. Vor dem Hintergrund der erweiterten Rollenverteilung gewinnen partizipative, kreative Formate bei der Weiterentwicklung des öffentlichen Raums an Relevanz. Der Raum selbst wird dabei zum Ort des Experimentierens und Gestaltens sowie der Entfaltung.

AkteurInnen: Wer macht Stadt?

An der Entwicklung von Stadt wirken Verwaltung und Politik, Projektentwicklung und Investoren, StadtplanerInnen, Intermediäre und (Fach-)Öffentlichkeit mit. Das ist seit Langem programmatisch klar, in der praktischen Umsetzung aber mit vielen Herausforderungen verbunden. Um in und mit dieser Akteursvielfalt handlungsfähig zu werden, sind Governance und Kommunikation gefragt.





Abb. 1: miro-board

Instrumente: formell und informell

Eine weitere Voraussetzung für das Mitmachen ist, dass Mitsprache der Stadtgesellschaft an hoheitlichen Verfahren ermöglicht wird. Zudem müssen Recht, Raum, Zeit und Geld für Aneignung, Entwicklung und Gestaltung freigehalten und zur Verfügung gestellt werden.

Verwaltung: Innensicht – Außensicht

Diese Ermöglichung zum Mitmachen kann überall dort erfolgen, wo demokratische Strukturen zu finden sind: in der direkten Demokratie über Rats- oder Bürgerinitiativen; in der partizipativen Demokratie durch Formen der Ko-Produktion und Selbstorganisation oder der Mitwirkung an Policy-Making und Politikumsetzung. Beides ist mit vielen Herausforderungen verbunden, zum Beispiel zu hohen Erwartungen, Hürden innerhalb von Verwaltung und sozialen Selektivitäten in Beteiligungsverfahren – um nur ein paar zu nennen. Darum bleiben auch Fragen offen: Wie steht es um das Verhältnis von Mitmachen versus Effektivität und Effizienz von transformativen Problemlösungen? Welche transformativen Aufgaben eignen sich für welche Formen von Partizipation?

In drei Arbeitsgruppen zu den Fällen Haus der Statistik, Kunstverein Wagenhalle und Mittelstadt als Mitmachstadt gingen die Teilnehmenden des Forums diesen und weiteren Fragen nach. Anhand der drei Beispiele sollte geklärt werden:

1. Um welche Transformationsaufgaben handelt es sich genau?
2. Was wandelt sich da eigentlich und wie (Orte, Kommunikationsprozesse, Kooperationsstrukturen)?
3. Welche neuen Kulturen des Stadtmachens werden sichtbar, was sind Chancen und Herausforderungen?

Einblicke in die Diskussionen.

In der Gesprächsrunde zum *Haus der Statistik* stand zunächst die Klärung der komplexen und vielschichtigen Kooperationen, Netzwerke und Initiativen der AkteurInnen im Vordergrund. Nina Peters, Vorständin der Genossenschaft ZUSammenKUNFT im Haus der Statistik, schilderte die Chronologie: Eine im

Jahr 2015 gestartete Kunstaktion für den Erhalt des Gebäudes entfachte ein Bündel weiterer Initiativen, aus denen die Genossenschaft ZUSammenKUNFT eG hervorging. Sie betreut nunmehr als Kooperationspartnerin in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung, der Bezirksregierung Berlin-Mitte, der Berliner Immobilienmanagement GmbH und der Wohnungsbaugesellschaft Berlin-Mitte mbH die Entwicklung des Areals des Hauses der Statistik. In intensiven Verfahren werden seitdem die Interessen der Stadtgesellschaft abgefragt und integriert.

Der Prozess und die Kooperationen des neuen Stadtmachens im Fall des Hauses der Statistik wurden anhand der drei Leitfragen diskutiert. Das Projekt wirkt sich positiv auf das Transformationsziel der nutzungsgemischten Stadt und der Stadt der kurzen Wege aus, da mit dem städtebaulichen Konzept eine homogene Nutzung des Areals verhindert werden konnte. Die Kooperation beim Haus für Statistik leistet außerdem einen nachhaltigen, sozialen Beitrag, um eine unerwünschte Folge des Urbanisierungstrends abzufedern: die Gefahr, dass homogene Wohnnutzungen einen Niedergang an Aktivität im urbanen Raum mit sich bringen und auch die soziale Segregation vorantreiben. Die DiskussionsteilnehmerInnen identifizierten außerdem einen günstigen Effekt auf die Ziele des Ressourcenschutzes, insbesondere durch den verhinderten Abriss des Bestandsgebäudes. Auch viele weitere im Haus der Statistik initiierten Projekte dienen dem Klima- und Ressourcenschutz, zum Beispiel der Förderung von Kreislaufwirtschaft, der Selbstversorgung und dem Gesundheitsschutz. Aufklärung und Informationsveranstaltungen zu den Trends und Entwicklungen der Gegenwart erweitern außerdem die Bildungsangebote im Feld des ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements.

Um diese Ziele zu erreichen, waren einige besondere Fügungen und Voraussetzungen erforderlich. Gut vernetzte AkteurInnen, politisches Interesse, eine gelungene Plakat-Aktion als Impuls sowie ein prominentes Grundstück und Gebäude schafften



Abb. 2: Haus der Statistik (Foto: Fee Thissen, 2019)

Rahmenbedingungen, um ein Modellprojekt mit Vorbildcharakter für eine neue Kooperation zwischen Politik, kommunaler Verwaltung, Institutionen und Bürgerschaft zu schaffen. Durch engagierte und breit aufgestellte AkteurInnen in der Bürgerschaft entwickelte sich gegenseitiges Vertrauen als Basis für eine vertraglich vereinbarte Kooperation. Die Genossenschaft ZUSAMMENKUNFT bildet die Rechtsform für den zunächst freien Zusammenschluss der engagierten AkteurInnen.

Der 2004 gegründete *Kunstverein Wagenhalle* mit heute über hundert Mitgliedern ist ein wichtiger Impulsgeber der Quartiersentwicklung. In der Wagenhalle, der ehemaligen Wageninstandsetzungshalle der Königlich Württembergischen Staats-Eisenbahnen, befinden sich heute Ateliers, Studios und Werkstätten von Kunst- und Kulturschaffenden. Begonnen als subkulturelles Projekt, steht das Wagenhallenquartier seither für eine kreativ getragene Bottom-up-Stadtentwicklung.

Durch alternative Formen der Raumproduktion können Flächen langfristig gesichert und dem Verwertungsdruck entzogen werden. Die Umsetzung ist dabei abhängig von Unterstützung und Akzeptanz aus Politik und Gesellschaft. Dennoch werden Zwischennutzungen zu einem gewissen Grad lediglich geduldet. Ein weiteres Hindernis für die Umsetzung künstlerisch-baulicher Projekte stellt die Bauordnung dar. Insbesondere temporäre Gebäude erhalten nicht immer eine Genehmigung. Die Gefahr besteht, dass dadurch einzelne Projekte und Ideen im Laufe des Prozesses scheitern und Leerstellen innerhalb der Struktur entstehen. Darüber hinaus sind viele politische Entscheidungsfindungsprozesse langwierig und nicht immer transparent. Dabei stellen insbesondere Transparenz und offene Kommunikation wichtige Grundlagen für neue

AkteurInnen in der Raumproduktion dar. Ein Schlüssel für die Transformation liegt im Prinzip des „Einfach-Machens“, aus dem sich zahlreiche Chancen ergeben. Auch die Rolle des öffentlichen Raums wurde hervorgehoben, sowohl als konkreter Stadtraum als auch Kommunikationsraum. Im öffentlichen Raum kann die öffentliche Meinung reflektiert werden, es entstehen Akzeptanz, Ablehnung oder Anforderungen für die Weiterentwicklung. Dadurch ist der öffentliche Raum in der Lage, Projekte zu legitimieren und weiterzuentwickeln. Hochschuleinrichtungen kommt die Aufgabe zu, die Rolle zukünftiger PlanerInnen zu reflektieren. Fragen sind: Welche Haltung nehmen wir als GestalterInnen in Zukunft ein? Wie gelingt es uns, die Bedürfnisse der Menschen als Grundlage für die Entwicklung und Gestaltung von Stadt zu begreifen?

Im von der Robert Bosch Stiftung geförderten transdisziplinären Graduiertenkolleg *Mittelstadt als Mitmachstadt. Qualitativer Wandel durch neue Kulturen des Stadtmachens* promovieren 13 Graduierte der RWTH Aachen, Universität Stuttgart und Universität Potsdam zu Transformationsaufgaben kleiner Mittelstädte. Transformativ forschen im Graduiertenkolleg: Was steckt dahinter und welche Herausforderungen und Potenziale zeigen sich in dieser Art zu forschen? Was wird transformiert und welche messbaren Ergebnisse können erzielt werden? Um sich diesen und weiteren Fragen und damit der transformativen Forschung weiter anzunähern, diskutierten die DoktorandInnen Miryam Bah, Anastasia Schubina und Lukas Weber stellvertretend für das Graduiertenkolleg mit interessierten Studierenden, VertreterInnen verschiedener Hochschulen und Universitäten sowie mit kommunalen AkteurInnen im digitalen Dialog. Sie gaben einen ersten Überblick zum gemeinsamen wie auch zum



Abb. 3: Kunstverein Wagenhalle (Foto: Verena Loidl, 2020)

individuellen Vorgehen der transformativen Forschung. Dazu beantworteten sie die Fragen der interessierten Fachöffentlichkeit zu Potenzialen und Herausforderungen, mit denen sie sich als Forschende derzeit konfrontiert sehen.

Der erste Tag schloss mit einem Runden Tisch mit Berichten über die Ergebnisse der einzelnen Foren. Tomás Vellani,

Doktorand des Graduiertenkollegs Mittelstadt als Mitmachstadt, stellte die Ergebnisse des Forums vor und betonte die Bedeutung von Mitmachen als Instrument zur Sichtbarmachung von Problematiken in Städten sowie die entscheidende Rolle, die Akteurskonstellationen, insbesondere Politik und öffentliche Verwaltungen, bei diesen Initiativen spielen.

Mittelstadt als Mitmachstadt



Quelle: <http://www.mittelstadtsmitmachstadt.de/forschung/ansatz/>

- Dabei sind ca. 40 Kommunen aus 12 Bundesländern
- Frische Perspektiven und professionelles Know-how
- Möglichkeit des Austausch und der Vernetzung

Quelle: <http://www.mittelstadtsmitmachstadt.de/mittelstadtnetzwerk/>

M. Bah, L. Weber, A- Schubina, RWTH Aachen

Abb. 4: Graduiertenkolleg Mittelstadt als Mitmachstadt (aus der Präsentation der Graduierten, HST 2021)

Über die Transformation städtischer Grenzen und die Idee einer postpandemischen Stadt

AutorInnen:

Dr. Felix Bentlin,

TU Berlin

David Gisa,

Dr. Hendrik Jansen,

TU Dortmund

Cordula Schwappach,

TU Berlin

Weiterführende

Informationen unter:

www.zukunftentwerfen.de

Video:

<https://youtu.be/D8FgppTWnb0>



Die Pandemie eröffnet die Chance, viele grundlegende Parameter der städtebaulichen Entwicklung, wie Dichte, Mischung, kurze Wege, Quartiersversorgung und Freiräumqualitäten, neu zu verhandeln. „Die coronabedingte Disruption unseres Alltags bietet gerade PlanerInnen die Möglichkeit, stadtstrukturelle Veränderungen im Hinblick auf Megatrends und globale Herausforderungen stärker ins Gespräch zu bringen“, sagte David Gisa, Studierender im Master Raumplanung an der TU Dortmund, in der Diskussion zwischen Studierenden sowie VertreterInnen deutscher Planungsakademien, des Bundesbauministeriums und der Stadt Essen auf dem Hochschultag. Im von der TU Berlin und der TU Dortmund organisierten und konzipierten Kooperationsprojekt *Fachlicher Nachwuchs entwirft Zukunft* haben sich Studierende aus elf Universitäten und Hochschulen über zwei Semester mit Fragen der pandemischen und postpandemischen Stadtentwicklung auseinandergesetzt. Die dazugehörigen, universitätsübergreifenden Sommer- und Winterschulen werden als ein zentrales Anliegen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik gefördert. Ziel war, im Projektjahr 2019/20 unter dem Titel *Borderline City* mit europäischen Partnerhochschulen städtischen Grenzverschiebungen während der Pandemie nachzugehen und 2020/21 zum Thema Postpandemische Stadt weiterzuarbeiten. Über eine breite Einbindung verschiedener Lehrstühle galt es, aktuelle Fragen und Rahmenbedingungen für neue Arbeits- und Lebensformen nach der Pandemie auszuloten und in eine breite Fachöffentlichkeit sowie in Politik und Verwaltung zu tragen.

Die Online-Winterschule fand im März 2021 zu einem Zeitpunkt statt, an dem alle teilnehmenden Universitäten noch vollständig im Ausnahmezustand der Fernlehre waren. David Gisa machte in der Diskussion auf dem Hochschultag deutlich, dass Studierende sowie Kinder und Jugendliche besonders von den Einschränkungen der Pandemie betroffen seien. Die zusätzliche Isolation führe zu psychischen Belastungen und Antriebslosigkeit. „Auch wenn sich vor allem unter Studierenden und engagierten Dozierenden bereits eine große Routine in digitalen Formen

der Kommunikation eingestellt hat, kann keine noch so ausgefeilte Technik den Ortsbesuch oder die intensive Gruppenarbeit in Präsenz ersetzen“, stellte Cordula Schwappach, Masterstudierende der Stadt- und Regionalplanung an der TU Berlin, fest. Angestoßen durch die Pandemie gefährde „das Etablieren digitaler Ersatz-Formate besonders auf Präsenz bezogene Formate und Orte des informellen Kontakts über Hierarchien hinweg“.

Als grundlegendes Handlungsfeld benannten die Studierenden auf dem Hochschultag die Situation der Innenstädte nach der Pandemie. Insbesondere die vom Einzelhandel geprägten zentralen Lagen erhalten demnach einen wichtigen Veränderungsimpuls: Die Erdgeschosszonen müssen vielfältiger genutzt werden, sodass sich Innenstädte auch bei einem Wegfall des Einzelhandels robuster weiterentwickeln können. Ein weiteres Ergebnis erbrachte die Arbeitsgruppe um Christina Klausmann von der Universität Kassel und Tanja Ißmayer von der TU Berlin, die betonten: „Gerade in dicht bebauten Bereichen der Stadt brauchen die BewohnerInnen unbedingt private und öffentliche Freiräume.“ Die Pandemie macht die Dringlichkeit einer wohnraumnahen Versorgung mit öffentlichen Räumen und Grünflächen deutlich. Am Beispiel der Essener Innenstadt mit ihrem hohen Versiegelungsgrad sind die gegenwärtigen Herausforderungen ablesbar. Durch Entsiegelungen, Begrünungen oder zugängliche Dachflächen könnten zusätzliche Erholungsflächen geschaffen werden. Außerdem zeigte eine Fallstudie in Schwerte, durchgeführt von Studierenden mit Rune Hattig von der Universität Kassel und Cordula Schwappach, wie flexibles Co-Working und andere Konzepte von Short-Term-Offices/Accommodation in Kombination neue Wohn-Arbeits-Angebote in der Innenstadt schaffen und neue BewohnerInnen anziehen. Räume und Infrastruktur für Co-Working könnten sich als ein weiteres Handlungsfeld neben dem Ausbau des ÖPNV entwickeln, auch abseits der Groß- und Mittelstädte. „Digital“ könne das neue „Autogerecht“ werden, resümierte David Gisa. „Das individuelle Office löst womöglich das individuelle Auto ab.“



Von rechts nach links: Sebastian Schlecht (Stadt Essen), Cordula Schwappach (Studierende TU Berlin), Hendrik Jansen (TU Dortmund), Felix Bentlin (TU Berlin), David Gisa (Studierender TU Dortmund) und Almuth Draeger (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) in der Diskussion auf dem Hochschultag

Aus Sicht des fachlichen Nachwuchses sind die größten städtebaulichen Herausforderungen die Kommunikation von Planung und die Beteiligung der BürgerInnen. Hier geht es darum, Willen und Durchhaltevermögen in den für die Planung zuständigen Verwaltungsdezernaten und Entscheidungsgremien zu entwickeln, um die Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise und des Stadtumbaus in zukünftigen Planungen zu verankern und zügig umzusetzen. Dabei stehen auch Planungskonflikte im Raum. Clara von den Driesch von der Universität Kassel hob am Beispiel der Fallstudie Altenessen-Süd hervor, dass bezahlbarer Wohnraum erhalten bleiben muss, da sich der Bedarf durch die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie verstärkt hat. In vielen Städten befinden sich gerade in Zeilensiedlungen der Nachkriegszeit bezahlbare Wohnungen.

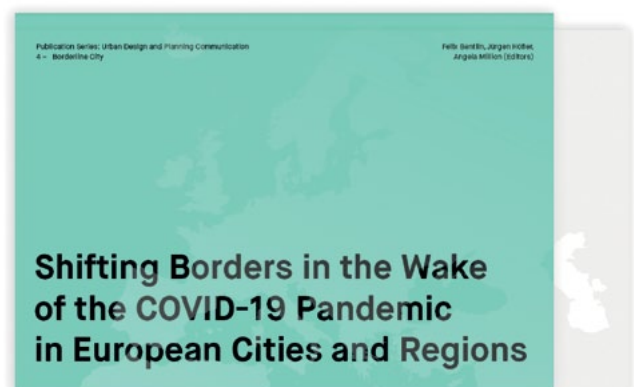
Während der Winterschule lag der Fokus auf städtischen Bereichen mit überwiegender Wohn- oder Zentrennutzung. Doch die Pandemie hat auch Räume nachhaltig verändert, die noch außerhalb des alltäglichen Bewusstseins liegen: Die Versorgungsräume im städtischen Hinterland, wie Logistikschlagplätze, Großhandels- und Produktionshallen, wurden während der Pandemie nicht dauerhaft betrieben, sondern sind teilweise stark gewachsen. Über die konventionellen Stadträume von Wohnen, Handel und Dienstleistung hinaus ist es ein Anliegen der jungen Generation, die Pandemie-Erfahrungen als Anlass zu sehen, auch diesen „Maschinenräumen“ der Stadt planerisch, städtebaulich und architektonisch künftig mehr Gestaltungswille zuteil werden zu lassen.

Insgesamt erwarten die Studierenden der planenden Disziplinen dringend eine Rückkehr in die Präsenzlehre. Die Ergebnisse der Gruppenarbeiten deuten darauf hin, dass die Studierenden es als eine zentrale Aufgabe von Stadtplanung sehen, den Impuls der Pandemie vor allem für kleinräumige und kurzfristige Verbesserungen im wohnortnahen Umfeld zu nutzen.

Publikationen:

Bentlin, Felix / Jansen, Hendrik / Kataikko-Grigoleit, Päivi / Velazco Londoño, Jose / Million, Angela (Hrsg.) (im Erscheinen): Die postpandemische Stadt. Schriftenreihe Städtebau und Kommunikation von Planung. Band 5. Universitätsverlag der TU Berlin, Berlin.

Bentlin, Felix / Höfler, Jürgen / Million, Angela (eds.) (2021): Borderline City. Shifting Borders in the Wake of the Covid-19 Pandemic in European Cities and Regions. Schriftenreihe Städtebau und Kommunikation von Planung. Band 4. Universitätsverlag der TU Berlin, Berlin. ISBN (Print): 978-3-7983-3200-3 ISBN (Online): 978-3-7983-3201-0



Gegen den Stillstand an den Hochschulen

Forderungspapier

AutorInnen:

Lara Danyel,
Vivienne Graw,
Jana Melber,
Julian Schneider,
Christina West,
Lukas Häfner,
Thomas Münchow,
Susanne Jahn,
Leonard Noack,
Maibritt Horn,
Ayman Hany,
Michael Prytula,
Leonie Laug,
Heike Hübinger

Seit Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 haben Studierende, Lehrende und andere Mitarbeitende an den Hochschulen eine Vereinzelung erlebt, deren Folgen in Deutschland bisher weder medial noch politisch die nötige Aufmerksamkeit zuteil geworden ist. Schwachstellen in Lehre, digitaler Infrastruktur und Hochschulverwaltung bestanden schon zuvor und wurden nun umso deutlicher auch an der Oberfläche sichtbar. In einer Phase, die geprägt war von der Handlungsunfähigkeit einer papierbasierten Verwaltung, Angriffen auf digitale Infrastrukturen, Datenschutzproblemen und mangelnder Sensibilität für die Bedürfnisse der Studierenden, entzogen sich deutsche Hochschulen ihrer Verantwortung, angemessene, angepasste und krisenresiliente Lehr- und Arbeitsformen zu finden. Darunter litten in erster Linie die Studierenden, die von der Krisensituation psychisch und finanziell stark getroffen waren, aber auch die Lehrenden und weiteren Mitarbeitenden der Hochschulen. Zufriedenstellende Lösungen, um diesen Zustand zu beenden, gibt es immer noch nicht.

Wir fordern deshalb die Hochschulen zum Handeln auf!

Im Rahmen des ersten digitalen Zukunftsforums Hochschule zum 7. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik wurde diskutiert, welche Konsequenzen *planning for future* für die Lehr-, Lern- und Forschungssituation der Planungsdisziplinen an den Hochschulen hat. Nach mehr als einem Jahr Pandemie und Online-Lehre stellt sich die Frage nach dem Neuerungsbedarf der Planungsstudiengänge besonders dringlich.

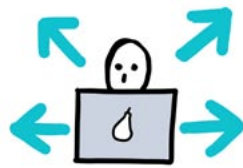
Vier Workshops beleuchteten am 5. Juni 2021 unterschiedliche Handlungsfelder dieses Neuerungsbedarfs. Neben Digitalisierung, Internationalisierung und Selbstverwaltung an den Hochschulen debattierten die Teilnehmenden auch zur allgemeinen Rolle der Hochschulen in der Demokratie. ForenpatInnen fassten die Ergebnisse der Workshops in Forderungen zusammen. Jede einzelne dieser Forderungen lädt zum Weiterdiskutieren ein – denn Fakt ist: Der derzeitige Stillstand an den Hochschulen muss beendet werden!

NEULAND Digitalisierung ?

TAG DER LEHRE - ZUKUNFTSFORUM HOCHSCHULE



Dienststreifen
fallen weg



ortsunabhängig
arbeiten



© kosakdesign.de
graphic recording



AM BEDARF VORBEI
WAHLBEREICH



Digitaler
all HS!

Digitalisierung in Lehre und Verwaltung: Vorsicht, Hochschulen betreten Neuland!

Zugänglichkeit zu Lehrangeboten bewahren

Während des Lockdowns hat das Studium wesentlich von Lehrangeboten anderer Hochschulen profitiert. Diese Vernetzung in Lehre und Wissenschaft kann im Rahmen eines hochschulübergreifenden Veranstaltungsangebots erweitert werden. Während digitale Angebote hier eine Brücke gebaut haben, ist es doch die Präsenz-Lehre, mit der kreative Arbeitsprozesse sowie offene Diskussions- und Lehrformate angeregt werden können. Nur auf diesem Weg ist es möglich, den Erwartungen sowie den grundlegenden Anforderungen an eine gelungene Lehre zu entsprechen.

Digitale Angebote gehen an der Realität (studentischer) Arbeitsprozesse vorbei

Erfahrungen zur Online-Lehre haben gezeigt, dass über Medien zur digitalen Lehre sowie spezialisierte Software in CAD und zur Datenverarbeitung hinaus vernetzte Plattformen für gemeinsames Arbeiten, Projektkoordination und Dateitransfer benötigt werden. Unabhängig vom weiteren Verlauf der Pandemie sind diese Tools für ein zeitgemäßes Studium unersetzlich. Ihre Verfügbarkeit ist eine grundlegende Anforderung an die Infrastruktur der Hochschulen, die stets auf einem aktuellen Stand gehalten werden muss.

Ausweitung von Ausgleichsmaßnahmen und Angeboten bei stressbedingter Belastung im digitalen Studium

Das digitale Studium verstärkt das Gefühl, ständig verfügbar und ungebremst flexibel sein zu müssen, und verschärft Überbeanspruchung

sowie den Mangel an Ausgleich und psychischer Fürsorge. Studierenden fehlen dringend nötige Ruhe- und Lernräume, sowohl in örtlicher als auch in zeitlicher Dimension. Zusätzlich gelten massive Einschränkungen für die Kontaktaufnahme und Unterstützung durch Lehrende und KommilitonInnen. Um individueller und strukturell bedingter Überlastung gezielt zu begegnen, müssen analoge Angebote und Anlaufstellen der Fürsorge und Unterstützung im Studium alsbald wieder bereitgestellt und geöffnet werden.

Adäquate Mittel zur Überwindung digitaler Distanz sind notwendig. Studierende und Lehrpersonal ziehen sich vermehrt aus dem digitalen Austausch zurück. Die Hürde, in einer Videokonferenz Redebeiträge zu leisten, steigt. Gleichzeitig ist es bei Online-Formaten nur eingeschränkt möglich, die Beteiligung an Lehrveranstaltungen abseits der Wortmeldungen einzuschätzen. Strategien, wie mit der Prüfungsrelevanz von Redebeteiligung einheitlich umgegangen werden kann, fehlen, ebenso für Hilfestellungen zur Bewahrung fachlich und sozial angemessener professioneller Kontakte, zum Beispiel für Konsultationen.

Legitime Selbstverwaltung – alles eine Frage der Ressourcen?

Die Hochschule als politischen Ort denken

Selbstverwaltung bedeutet für Hochschulen, gesellschaftlich zu interagieren. Ein politisches Selbstverständnis ist dafür grundlegend. Aushandlungen, die innerhalb der Hochschule, aber auch in ihrem Wechselwirken mit Institutionen und Organisationen

LEGITIME SELBSTVERWALTUNG TAG DER LEHRE - ZUKUNFTSFORUM HOCHSCHULE



außerhalb stattfinden, sind zentraler Bestandteil der Selbstverwaltung. Dabei entstehen neue Partnerschaften mit verschiedenen Akteuren der Hochschule, Kommune und Praxis.

Ressourcen müssen bedarfsorientiert zur Verfügung stehen

Damit Selbstverwaltung bedarfsgerecht gestaltet werden kann, sind Ressourcen notwendig. Die Vier-Tage-Woche wird gesellschaftliche Realität und spiegelt sich auch im Arbeitsaufwand für ein Vollzeitstudium wider. Gebraucht wird Lehrpersonal für Community Organizing und politische Bildung. Räume müssen niedrigschwellig sowohl für selbstverwaltetes Lernen und Gestalten als auch für politische und ehrenamtliche Tätigkeiten genutzt werden können. Vielfältiges Engagement ist als solches anzuerkennen, wertzuschätzen und soll durch Entlastungen an anderer Stelle ermöglicht und gefördert werden.

Selbstverwaltung muss Normalität für alle Mitglieder der Hochschule werden

Um Selbstverwaltung an den Hochschulen zur Normalität zu machen, müssen alle Mitglieder der Hochschule einen gemeinsamen Gestaltungswillen und einen statusübergreifenden Wunsch nach Veränderung zeigen. Selbstverwaltung wird damit niedrigschwellig und kontinuierlich gedacht und gelebt und hängt nicht von Einzelpersonen ab. Beteiligung für alle wird durch gut organisierte Gremien und Interessensvertretungen sowie systematisch organisierte Wissensweitergabe ermöglicht.

Mehr als nur hier und jetzt! Wie kann und soll sich Lehre internationalisieren?

Integrierte Planung verlangt integriertes, interdisziplinäres und gut vernetztes Studieren!

Um ein interdisziplinäres Studium zu ermöglichen, müssen die Curricula offener und durchlässiger gestaltet werden. Die Hochschulen haben die Aufgabe, sich international auch mit Blick auf die Berufsvorbereitung zu vernetzen sowie bestehende Netzwerke unbedingt zu erhalten und auszubauen! Um dies erfolgreich umzusetzen, müssen entsprechende Angebote und Möglichkeiten transparent an die Gesamtheit der Studierenden herangetragen werden, um ihnen bewusst zu machen, dass diese Angebote existieren und für sie zugänglich sind.

Die internationale Komponente soll ein zentraler Fokus des Studiums werden!

Für Studierende und Dozierende ist von zentraler Bedeutung, internationale Erfahrungen zu sammeln, um ihr Wissensspektrum zu erweitern. Darum sollten Lehrveranstaltungen zu internationalen Planungsansätzen zu den obligatorischen Modulen gehören. Außerdem sollte internationales (englisches) Fachvokabular einen festen Bestandteil des Planungsstudiums bilden, um internationale Planungsansätze schneller zu verinnerlichen und auch nach außen kommunizieren zu können. Gleichzeitig sinkt dadurch die Hemmschwelle, internationale Planungserfahrungen zu sammeln.



HOCHSCHULEN SYSTEMRELEVANT?

TAG DER LEHRE - ZUKUNFTSFORUM HOCHSCHULE



Internationale Best-Practice-Beispiele ins Studium einbauen und daraus lernen

Bereits jetzt fließen international gewonnene Erfahrungen der Studierenden und Dozierenden in Teilen in das Studium ein. Dennoch liegt der Fokus von Projekten und Entwürfen nach wie vor häufig auf Gebieten in unmittelbarer Nähe der Hochschulstädte. Die Digitalisierung erlaubt jedoch, internationale Beispiele verstärkt in das Studium zu integrieren.

Das gilt auch für zukünftige Hochschultage, da in der Vergangenheit die internationale Dimension stark unterrepräsentiert war!

Hochschulen in der Demokratie: Sind Hochschulen systemrelevant?

Die Hochschullehre darf nicht darauf beschränkt sein, lediglich das für den Abschluss nötige Fachwissen an die Studierenden weiterzugeben. Neben dieser reinen Vermittlung von Informationen sollte Ziel sein, den Studierenden Bildung zu ermöglichen. Bildung bedeutet immer ein Sich-Bilden, eine Auseinandersetzung mit sich selbst und der Welt durch das vermittelte Wissen. Wissenschaftliche Ausbildung kann nur gelingen, wenn Studierende über das prüfungsbezogene Verinnerlichen und Anwenden bestimmter Informationen hinaus auch sich selbst kennen lernen.

Hochschulen sind keine Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen

Die Verbindung zwischen Hochschulen und Wirtschaft ist gerade in Deutschland sehr eng. Historisch betrachtet ist diese Verbindung ein wichtiger Grund für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Dennoch muss der Einfluss wirtschaftlicher Interessen auf Hochschulen immer wieder kritisch hinterfragt werden. Wissenschaft

ist charakterisiert durch ein intrinsisches Erkenntnisinteresse. Wofür geforscht wird und in welche Fakultäten Finanzmittel fließen, darf nicht in der Hauptsache von der wirtschaftlichen Verwertbarkeit der Forschungsergebnisse abhängig sein. Zum einen wird dadurch ein harter, oft schädlicher Konkurrenzkampf innerhalb der Hochschulen befördert, zum anderen können Fakultäten, die wichtige, aber nicht monetär verwertbare Forschungs- und Bildungsarbeit leisten, sich unter diesen Bedingungen nicht langfristig halten.

Wissenschaftliches Arbeiten und Kreativität sind die Grundpfeiler der Hochschulbildung

Die Hochschullehre muss den Studierenden gewissenhaft die Methoden des wissenschaftlichen Arbeitens als zentrales Werkzeug beibringen. Basierend auf dieser Grundlage müssen den zukünftigen WissenschaftlerInnen im Laufe ihres Studiums Möglichkeitenräume für ihre gestalterischen Ideen eröffnet werden. Erkenntnis ist ein kreativer Prozess, der durch wissenschaftliche Methoden nachvollziehbar gemacht wird.

Hochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Demokratie und müssen entsprechend ausgestattet sein

Hochschulen bilden junge Menschen wissenschaftlich aus, betreiben Forschung und vermitteln das erlangte Wissen in verständlicher Form. Nehmen die Hochschulen diese Aufgaben gewissenhaft wahr und sind sie in der Gesellschaft als Institutionen akzeptiert, tragen sie in großem Umfang zu den gesellschaftlichen Diskursen und zum Funktionieren der Demokratie bei. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen die Hochschulen mit angemessenen Ressourcen ausgestattet sein.

Zusammenfassung und Ausblick

Teilnehmende:

Dr. Oliver Weigel,
*Bundesministerium des
Innern, für Bau und
Heimat (BMI)*

Prof. Julian Wékel,
*Wissenschaftlicher
Sekretär,
Deutsche Akademie
für Städtebau und
Landesplanung e. V.*

Video:

[https://youtu.be/
C9BuiVL_CCM](https://youtu.be/C9BuiVL_CCM)



Julian Wékel: Wir sind bereits nahezu am Abschluss dieses Hochschultages angelangt. So ist es Zeit, ein erstes Résumé zu versuchen. Ich bin sehr froh, dass Oliver Weigel, der Referatsleiter Stadtentwicklungspolitik im Bundesministerium, sich die Zeit nimmt, mit uns darüber zu sprechen, was wir vielleicht auch aus dieser besonderen Veranstaltung für zukünftige Hochschultage lernen könnten. Ich habe das Gefühl, die digitale Ebene wird auch in Zukunft eine Rolle spielen. Aber natürlich hat uns diesmal schon auch etwas gefehlt. Es wäre schön, zum Abschluss alle irgendwohin einzuladen und zu sagen: Wir treffen uns da und da in Kreuzberg, in Neukölln – wo auch immer, und am Abend geht es dann noch mächtig weiter. Ich wünsche uns sehr, dass das in Zukunft wieder der Fall sein wird.

Inhaltlich – so hatte ich das Gefühl – haben wir unter dieser besonderen Situation wenig gelitten. Ich bin sehr erfreut über das, was wir als großen Spannungsbogen liefern konnten. Es stellt sich natürlich die Frage: Wie geht es weiter? Dürfen wir auch in Zukunft damit rechnen, dass Hochschultage vom Ministerium entsprechend gefördert werden? Wie sieht man das dort, Oliver Weigel?

Oliver Weigel: Ich würde gern vorab mit einem kurzen Überblick über den Tag und das, was er mir vermittelt hat, anfangen.

Zunächst einmal ist es einfacher, einem analogen Hochschultag zu folgen als einem digitalen, das muss ich sagen; das Erleben ist dann doch ein anderes, wenn man bei den einzelnen Arenen direkt mit dabei

ist. Das habe ich von vielen auch aus den anderen Formaten wie dem Nationalen Stadtentwicklungskongress gehört. Trotzdem ist es, wie du schon gesagt hast, natürlich sehr positiv, dass wir eine belastbare Tagungsstruktur haben und jetzt auch die technischen Möglichkeiten, damit umzugehen.

Ich würde gern zum Hochschultag zurückgehen und ausführen, wie wir insgesamt dazu stehen, bevor ich sage, wie wir damit weiter umgehen werden. Du hast am Anfang einen Bogen geschlagen in die Geschichte der Hochschultage, die inzwischen bis 2009 zurückreicht. Und wie ich mehrfach gesagt habe – für die, die öfter dabei sind, wird es nichts Neues sein –, haben wir hier ein Format, das tatsächlich weltweit einmalig ist. Natürlich können wir nicht ausschließen, dass es irgendwo etwas Ähnliches gibt, aber ich denke, wir haben einen ganz guten Überblick. Was dieser Hochschultag in besonderer Weise noch einmal gezeigt hat, ist: Transformation ist nichts, was man macht, wenn man Lust dazu hat, sondern darauf muss man sich ständig vorbereiten. Es gilt, auf die Herausforderungen gefasst zu sein. Diese Vorbereitung bedeutet natürlich, dass man Strukturen, Kooperationsformen sowie Netzwerke schafft und Vertrauen aufbaut zwischen Akteuren unterschiedlicher professioneller Zuordnung, unterschiedlicher Ebenen im Regierungshandeln, aber auch in der Privatwirtschaft und in NGOs, um dann, wenn es darauf ankommt, sich gemeinsam den Herausforderungen zu stellen und sie auch zu bewältigen – oder zumindest mit ihnen umzugehen.



Ich finde, wir haben mit dem Hochschultag eine Kooperationsform geschaffen, die nicht nur deswegen interessant ist, weil hier sehr unterschiedliche Welten aufeinandertreffen. Das Ministeriale ist ja oftmals ... Wie soll ich sagen? Wir müssen eben die Dinge, die wir machen, sehr gut abwägen. Wir müssen sehr sorgfältig sein und sind deshalb mitunter etwas langsamer, als uns vielleicht manchmal recht ist. Wir können aber mit großer Reichweite Dinge bewegen. Auf der anderen Seite haben wir natürlich einen so hohen Aufgabendruck in der deutschen Stadtentwicklung – das war auch schon vor der Pandemie so –, dass wir dringend darauf angewiesen sind, auch völlig neue Impulse zu bekommen. Deswegen finde ich übrigens auch die Winter- und Summer-School so extrem wichtig, da geht es uns beiden wahrscheinlich ziemlich ähnlich. Durch sie bekommen wir ganz andere Perspektiven, weil Leute mit neuem Blick und ohne die Vorurteile, die wir haben, an die Themen rangehen. Das ist ein Punkt, der für uns ausgesprochen bedeutsam ist, denn wir stecken zum Teil natürlich auch in unseren Denkmustern fest. Und, wie gesagt: Transformation muss man machen. Man muss sie gestalten. Das haben wir nicht erst seit dem Bericht des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen von 2016 gewusst. Er hat es aber noch einmal deutlich gemacht.

Wir haben die *Neue Leipzig-Charta*, meine Staatssekretärin hat sie erwähnt, die uns den Rahmen vorgibt. Das ist die Richtlinie unseres politischen Handelns: Gemeinwohlorientierung, *Participation and Co-creation*. Bezug nehmend auf das, was du eben in der Podiumsrunde gesagt hast: Wir kommen schon aus einer anderen Sozialisierung, was die Arbeit mit Bürgervereinen betrifft und mit Gruppen, die außerhalb von Verwaltung und Politik stehen. Diese *Participation and Co-creation* ist ein Prinzip. Wir werden keine anderen Arbeitsweisen zulassen. Der Mehr-Ebenen-Ansatz ist die Grundlage der Stadtentwicklung in Deutschland, soweit es den Bund – und ich glaube sagen zu dürfen, auch unsere Partner in den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden – betrifft. Das, was wir hier machen, was ihr macht mit eurem Engagement, ist etwas, was sich einordnet in ein Umfeld, das eben nicht nur der Bund trägt, sondern auch die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Da sind wir in der politischen Landschaft in Deutschland ziemlich einmalig.

Und wir alle beraten uns regelmäßig. Ich habe heute Morgen mit zwei Kollegen aus den Ländern gesprochen, wenn auch nicht zum Hochschultag. Ganz generell ging es darum, wie wir schneller werden können, um Chancen zu nutzen, die jeder Umbruch mit sich bringt. Wie war der Spruch nochmal? Jedes Problem ist eine Chance. Das ist vielleicht etwas übertrieben. Aber wir haben sehr viele Chancen. Wir haben gerade bei den Berichten aus den Foren gehört: Wir haben Routinebrüche, die es uns ermöglichen, neu über Dinge nachzudenken. Arvid Krüger beispielsweise hat innerhalb seines Forums über die Mobilitätsfrage nachgedacht, die Gestaltung des öffentlichen Raumes und vieles mehr.

Also: Das vorausgeschickt muss ich sagen, dass ich auch in der Breite dessen, was heute diskutiert wurde, den Hochschultag wirklich wichtig fand.

Und jetzt komme ich zu deiner Frage. Wir werden den Hochschultag weiter fördern. Wir müssen natürlich jedes Jahr um unsere Haushaltsmittel kämpfen. Ich habe heute die Freigabe der Mittel bekommen, die ich in diesem Jahr ausgeben kann. Das war etwas schwierig, eine Sonderkonstruktion. Aber mit diesem kleinen Vorbehalt, den ich bis jetzt immer gemacht habe – und den man als Mitarbeiter des Bundes auch machen muss, denn es ist der Deutsche Bundestag, der über die Mittel für Themen und Projekte entscheidet, die er als politisch relevant ansieht –, ist es so, dass wir den Hochschultag auch in Zukunft fördern werden. Wir werden ihn auch ausbauen. Wir haben ja einiges gelernt. Ich sage ganz ehrlich: Die digitalen Formate helfen uns. Aber du hast es angesprochen: Der Austausch – das ist beim Bundeskongress so, das ist beim Hochschultag so – ist natürlich wichtig. Und der erfolgt anders.

Dieser Bundeskongress wird ja auch als Familientreffen bezeichnet. Das hier ist sozusagen Familientreffen mit Tiefgang.

Julian Wékel: Es war bitter in der Pandemie, dass man diese familiären Kontakte nicht pflegen konnte.

Oliver Weigel: Nicht nur diese fachlich-familiären, sondern eigentlich alle Kontakte haben gelitten. Das trifft einen Pfälzer besonders ... – aber letztlich ja alle und wir können nur hoffen, dass wir bald wieder eine größere Normalität sehen.

Was wir zukünftig aber machen wollen, und dafür werden wir uns auch noch mit euch und unseren Partnern abstimmen, ist, digitale Formate dort zu nutzen, wo sie sich bewährt haben und wo sie unsere Arbeit stützen und weiterentwickeln. Auch ihr habt in der Vorbereitung des Hochschultags Formate getestet, bei denen digitale Komponenten sehr gut funktionieren und das bereichern, was wir normalerweise machen. Insofern werden wir dort ansetzen.

Und wir werden ganz bestimmt, das ist mir auch an dieser Stelle wichtig zu erwähnen, auf jeden Fall die Tradition der Sommer- und Winter-Schools fortsetzen, denn das ergibt eine dringend notwendige „neue“ Perspektive. Damals, als wir gerade begannen, unsere EU-Ratspräsidentschaft vorzubereiten, war es uns zum Beispiel ein großes Anliegen, ergänzend studentische Blicke auf dieses teilweise politisch „umsetzungsschwere“ Dokument zu bekommen – Blicke, die weniger verstellt und mehr auf das Ergebnis orientiert sind. Wir haben es in diesen Kooperationsstrukturen geschafft, solche Impulse aus der darauf aufbauenden Summer-School aufzunehmen und in Form der *Begehbaren Leipzig Charta* auf dem Bundeskongress in Hamburg vorzustellen.

Julian Wékel: Das ist dann sozusagen der operative Arm des Hochschultages.

Oliver Weigel: Richtig. Und ganz abgesehen davon muss ich sagen: Es macht auch einfach Spaß. Durch meinen Job habe ich leider oftmals nicht die Zeit, länger dabei zu sein. Man beginnt auch nach einer Weile, sich etwas ungut zu fühlen, weil wir ja dann doch eingefahrene Denkewege verfolgen. Aber trotzdem ...

Das Bundesbauministerium – mal schauen, wie sich das alles nach den Wahlen entwickelt –, das Bundesministerium des Innern wird diesen Hochschultag weiter unterstützen. Wir hoffen natürlich auch, dass die Hochschulen sich weiter so stark engagieren. Mein Ziel wäre, dass wir die in der Stadtentwicklung immer bedeutsamer werdende internationale Kooperation, die wir jetzt auch als Politikfeld betreiben, stärker in den Hochschultag mit einbinden. Wir machen zum Beispiel jetzt ein Projekt gemeinsam mit unseren Partnern vom Department for Housing and Urban Development in Washington, mit denen uns eine lange und erfolgreiche Zusammenarbeit verbindet. Sogar eine sehr erfolgreiche! Wir unterhalten uns nicht nur, sondern wir untersuchen gemeinsam: Wie entwickelt sich eigentlich der Immobilienmarkt infolge der Corona-Krise? Da haben wir natürlich mit New York ein superspannendes Beispiel, das nicht nur Auskunft darüber gibt, was dort passiert, sondern auch, wie sich der Immobilienmarkt und die Stadtentwicklung in den Städten gestaltet, die Zielgebiete dieser jetzt von Präsenzpflichten zu einem hohen Anteil befreiten ArbeitnehmerInnen sind. Von daher würde ich das auch gerne stärker in den Hochschultag einbringen, weil ich glaube, dass uns das so, wie es uns in der Nationalen Stadtentwicklungspolitik weiterbringt, auch in der internationalen Arbeit hilft.

Julian Wékel: Wunderbar! Dann lasst uns daran arbeiten, dass wir das hinbekommen. Vielleicht sollte man zuerst an den Erarbeitungsmethoden oder auch an den Erfahrungen, die man für die *Leipzig-Charta* und bei dieser gesammelt hat, anknüpfen. Da gab es sicherlich Länder, mit denen man relativ schnell in einen Kontakt kam und vielleicht auch sehr konstruktiv etwas entwickeln kann – und andere, die vielleicht etwas weiter weg standen. Gerade diese Kernfrage der Gemeinwohlorientierung wäre ja etwas, was sich wunderbar auch für einen nächsten Hochschultag eignen würde. Aber ich will jetzt hier nicht irgendwelche Themen unabgestimmt in den Raum werfen. Nur: Ich sage mal, an einer solchen, bis in den Grundsatz gehenden und gleichzeitig auch derart einfach konkret zu illustrierenden Frage sollte man eine solche internationale Zusammenarbeit auch verfolgen. Und es ist völlig richtig: Nachdem Amerika wieder partnerschaftlicher orientiert ist, sollte man auf jeden Fall auch das nutzen.

Oliver Weigel: Es gibt andere Länder, die auch sicherlich hierfür bereit und offen sind.

Julian Wékel: Vielen Dank. Ich glaube, das ist schon fast eine Ankündigung dessen, dass wir dort auch von uns aus konstruktiv den Faden aufnehmen und diese Idee weiterführen sollten, um dann als Gesprächspartner für eventuelle Angebote von eurer Seite zur Verfügung zu stehen. Das würde ich sehr begrüßen. Herzlichen Dank.

Oliver Weigel: Wir sind jetzt wohl am Schluss unseres Gesprächs. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit vor allen Dingen einmal bedanken. Es ist ja so: Der Hochschultag ist schon eine

andere Konstruktion als der Bundeskongress. Die Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung führt ihn durch, organisiert ihn – vor allen Dingen organisiert du ihn mit deinen Kolleginnen und Kollegen. Danke! Die Arbeit lohnt sich, denn man kann festhalten: Auch in der politischen Wahrnehmung unseres Arbeitsfeldes wird erkannt, dass das eine besondere Form der Kooperation ist. Daran hast du, daran haben Frau Dörr und Herr Kudlek sowie bei uns im Haus Almuth Draeger einen großen Anteil. Und der Dank richtet sich auch an alle, die dahinterstehen; die Moderatorinnen und Moderatoren in den Foren genauso wie die Beitragenden zum diesjährigen Hochschultag. Ich glaube schon, dass ihr damit einen wesentlichen Beitrag zu der Art von Stadtentwicklung leistet, wie wir sie seit inzwischen vierzehn Jahren verstehen und die seit sieben, sechs, fünf Jahren auch ungefähr dahin geht, wo wir hinwollen. Natürlich müssen wir weitermachen, um die Relevanz unseres Forschungs-, Berufs- und Politikfeldes zu steigern, aber wir sind gemeinsam auf einem guten Weg.

Julian Wékel: Ich möchte dich in keiner Weise korrigieren, aber vielleicht in einem Punkt mit einem Hinweis ergänzen: Du kennst ja auch unsere Vorbereitungsgruppe. Mir wäre es überaus wichtig zu sagen, dass das alles mit rein ehrenamtlichem Engagement erfolgt. Das heißt, keine Erstattung von Reisekosten. Das heißt, ersatzloser beruflicher Ausfall, weil man für diese Vorbereitungstreffen entsprechend nicht an seinem Arbeitsplatz ist. All diese Dinge und vieles mehr haben den Hochschultag wirklich auch zu einem freundschaftlichen, quasi Familienerlebnis gemacht, weil dadurch einfach eine Grundsympathie entsteht und weil dann die Interessen und Fragen, die die einzelnen vortragen, immer auch gleich auf diese ganze Gemeinschaft gerichtet sind. Das würde ich sehr gerne meinerseits noch einschließen in diesen Dank und letztlich natürlich auch: Es ist sehr gut, wenn man so eine – ungeschützt gesagt – schützende Hand hat, die dieses ganze Instrument des Hochschultages aufgrund langjähriger Befassung mit diesen Themen so gut versteht. Ich würde euch sehr wünschen ...

Oliver Weigel: Es ist Eigennutz, Julian ...

Julian Wékel: Ich würde euch und uns sehr wünschen – das Innenministerium ist eine sehr hilfreiche, große Institution –, dass wir das, was wir vor mehr als zehn Jahren hatten, nämlich ein Ministerium, das Stadtentwicklung auch in seinem Namen hatte, wieder bekommen würden, um deutlich zu machen: Es geht nicht nur um das Bauen, das ja immerhin im Namen des Innenministeriums berücksichtigt wurde. Es geht im Kern auch nicht immer um das Wohnen, sondern es geht eigentlich um den Zusammenhang dieser ganzen sektoralen Themen. Und das ist Stadtentwicklung.

Oliver Weigel: Ich möchte da nicht widersprechen. Aber ich kann das auch nicht kommentieren.

Julian Wékel: Oliver, vielen Dank für das Gespräch!

Transformative Kraft der Region

Einladung zum 4. Hochschultag vor Ort in Coburg

Das Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit dem Titel *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte* aus dem Jahr 2016 liefert mit der Drei-Ebenen-Betrachtung (Kräfte – Formen – Werte) einen wichtigen Diskursimpuls für einen umfassenden Blick auf die globalen Urbanisierungsprozesse. Die Städte und ihre Bevölkerung sind laut Wissenschaftlichem Beirat gleichzeitig Treiber und Betroffene globaler Umweltveränderungen. Als ein wichtiger Ansatz für eine menschenzentrierte, lebenswerte Zukunftsgestaltung wird das Konzept der polyzentrischen urbanen Entwicklung aufgegriffen. Beim nächsten Hochschultag vor Ort an der Hochschule Coburg, der am 15. und 16. Juni 2022 stattfinden wird, werden wir uns in Anlehnung an diese Sichtweise der Frage nach der Transformativen Kraft der Region widmen.

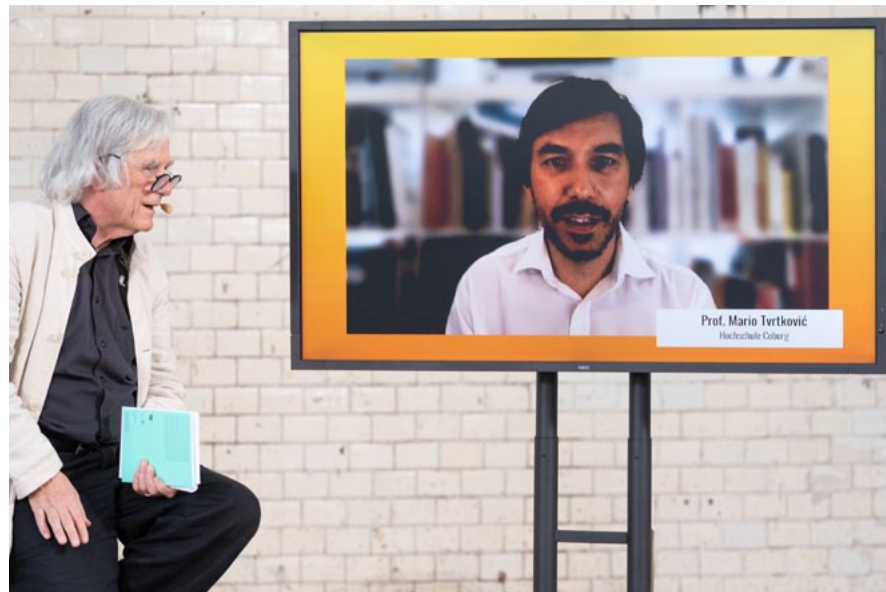
Wir möchten damit zum einen Bezug nehmen auf die Diskussion im Rahmen des 7. Hochschultags der Nationalen Stadtentwicklungspolitik 2021 *planning for future – Transformation gestalten*, und zum anderen eine Brücke schlagen zur Tagung *Klimawandel und (unsere) Verantwortung* vom 16. bis 18. September 2022 anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung in Berlin. Im Fokus steht die Frage, inwieweit eine hybride Siedlungsstrategie, die sowohl eine Vernetzung zwischen verdichteten zentralen Orten und Metropolen fördert als auch zugleich die Klein- und Mittelstädte in der Region stärkt, einen transformativen Beitrag für eine zukunftsfähige Entwicklung von Stadt und Land leisten kann.

Wir verstehen in diesem Kontext die Region Oberfranken als Prototyp einer gereiften und sich ständig transformierenden Region. Als ehemaliges Grenzgebiet wird sie in Nordbayern oft im Kontext des fachlichen Diskurses über die sogenannten „strukturell schwachen Gebiete“ genannt. Allerdings ist Oberfranken als altindustrialisierter Wirtschaftsstandort bis heute stark durch das produzierende Gewerbe geprägt und gilt als Region mit der zweithöchsten Industriedichte in Europa. Oberfranken hat bereits mehrere Male einen Strukturwandel (Porzellan-, Polstermöbelindustrie etc.) mitgemacht und Erfahrungen mit den entsprechenden Transformationsprozessen.

Lassen sich diese Potenziale auch für eine zukunftsweisende Transformation Oberfrankens in Richtung Nachhaltigkeit nutzen? Sind polyzentrische Regionen in der Fläche, welche häufig als benachteiligt und schwach gelten, besser für den Wandel aufgestellt, und können sie sogar als Pioniere wirksam sein? Wie können Balance und Zusammenwirken im Dreiklang von 1) Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, 2) Teilhabe sowie 3) Eigenart und Eigenlogik der Entwicklung im Maßstab der Region aktiviert, gebündelt und produktiv gemacht werden? Welche Rolle spielen dabei die Klein- und Mittelstädte, die interkommunalen Allianzen und Initiativen etc.? Was können neue rurale Reallabore leisten? Wie können Hochschulen und Universitäten diesen transformativen Prozess aktiv initiieren und begleiten?

AutorInnen:

Prof. Mario Tvrtković,
Jana Melber,
Hochschule Coburg



Wir verstehen den Hochschultag als Plattform zum Austausch zwischen Forschenden, Studierenden und PlanerInnen aus kommunaler Planungspraxis und Verwaltung und befürworten einen Dialog auf Augenhöhe mit weiteren Akteuren und Menschen aus der Region. Das Fachgebiet Entwerfen und Städtebau im Studiengang Architektur an der Fakultät Design der Hochschule Coburg lädt alle interessierten Lehrenden und Studierenden ein, bei diesem integrativen und interdisziplinären Format mitzumachen.

7. Hochschultag der Nationalen Stadtentwicklungspolitik „planning for future – Transformation gestalten“

04. + 05. Juni 2021

Der Hochschultag wird durch die Nationale Stadtentwicklungspolitik gefördert.

Veranstalter: Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Herausgeber:

Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V., www.dasl.de

Verantwortlich:

Prof. Julian Wékel, Wissenschaftlicher Sekretär, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Redaktion, inhaltliche Kongressbegleitung und Information:

Sarah Dörr, Institut für Städtebau und Wohnungswesen (ISW), München

Tion Kudlek, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Organisation:

Irene Gaus, Tion Kudlek und Ines Auer, Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Hochschultag-Titelgrafik:

Marzena Noemi Domagala, www.minia-art.com

Gestaltung:

Philipp Dubrau (Grafik, Satz, Layout), www.philipp.dubrau.eu

Graphic Recording:

Katharina Kosak

Lektorat:

Dr. Daniela Gasteiger, www.lektorat-gasteiger.de

Druck:

primeline print berlin GmbH

ISBN:

978-3-9816204-9-8

Alle Abbildungen ohne direkten Bildnachweis:

Jule Roehr, www.juleroehr.de

1. Auflage, 2021

Die Beiträge dieser Publikation wurden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren zur Verfügung gestellt und spiegeln Stil und Perspektive der Verfasserinnen und Verfasser wider. Für den Inhalt und die Richtigkeit der Angaben in den gedruckten Beiträgen sind allein die Autorinnen und Autoren verantwortlich.

© Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.